

# Sand im Getriebe 136

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## Wachsende Unordnung



Chinesische Schriftzeichen für „Krise“ (das erste: „Gefahr“, das zweite: „Gute Gelegenheit“)

<b>Leben in Zeiten des Corona-Virus</b>	
Sabine Gondro: Ausnahmezustand: Prekäre Held*innen des Alltags	<b>3</b>
<b>Pandemie im globalen Süden</b> Ollantay Itzamá: Indigene Völker, Coronavirus und die westliche Heuchelei	<b>4</b>
Wessen <b>Interessen</b> werden sich durchsetzen / <b>Schutz oder Kontrolle?</b>	<b>5</b>
<b>Guterres, UNO-Generalsekretär: Aufruf zu einem Globalen Waffenstillstand</b>	<b>6</b>
<b>Aufruf aus Frankreich: Mit einer Welle der Solidarität auf die „Schockstrategie“ antworten!</b>	<b>7</b>
<b>7. April: Europäischer Aktionstag: Gesundheit für Alle! Verbreiten wir Solidarität, nicht das Virus!</b>	<b>8</b>
Potere al Popolo 13. März 2020 : <b>Brief aus Italien zu der Zeit des Coronavirus</b>	<b>9</b>
<b>Attac Frankreich: Gesundheitskrise: Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit</b>	<b>11</b>
<b>Attac Österreich: Die Pandemie zeigt, wie instabil der neoliberale Kapitalismus ist</b>	<b>13</b>
<b>Pro Asyl und andere: Humanitäre Krise in Griechenland: Flüchtlingsaufnahme jetzt!</b>	<b>14</b>
<b>Attac Österreich kritisiert Zustimmung zum EU-Vietnam Abkommen</b>	<b>15</b>
<b>Lateinamerika Chile:</b> Referendum über eine neue Verfassung / Kostenlose Online-Kurse für die ganze Gesellschaft / <b>Bolivien:</b> US-Wissenschaftler: Wohl kein Wahlbetrug in Bolivien	<b>17</b>
<b>Weltweit stehen Frauen auf: Lateinamerika:</b> Feministische Kämpfe in der Hochburg des Patriarchats- Die Realität der Mapuche Frauen / Frauenstreik in Mexiko / Weltfrauenmarsch / Frankreich	<b>20</b>
<b>Frankreich: Rentenreform - Streikbewegungen</b>	<b>25</b>
<b>Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel:</b> Frankreich - Appell von 2 000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern: Angesichts der ökologischen Krise ist eine Rebellion notwendig	<b>26</b>
<b>Rechtsverschiebung in Deutschland ist mit aggressiver Weltpolitik verflochten</b>	<b>28</b>
<b>Friedensbewegung: Ostermarsch 2020</b> – Atomwaffen abschaffen! Peter Wahl: Nuklearer Winter statt Klimaerwärmung?	<b>30</b>

## Vorwort

Regierungen, die den Hungertod von 24 000 Menschen – *täglich* – ignorieren, seit Jahren Kriege führen, Geflüchtete nicht aufnehmen wollen, im eigenen Land die öffentlichen Dienste zusammenschumpfen, Klimaschutzmaßnahmen nicht anpacken, Armut von Jung wie Alt und schlechte Arbeitsbedingungen, die zum vorzeitigen Tod führen, als normal betrachten, Sanktionen gegenüber Staaten nicht aufheben wollen, *solche* Regierungen hätten plötzlich ihr großes Herz für den „Schutz von Menschenleben“ entdeckt? Erhebliche Ausgangsbeschränkungen – aber die elementare Schutzausrüstung für die weiterhin arbeitenden Menschen, für die Pflegekräfte und sogar in den Krankenhäusern ist Mangelware! Die Herstellung von Medikamenten bleibt in den Händen von Privatkonzernen, es fehlt langsam an Medikamenten, auch an Mitteln der Palliativmedizin. An die Existenznöte von Millionen Menschen hätte man gedacht – die Erfahrungen dieser Menschen sehen ganz anders aus. Schon wittern Finanzunternehmen ein gutes Geschäft angesichts kommender Pleiten von großen und kleinen Unternehmen, der wachsenden privaten und staatlichen Verschuldung, und eine erhebliche Wirtschaftskrise bahnt sich an. Da begreifen viele Menschen, dass „*Solidarität und Selbstorganisation*“ zu entfalten sind; „**Nie Wieder**“ rufen Vertreterinnen und Vertreter von Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden in Frankreich (darunter Attac FR). „*Die Schwächsten – Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, Marginalisierte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis. Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt auf. Es ist an der Zeit, bewaffnete Konflikte zu beenden und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.*“ (**Guterres**) „**Bleiben wir nicht wie gelähmt** angesichts dieser Situation, die uns verärgert, erzürnt und erschüttert. (...) *Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass die globale Schockwelle von Covid-19 als die eine „Krise“ zu viel angesehen wird und dass das derzeitige Regime der Ausbeutung und Zerstörung der Lebensbedingungen auf der Erde gestoppt wird.*“ (**Covid-entraide**)

**Chomsky** mahnt uns: „*Das Coronavirus ist eine ernst zu nehmende Bedrohung, aber es sollte daran erinnert werden, dass es sehr viel größere Bedrohungen gibt, die schlimmer sind als alles, was in der Geschichte der Menschheit bisher passiert ist: Eine ist die **wachsende Gefahr eines Atomkriegs**, die andere, die immer größer werdende **Bedrohung durch die Erderwärmung**. (...) Es wird nicht leicht werden, aber Menschen haben auch in der Vergangenheit Probleme lösen können.*“  
Wie? „*Es besteht die Möglichkeit, dass Menschen sich organisieren und einsetzen, wie es viele bereits tun und eine viel bessere Welt schaffen, die sich den massiven Problemen stellen wird.*“  
Eben diese vielfältigen Bewegungen der letzten Jahre, überall in der Welt, insbesondere von Frauen, sollen jetzt eingeehgt, eingesperrt, mundtot gemacht werden. „*Wir werden ein wachsames Auge haben auf jeden Versuch der Regierung, die Krise zu nutzen, um ihre autoritären Züge zu verstärken.*“ (**Attac FR**)  
„*Lassen wir nicht zu, dass der neoliberale Kapitalismus sich weiter vertieft.*“ (**Attac AT**)

Wir stehen an einer Weggabelung: „*Wenn wir durch die Krise auf die Probe gestellt werden, ziehen wir uns entweder zurück und brechen zusammen oder wir wachsen und finden Reserven an Kraft und Mitgefühl, von denen wir nicht wussten, dass wir dazu fähig sind*“ (**Naomi Klein**)

„**Schlaft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind!**“ ( **Günter Eich**, **Sand im Getriebe**)

### Leben in Zeiten des Corona-Virus: Ein täglich aktualisiertes SiG-Dossier

<https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/detailansicht/news/leben-in-zeiten-des-corona-virus/>



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

*Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! **Coorditrad braucht noch Unterstützung!*** [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)

**Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:**

**Eintragung online** (rechte Spalte!): <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

**Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.**

**Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €). **Bestellung in Deutschland per Mail** an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de).

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3,50 €, 2 Hefte: 5,50 €, 3 Hefte: 7 €, 4 Hefte: 8,50 €, ... 10 Hefte: 18 €

*Bis zur Nr. 120: pro Heft 1 € + Porto: portofrei ab 5 Heften*

**Abonnement: 18 € für 6 Ausgaben.**

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Marie-D. Vernhes, Sabine Gondro, Valentina Montoya, Werner Horch (Attac Deutschland), und viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben.

V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

# LEBEN IN ZEITEN DES CORONA-VIRUS

Sabine Gondro

## Ausnahmestand: Prekäre Held\*innen des Alltags

Ein neuer Virus versetzt die Welt in den Ausnahmezustand und offenbart auf brutale Weise die fehlende Nachhaltigkeit unserer Systeme in Europa und den USA. Wir sind mittendrin, das ist noch keine Zeit für schonungslose Analysen. Wir wissen nicht, was noch alles auf uns zu kommen wird. Aber schon jetzt ist vielen von uns klar: Wenn es uns eines hoffentlich nicht allzu fernen Tages gelingen wird, den Sars-CoV-2-Virus mittels eines Impfstoffes zu besiegen, wird unsere Welt nicht mehr so sein wie sie war.

Schon jetzt zeigen die Berichte aus Frankreich, Italien, Spanien, aber auch dem Vereinigten Königreich (UK) und Deutschland, dass die Schwächsten der Gesellschaft am stärksten unter der Gefahr einer potentiellen Erkrankung an dem Virus leiden. Die Rede ist von den Obdachlosen, den Armen, den Alten, den Kranken. Menschen, die schon zu normalen Zeiten des Schutzes funktionierender, nachhaltig aufgestellter Sozial- und Gesundheitssysteme bedürfen, die selbst in Deutschland, das sich so gern rühmt, das best aufgestellte Gesundheitssystem Europas zu haben, nicht mehr gegeben sind. Das sind die Folgen von jahrzehntelangen Einsparungen in einem renditenorientierten, größtenteils privatisierten Gesundheitssystem. In vielen deutschen Krankenhäusern wurden Personal und Ausstattung kostenorientiert geschrumpft. Dieses System kommt in der Corona-Krise nun an seine Grenzen. Ich weiß noch, als ich zuerst im *Tagesspiegel* in einem Artikel über das massenhafte Sterben in Italien den Begriff „Triage“ las und die Bedeutung erfasste. Der Schock, der wellenartig durch mich ging. Die Selektion, wenn die Beatmungsplätze knapp wären. Das ist es also, was die Chinesen meinten, als sie vom Krieg gegen den Virus sprachen, kam mir in den Sinn. Ich erinnerte mich, im Januar so etwas in der britischen Tageszeitung *Guardian* gelesen zu haben. In Deutschland hat kürzlich der Ethikrat ein Papier veröffentlicht, das den Ärzten den Umgang mit dieser Frage über Leben und Tod eines Patienten die Arbeit erleichtern soll. Es beruhigt nicht wirklich. Was wird das mit unserer Gesellschaft machen?

In den USA lässt Donald Trump, der sich monatelang in der Leugnungs- und Verharmlosungs-Haltung befand, angesichts der Fallzahlen aus New York nun den Automobilkonzern General Motors Beatmungsgeräte herstellen. Im UK soll Staubsauger-Hersteller Dyson das demnächst leisten und in Deutschland sind es die auf Medizintechnik spezialisierten Lübecker Drägerwerke, die ihre Produktion vergrößern. Schutzmasken werden nun aus China eingeflogen, wo sich vorsichtige Hoffnung abzeichnet, das die Ausbreitung des Virusgeschehens eingedämmt ist, obwohl auch hier Experten vor einer 2. Welle warnen. Es stellt sich die Frage, wieso es in Deutschland nicht möglich ist, rasch in Textilfir-

men auf die Produktion dieses wichtigen Krisenguts umzustellen? In anderen Branchen gelingt das: Konsumgüterkonzern Beiersdorf hat im März mit der Produktion von medizinischen Desinfektionsmitteln im großen Stil begonnen und will diese europaweit zur Verfügung stellen. Eine kleine Brauerei in Schleswig-Holstein begann ebenfalls im März mit der Produktion von Desinfektionsmitteln und Spirituosenhersteller Jägermeister stellt Apotheken reinen Alkohol zur Herstellung des Schutzmittels zur Verfügung. Politik und Unternehmen sowie Verbände können Absprachen treffen; es braucht da weder Notstandsverordnungen noch gar Kriegsrecht.

Wir seien in Deutschland, so wird uns von den Virologen gesagt, erst am Beginn der durch den neuen Virus ausgelösten Krankheitswelle. Ein weitgehender Shut Down des öffentlichen und privaten Lebens soll die ungebremsste Ausbreitung des Virus verhindern. Dies ist wichtig im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung, die sonst unter der erhöhten Belastung zusammenbrechen könnte. Aber schon jetzt melden sich die Stimmen aus der Wirtschaftslobby, die eine Aufhebung der gerade beschlossenen Shut-Down-Maßnahmen fordern und natürlich gibt es Bundes- und Landespolitiker, die eifertig in dasselbe Horn tuten. Was bei mir dabei hängen bleibt, sind zwei unbehagliche Gedanken: Erstens Menschenleben werden als Kollateralschaden der Pandemie auch in Deutschland in Kauf genommen. Zweitens ein Umdenken, um unser Wirtschafts- und Gesundheitssystem nachhaltiger aufzustellen, ist bislang zumindest nicht in Sicht. Dabei ist vielen doch klar, es kann kein weiter so geben.

Als Helden des deutschen Alltags werden derzeit in den Sozialen Medien und in der Presse die Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen, die Zusteller\*innen im Versandhandel- und Lieferservice, die LKW-Fahrenden, die Erzieher\*innen und Lehrer\*innen in der Notbetreuung und die im Lebensmittelhandel Arbeitenden gefeiert. Abgesehen vom Arzt und Lehrerberuf sind es alles Beschäftigungen, die als prekär gelten, da das Lohnniveau viel zu niedrig ist. An Streiks ist derzeit nicht zu denken. Ob diese Held\*innen des Alltags aber endlich angemessen bezahlt – und geschützt – werden könnten?

Dieser Kommentar hat nur wenige Aspekte angesprochen, musste sich begrenzen. Auf Afrika, Latein- und Zentralamerika trifft die Pandemiewelle erst gerade. Die Folgen sind noch nicht absehbar. Aber schon jetzt mahnen NGOs in Deutschland wie **Medico** und **Ärzte ohne Grenzen** bei aller Krisenstimmung im eigenen Land, den Blick auf die Welt nicht [zu] vergessen!

Zum Weiterlesen [Ver.di](#) / [Medico](#)

# Pandemie im globalen Süden

**Oxfam, 21 März 2020** - Die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Millionen von Menschen waren bereits vor der Pandemie von Hungersnöten oder Krankheiten wie Cholera bedroht. Wenn das Virus die ärmsten Orte dieser Welt trifft, wo Menschen bereits jetzt ums Überleben kämpfen, weil sie nicht genug zu essen haben, dann könnten die Auswirkungen verheerend sein.

Verheerend wird es auch, wenn sich das Virus in Camps für Geflüchtete oder Vertriebene ausbreitet – zum Beispiel im Moria-Camp auf der griechischen Insel Lesbos. Dort harren Menschen auf engstem Raum aus – ohne Möglichkeit, sich aus dem Weg zu gehen, und ohne ausreichenden Zugang zu Waschmöglichkeiten und medizinischer Versorgung. [mehr](#)

**2,2 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Wasser.** - [web.de](#)

Neben Coronavirus haben **afrikanische Staaten** derzeit mit Heuschreckenplage zu kämpfen. Ein Gespräch mit Thomas Hoerz, [JW 30.3.2020](#)

**Covid-19: the spectre of an Africa unprepared for health crises** - [Global Justice Now](#)



Auch in **Algerien** wurden die großen Demonstrationen, die seit Anfang 2019 jeden Freitag stattfanden, ausgesetzt.



**Attac Marokko** fordert eine zinsfreie 6-monatige Stundung der Mikrokredite in Marokko (900 000 Personen sind betroffen, der Zinssatz beträgt bis zu 30%)

## Ollantay Itzamá

# Indigene Völker, Coronavirus und die westliche Heuchelei

Am 18.03.2020 gab die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekannt, dass 200.000 Menschen sich mit dem Coronavirus infizierten und 8000 Menschen in Folge der Pandemie verstarben. [1] Nach der UN Flüchtlingshilfe (UNHCR) sterben pro Tag 8500 Kinder unter 5 Jahren an Mangelernährung. [2] Im Jahr 2017 starben 6,3 Millionen Kinder unter 15 Jahren durch diese Ursache oder durch andere Umstände. Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind an Mangelernährung! [3] **Warum wird Mangelernährung an Kindern nicht als weltweite Pandemie deklariert?**

Die meisten an Mangelernährung verstorbenen Kindern kamen aus armen indigenen- oder Bauern-Familien, die in ländlichen Regionen leben. Die Opfer des COVID-19 sind mehrheitlich Erwachsene, ältere Menschen, Weiße und Stadtbewohner, besonders aus modernen / entwickelten Städten. Wie unter anderem der Präsident der Bank Santander [4] und inklusive 26 Priester in Italien. [5]

Sind für die UN, der modernen internationalen Gemeinschaft, die 8500 Kinder, die täglich an Mangelernährung sterben keine Menschen oder weniger Mensch als Europäer, Weiße und Bänker? Ist es

Angst vor den Armen? [6] – oder rassistischer Erwachsenenzenismus?

### Pandemien und Genozide gegen indigene Völker

Die moderne Zivilisation wurde im 15. Jahrhundert geboren, und Pocken, Syphilis und Grippe wurde gegen die unbequemen indigenen oder unterworfenen Völker eingesetzt, die gegen die christliche Zivilisation der Angst und des Raubes Widerstand geleistet haben.

Die Pocken, Syphilis... waren günstiger als das Schießpulver, um die indigenen Völker zu dominieren ohne sie gleich auszurotten. In mehreren Jahren hat die neu geborene Modernität die indigene Bevölkerung Amerikas um 80% auf biologische Weise reduziert. Das COVID-19 tötet weniger als 3% der Infizierten! (...) Für die westliche, moderne Welt existiert ein Genozid und / oder eine Pandemie nur dann, wenn die Opfer, weiß, männlich und europäisch oder westlich sind. Es ist eine harte Widerspiegelung der blinden Modernität.

### COVID-19 wäre fatal für die indigenen Völker

Mit sehr viel Schmerz lesen wir in den Nachrichten, dass in den letzten 24 Stun-

den der Pandemie des COVID-19 475 Italiener gestorben sind. Die modernen Staaten, ungeachtet ihrer Infrastruktur in Gesundheit und Sicherheit, haben sich in den letzten Tagen als tödliches Epizentrum der modernen Pandemie verwandelt.

Wenn dies in Territorien mit starker Haushalts- und Gesundheitsinfrastruktur auftaucht, was passiert dann wenn COVID-19 die indigenen Territorien erreicht? Territorien, in denen 80% der Kinder mangelernährt sind, wo es keine gesundheitliche Infrastruktur gibt, keinen Staat und keine Rechte...

Die indigenen, ländlichen Familien in Guatemala, Peru, Mexico... haben kein Geld für Bohnen, Mundschütze oder Desinfektionsmittel... kein Wasser und keine Sanitäranlagen.

Es ist nicht vorstellbar, was passieren wird, wenn dieser moderne Frankenstein die indigenen, ländlichen Bevölkerungen erreicht. (...)

*Ollanta Itzamná: Lateinamerikanischer Verteidiger von den Rechten der Mutter Erde und den Menschenrechten.*

Quelle: [ATTAC] [INFORMATIVO XX.1063](#) - *La mano invisible*

# Corona - Wessen Interessen werden sich durchsetzen?

**Noam Chomsky**

**Wir werden die Coronakrise überstehen, aber wir haben noch viel ernstere Krisen vor uns**

„Das Coronavirus ist eine ernst zu nehmende Bedrohung, aber es sollte daran erinnert werden, dass es sehr viel größere Bedrohungen gibt, die schlimmer sind als alles, was in der Geschichte der Menschheit bisher passiert ist: Eine ist die **wachsende Gefahr eines Atomkriegs**, die Andere, die immer grösser werdende **Bedrohung durch die Erderwärmung**. Das Coronavirus ist schlimm und hat erschreckende Auswirkungen, aber die Menschheit wird sich davon erholen. Wenn wir die anderen Bedrohungen jedoch nicht überwinden können, ist es vorbei.“

„Es war schon eine Weile über bekannt, dass Pandemien wie diese ausbrechen könnten – es war nachvollziehbar, dass es wahrscheinlich eine Corona-Pandemie mit geringfügigen Modifikationen der SARS-Epidemie geben würde.“ Man hätte an Impfstoffen arbeiten können, um einen Schutz für eine potentielle Corona-Pandemie zu entwickeln, und mit kleineren Modifikationen könnten wir heute bereits Impfstoffe haben.

Für „private Tyrannen wie Big Pharma“, in welche Regierungen nicht eingreifen können, ist es rentabler, neue Körpercremes herzustellen, als Impfstoffe zu entwickeln, die die Menschen vor „totaler Zerstörung“ schützen. Die Bedrohung durch Polio endete mit der „Salk-Impfung“, die eine Regierungsinstitution patentfrei entwickelt hat und die für alle verfügbar war. „Das hätte dieses Mal passieren können, aber die neoliberale Seuche blockierte es.“

[Pressensa](#) - [Video des Interviews](#)

**Walden Bello**

**Coronavirus und der Tod der 'Konnektivität'**

Die Finanzkrise von 2008 hat der Globalisierung kein Ende gesetzt. Stattdessen trat eine neue Phase der Globalisierung, die "Konnektivität", ein, in der China die politische Führung und das wirtschaftliche Gewicht übernahm. Covid 19 hat die Konnektivität und die Globalisierung, hoffentlich für immer, beendet.

Aber die große Frage ist, was die Globalisierung als neues "Paradigma" ersetzen wird.

Die extreme Rechte hat eine nationalistische Version der Deglobalisierung abgesteckt, die darauf abzielt, Migranten und Minderheiten fernzuhalten. Die Liberalen und Sozialdemokraten sind erschöpft und haben nichts Anregendes zu bieten. Die Progressiven haben eine Fülle von Ideen, darunter Ökosozialismus, Degrowth, Deglobalisierung, Ernährungssouveränität, "Buen Vivir" oder "Living Well" und emanzipatorische Modelle, die von Neomarxismus und Feminismus beeinflusst sind.

Es gibt spannende Synergien zwischen diesen Perspektiven. Die Herausforderung besteht darin, die Basis zu schaffen, die sie zu einer materiellen Kraft macht.

(vollständiger Text: [Foreign Policy in Focus](#) )

**Naomi Klein**

**Das Coronavirus ist die perfekte Katastrophe für den 'Katastrophen-Kapitalismus'**

In der Schock-Strategie spreche ich darüber, wie dies nach dem Hurrikan Katrina geschehen ist. Washingtoner Think-Tanks wie die Heritage Foundation trafen sich und stellten eine Wunschliste mit "marktgerechten" Lösungen für Katrina auf. Wir können sicher sein, dass jetzt genau die gleichen Arten von Treffen stattfinden werden - und die Person, die seinerzeit den Vorsitz der Katrina-Gruppe führte, war niemand anderer als [Mike Pence](#). Anm. der SiG-Red.: seit Ende Februar leitet Mike Pence die „Task Force“ zum Corona-Virus ([mehr](#)) / s. N. Klein über ihn im [Guardian \(SiG-SN\)](#)

**Lesehinweise**

**Die neue Weltwirtschaftskrise, das Corona-Virus und ein kaputt gesparter Gesundheitssektor. Oder: Die Solidarität in den Zeiten von Corona.** Von [Winfried Wolf](#)

**Werner Rügemer: Heuchler, Profiteure und andere Menschenfreunde – „Corona“ als Anlass für kollektive demokratische Selbstorganisation -** [NDS 19.3.2020](#)

**Coronavirus: »Die Agrarindustrie würde Millionen Tote riskieren.«** [Marx21](#)

**Amazon: Mit Lohndumping zu satten Profiten!**

Der Versandhandel boomt. Vor allem Amazon verdient sich daran eine goldene Nase und hat 22 Mrd. Dollar im Jahr 2019 umgesetzt. Wer nicht ausreichend davon profitiert, sind die Beschäftigten. Sie erhalten mit 11,10 Euro pro Stunde nur die Löhne der Logistik-Branche. Das #schlaglicht Nummer 05/2020 aus Niedersachsen fordert den Handelsgiganten auf, endlich Tarifgespräche zu führen. Quelle: [DGB Niedersachsen #schlaglicht](#)

**Schutzlos im Versandraum: Ver.di fordert von Amazon Einführung umfangreicher Gesundheitsmaßnahmen -** [jw 30.3.2020](#)

**Attac Österreich: Alternativen zu Amazon:**

Alternativen zu Amazon findet ihr (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) auf <https://www.falter.at/onlineshop-fibel> oder unter <https://www.nunukaller.com/> [Kampagne gegen Amazon](#).

**Überleben im Ausnahmezustand**

Geschlossene Tafeln, eingeschränkte Beratung, Notunterkünfte auf Sparflamme: Coronapandemie wird für die Ärmsten zur Existenzfrage - [JW](#)

<https://www.gegen-hartz.de>

**Tacheles: Forderungen für einkommensschwache Haushalte**

Studierende: Vom Hörsaal aufs Sozialamt? - [JW 30.3.2020](#)

# Schutz ... oder Kontrolle?

## Ausgangsbeschränkungen und der Einsatz der Armee

### Wenn Demonstranten zu Gefährdern erklärt werden

Die autoritären Krisenmaßnahmen zielen weniger auf Gesundheitsschutz als auf die Erzwingung politischen Gehorsams - [Telepolis](#)

### Corona-Epidemie: Tagebuch der Inneren Sicherheit:

Die Bekämpfung des neuen Coronavirus geht mit bis vor Kurzem unvorstellbaren Grundrechtseinschränkungen einher. Als Bürgerrechtsorganisation wollen wir dazu beitragen, dass diese später zu hundertprozent zurückgefahren werden. <https://www.cilip.de/institut/corona-tagebuch/>

### Kein Corona-Burgfrieden für Merkel

Die Corona-Krise erfordert schnelle Antworten der Politik. Opposition und Demokratie dürfen nicht in Quarantäne gehen. [Lorenz Gösta Beutin](#)

### Linke und Bürgerrechtler warnen in Coronakrise vor dauerhaftem Verlust von Freiheitsrechten . [JW](#)

### Bundeswehr mobilisiert 15.000 Soldat\*innen für Corona-Einsatz im Inland – [IMI](#)

27. März 2020 **Wer kontrolliert die Polizei**, die uns bei den diversen Ausgangssperren kontrollieren soll? - [Labournet](#)

### Trotzdem - Solidarität und Selbstorganisation:

Online-Kommunikation:

**Tipps:** <https://Digitalcourage.de>  
<https://degooglisons-internet.org/de/>

### neue Web-seiten mit vielen Tipps und Adressen

<https://solidarischgegencorona.wordpress.com/>  
<https://corona-soli-hamburg.org/doku.php>

Die Ruhe vor dem Sturm ist die Stille nach dem Sturm – [kein ruhiges Hinterland](#)

(Wird auf der [Sig Seite](#) aktualisiert)

## Guterres, UNO-Generalsekretär

# Aufruf zu einem globalen Waffenstillstand

Unsere Welt steht vor einem gemeinsamen Feind: COVID-19.

Das Virus macht keinen Unterschied zwischen Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit, Gruppierung oder Glauben. Es greift alle an, unerbittlich.

Währenddessen wüten bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt. Die Schwächsten – Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, Marginalisierte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis.

Sie sind auch am stärksten gefährdet, verheerende Verluste durch COVID-19 zu erleiden.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in den vom Krieg verwüsteten Ländern die Gesundheitssysteme zusammengebrochen sind. Die ohnehin schon wenigen Gesundheitsfachkräfte sind häufig betroffen.

Flüchtlinge und andere durch gewaltsame Konflikte vertriebene Personen sind doppelt gefährdet.

Die Wut des Virus veranschaulicht den Irrsinn des Krieges. Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt auf.

Es ist an der Zeit, bewaffnete Konflikte zu beenden und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.

### Den Kriegsparteien sage ich:

Ziehen Sie sich aus den Feindseligkeiten zurück. Legen Sie Misstrauen und Feindseligkeit beiseite.

Bringen Sie die Geschütze zum Schweigen; stoppen Sie die Artillerie; beenden Sie die Luftangriffe.

Das ist entscheidend:

Hilfe bei der Schaffung von Korridoren für lebensrettende Hilfe. Um wertvolle Fenster für die Diplomatie zu öffnen. Hoffnung an Orte zu bringen, die zu den am stärksten von COVID-19 bedrohten gehören.

Lassen wir uns von Koalitionen und Dialogen inspirieren, die sich langsam zwischen rivalisierenden Parteien bilden, um gemeinsame Ansätze gegen COVID-19 zu ermöglichen. Aber wir brauchen noch viel mehr.

**Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden und die Krankheit bekämpfen, die unsere Welt verwüstet.**

Es beginnt damit, dass wir die Kämpfe überall stoppen. Und zwar sofort. Das ist es, was unsere Menschheitsfamilie braucht, jetzt mehr denn je.

<https://unric.org/de/guterres-aufruf-zu-einem-globalen-waffenstillstand/>

### Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 19.3.2020:

„Unsere Arbeit geht weiter; Einschließlich der multinationalen Battlegroups im Osten des Bündnisgebietes; dem NATO Air Policing; unserer Marine-Einsätze; und unserer Einsätze von Afghanistan bis in den Kosovo“.

Außerdem äußerte er, dass trotz der jetzigen wirtschaftlichen Einbußen an der geplanten Erhöhung der Rüstungsausgaben festgehalten werden solle.

# Aufruf aus Frankreich

## Lasst uns angesichts der Pandemie mit einer Welle der Solidarität auf die „Schockstrategie“ antworten!

**21. März 2020** - Angesichts des Ausmaßes der durch die Covid-19-Pandemie verursachten Erschütterungen rufen rund 230 Ärzte und Ärztinnen, Krankenschwestern, Ärzte in den Intensivstationen, Bauern und Bäuerinnen, Künstler/-innen, Forscher/-innen, Wissenschaftler/-innen, Gewerkschafter/-innen, Verleger/-innen und andere Persönlichkeiten **zu gegenseitiger Hilfe und Selbstorganisation während der Ausgangssperre auf.**  
„Ohne eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung wird es keinen ‚Ausweg aus der Krise‘ geben.“

Seit einer Woche ist Frankreich mit einer schwindelerregenden neuen Realität konfrontiert. Covid-19 ist nach Ansicht unserer Regierung doch keine „kleine Grippe“, sondern die „schlimmste Gesundheitskrise seit einem Jahrhundert“. Ein **Schock für unser Privatleben**, der uns für unsere Lieben und all jene, die besonders zerbrechlich sind, zittern lässt. Eine **weltumspannende Erschütterung**, die die neoliberale Globalisierung wie ein Kartenhaus zusammenfallen lässt. 2019 war ein Jahr verheerender Brände in Australien, im Amazonasbecken und anderswo und es gab riesige Volksaufstände. Das Jahr 2020 trägt bereits die Züge einer totalen Lähmung, einer **großen systemischen Krise**.

Diese **Pandemie** macht das Leben in einem irrwitzigen politischen und wirtschaftlichen System unerträglich, einem System, das schädlich, aber vor allem angesichts eines immensen Pflegebedarfs vollkommen nutzlos ist. Nachdem Emmanuel Macron anderthalb Monate gewartet hatte, versprach er, um nicht das Gesicht zu verlieren, dass „der Staat zahlen wird [...], was auch immer es kostet“. Eine „allgemeine Mobilmachung“ wurde verordnet. „Wir befinden uns im Krieg“, sagte er, gegen einen „unsichtbaren Feind“.

**Gegen diese Kriegsrhetorik setzen wir auf eine andere Logik.** Anstelle der „nationalen Einheit“ bevorzugen wir die allgemeine gegenseitige Hilfe. Statt Krieg wollen wir Fürsorge, für unsere Lieben wie für die Völker der ganzen Welt und für alles Lebende. In Frankreich, wie auch in anderen Ländern, werden wir der Epidemie gemeinsam entgegenzutreten. Wir werden die aufgezwungene Isolation in eine riesige Welle der Selbstorganisation und kollektiven Solidarität verwandeln.

Mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn, unseren Freundinnen und Freunden, unseren Familien, unseren Verwandten, unseren Kolleginnen und Kollegen, in unseren Wohnhäusern, auf unseren

Straßen, in unseren Vierteln, in unseren Städten und Dörfern und insbesondere durch die Nutzung sozialer Netzwerke werden wir **gegenseitige Hilfe an der Basis organisieren.** Um den Schwächsten, die nicht hinausgehen können, bei der Lebensmittelbeschaffung zu helfen. Um die Kinder derer zu betreuen, die weiter arbeiten müssen. Um verifizierte Informationen über die Situation auszutauschen. Um in dieser herzerreißenden Situation Nachrichten auszutauschen und einander Trost zu spenden. Um die Schwächsten in ihrem Daseinskampf zu unterstützen. Um einer Wirtschafts-, Banken- und Finanzkrise entgegenzutreten, die trotz der fälschlicherweise beruhigenden Ankündigungen der Zentralbanken verheerende Folgen haben wird. Indem man vorerst zu Hause bleibt, aber so bald wie möglich auf die Straße geht.

Angesichts des Ausmaßes der Erschütterung ruft selbst Emmanuel Macron dazu auf, „neue Wege der Solidarität zu gehen“. Aber wir lassen uns nicht von dem berühmten „Gleichzeitig“ täuschen: Die gegenseitige Hilfe, die wir aufbauen, ist nicht die Krücke eines gescheiterten neoliberalen Staates. Sie wird nicht das trojanische Pferd für eine künftige „Schockstrategie“ sein, die auf Homeoffice, „freiwilliger Bürgerarbeit“ in zerstörten öffentlichen Diensten und Fortführung der Zerstörung sozialpolitischer Errungenschaften im Namen des „Gesundheitsnotstands“ beruht.

**Unsere Solidarität ist die der breiten Bevölkerung, der Menschen „da unten“**, die zusammenstehen, um zu überleben und in Würde zu leben. Sie hat nichts mit der Solidarität der Welteliten zu tun, die sich in ihren goldenen Palästen verstecken, geschützt und desinfiziert, während das Pflegepersonal „an der Front“ alle Risiken auf sich nimmt, ohne die nötigen Mittel und mit selbstgefertigten Schutzmasken; während die Arbeiter/-innen und Lehrer/-innen sich um ihre Kinder kümmern, ohne offizielle Unterweisung zum Schutz

ihrer selbst und der Ansteckungsgefahr ausgesetzt; während die Schwächsten, die Obdachlosen, ohne Papiere, ohne soziale Netzwerke, die Zeitarbeiter/-innen, für die Kurzarbeit nicht gilt, die „Selbstständigen“, die zu gefährdenden Arbeiten gezwungen werden oder ohne Beschäftigung sind, noch stärker von der Krise betroffen sein werden; während ältere Menschen in Seniorenheimen, behinderte Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Menschen in psychiatrischen Krankenhäusern noch stärker in ihren sozialen Kontakten beschnitten werden; während für diejenigen, die bereits einer „Ausgangssperre“ unterliegen – Migrantinnen und Migranten, die in Abschiebehaftanstalten eingesperrt sind, Strafgefangene –, die Situation noch verschärft wird; während die Bewohner/-innen von Arbeitervierteln und Menschen ausländischer Herkunft zu den Ersten gehören, die von der mit der Ausgangssperre verbundenen Repression betroffen sind.

**Noch nie zuvor war die Alternative so klar, der Skandal so greifbar: Wir riskieren unser Leben, während sie sich um die Wirtschaft kümmern.**

Die gegenseitige Hilfe, die wir aufbauen werden, steht **im Gefolge des Aufstands** der Völker auf der ganzen Welt in den letzten Monaten, von Chile bis zum Libanon, von Algerien bis zum Sudan. Diese Welle hat weltweit zu der Einsicht geführt, dass wir mit unseren Körpern widerstehen müssen. Covid-19 macht es aber notwendig, uns vorerst einzusperren. Aber rebellisch oder eingesperrt, werden wir an einem System sterben, das Profit und Effizienz statt Fürsorge, Macht und Wettbewerb statt gegenseitige Hilfe anstrebt.

Diese verheerende Epidemie ist nicht nur eine biologische Realität. Sie wird durch die neoliberale Politik, die methodische Zerstörung des Krankenhauses und aller öffentlichen Dienste noch verstärkt.

Wenn dieses Virus so viele Menschen tötet, liegt es auch daran, dass es nicht genügend Pflegepersonal und Betten, nicht genügend Atemschutzgeräte gibt oder dass das Krankenhaus zu einem „Just-in-time“-Unternehmen gemacht werden soll. Und wenn wir dem Pflegepersonal jeden Abend um 20 Uhr applaudieren, dann auch, um unsere Wut gegen die Regierung einzudämmen, die wusste, dass der Sturm seit zwei Monaten aufkam, und nichts unternommen hat.

**Wir rufen daher zur Stärkung der Solidarität und Selbstorganisation auf**, um die Pandemie und die Systemkrise, wo immer möglich, in jeder erdenklichen Form zu bewältigen, wobei die absolute Notwendigkeit der Ausgangssperre zur Eindämmung der Ausbreitung zu respektieren ist. Insbesondere rufen wir dazu auf, sich dem **selbstorganisierten Solidaritätsnetzwerk #COVID- ENTRAIDE FRANCE** (<https://covid-entraide.fr/>) anzuschließen, das seit zehn Tagen an Dutzenden von Orten eingerichtet wurde. Wir laden Sie ein, lokale Selbsthilfegrup-

pen online und vor Ort zu gründen, von unserem Wohnviertel bis zu unserem Dorf, von unserem Wohnblock bis zu unserer Stadt. Wir rufen zu einer Auflistung der Hunderte von Initiativen auf, die dann in eine einheitliche [Karte](#) eingetragen werden.

**Bleiben wir nicht wie gelähmt** angesichts dieser Situation, die uns verärgert, erzürnt und erschüttert. Wenn die Pandemie vorüber sein wird, werden andere Krisen kommen. In der Zwischenzeit werden die Verantwortlichkeiten beleuchtet, wird Rechenschaft abzulegen sein, müssen die Wunden heilen und eine neue Welt wird aufzubauen sein.

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass die globale Schockwelle von Covid-19 als die eine „Krise“ zu viel angesehen wird und dass das derzeitige Regime der Ausbeutung und Zerstörung der Lebensbedingungen auf der Erde gestoppt wird.

**Ohne eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung wird es keinen „Ausweg aus der Krise“ geben.**

**Es wird ein Vorher und ein Nachher geben.** Im Moment müssen wir zuhause bleiben, aber wir organisieren uns. Und sicher werden wir uns die Straßen, die Gärten, die Arbeitsmittel, die Kommunikationsmittel und die Versammlungen gemeinsam wieder aneignen.

**Die Schockstrategie muss umgekehrt werden.** Diesmal wird der Schock nicht dazu dienen, Kontrolle, Zentralgewalt, Ungleichheiten und Neoliberalismus zu stärken, sondern dazu, die gegenseitige Hilfe und die Selbstorganisation zu stärken. Um sie in Stein zu meißeln.

#### Infos:

– Website: <https://covid-entraide.fr>

– Kontakt: [covidentraidefrance@riseup.net](mailto:covidentraidefrance@riseup.net)

Anm. der SiG-Redaktion: Attac Frankreich hat den Aufruf unterschrieben.

Dieser Appell ist gleichzeitig in folgenden Medien veröffentlicht worden: [Reporterre](#),

[Bastamag](#), [Médiapart](#), [Lundi Matin](#),

[Politis](#), [Terrestres](#), [Regards](#), [Rapports de](#)

[Force](#), [Mouvements](#), [Contretemps](#)

Übersetzung: SiG-Redaktion

## Europäischer Aktionstag am 7. April Gesundheit für alle: "Solidarität verbreiten, nicht das Virus"

**Diese Krise ist nur die Spitze des Eisbergs. Seit mehreren Jahren sind die Gesundheitssysteme der europäischen Mitgliedstaaten starken Angriffen durch Privatisierung, Kommerzialisierung, Unterfinanzierung und Regionalisierung ausgesetzt (...)**

Was wir brauchen, ist eine schnelle, kostenlose und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, die für alle zugänglich ist. Ohne sie wird die Todesrate aufgrund dieses Virus, COVID-19, weiter dramatisch ansteigen. (...)

Die Weltgesundheitsorganisation fordert strenge Kontrollmaßnahmen, einschließlich der Nachverfolgung und Isolierung von Personen, die mit Patienten in Kontakt gekommen sind. Wenn mehrere Länder dieser Empfehlung nicht schnell genug gefolgt sind, ist dies in erster Linie auf einen **Mangel an Personal und Ressourcen im Gesundheitssektor** zurückzuführen, aber auch auf **kurzfristige nationale Wirtschaftsinteressen**. Infolgedessen haben Menschen aus Europa dazu beigetragen, das Virus in Länder wie denen des afrikanischen Kontinents zu verbreiten, die aufgrund unzureichender Überwachungs- und Laborkapazitäten, knapper Personalressourcen im öffentlichen Gesundheitswesen und begrenzter finanzieller Mittel über schwächere Gesundheitssysteme verfügen.

Am 7. April organisieren wir zum fünften Mal in Folge dezentrale Aktionen in ganz Europa anlässlich des Europäischen Aktionstags gegen die Kommerzialisierung von Gesundheit und des weltweiten Tags der Gesundheit. Wir haben beschlossen, alle physischen Zusammenkünfte und Aktionen abzusagen.

**Wir rufen alle auf, unseren Aufruf zur "Verbreitung von Solidarität, nicht des Virus" mit einer "Weißes-Tuch"-Aktion am 7. April zu unterstützen:** 1. Schreibt Eure Botschaft auf ein weißes Tuch und hängt es an einer sichtbaren Stelle auf. 2. Fotografiert es. 3. Teilt Eure Bilder in sozialen Medien mit dem Hashtag #health4all .

Abschließend möchten wir den Mitarbeitern des Gesundheitswesens, die ihr Leben der Hilfe für die Betroffenen widmen, unseren aufrichtigen Dank aussprechen und den Freunden und Angehörigen der Verstorbenen unser Beileid aussprechen. [Mehr](#)

[Aufruf-Video](#)

<https://www.attac.de/kampagnen/corona-was-wirklich-wichtig-ist/>

**Verdi: Infos und Forderungen der Beschäftigten in den Pflegebereichen**

**Wir fordern: Geld für Gesundheit statt Rüstung! - Jetzt unterschreiben – [Petition](#) der Friedenskooperative**

**Herr Laschet, Finger weg von unseren Krankenhäusern! [Petition](#) gegen Krankenhaus Schließungen**

**"[Corona-Pandemie - eine historische Wende](#)" von Verena Kreiling und Christian Zeller**

Ab Seite 28: Sofortmaßnahmen um Leben zu retten und die Gesundheit der Menschen sicherzustellen

**Thomas Fritz: Corona-Krise: Wie deutsche PolitikerInnen den Gesundheitsnotstand in der EU verschärften - <https://saveourservices.de>**



# Potere al Popolo 13. März 2020

## Brief aus Italien zu der Zeit des Coronavirus

(...) Wir halten es für nützlich, einige kurze Gedanken zu gewissen Aspekten dieser Krise zu äußern: die staatliche Herangehensweise an die Verbreitung des Virus, die Maßnahmen der Regierung und die sozialen Kämpfe, die wir unter diesen Umständen organisieren.

COVID-19 ist ein neues Virus, und die Experten haben sich nur langsam darauf geeinigt, wie es zu analysieren ist. Die Verwirrung, gepaart mit der Leichtigkeit und Geschwindigkeit, mit der sich ungeprüfte Informationen in der heutigen Welt verbreiten können, hat es ermöglicht, viele, oft widersprüchliche Meinungen und Analysen vorzubringen und noch letzte Woche bezeichneten einige führende Persönlichkeiten, darunter auch Politiker, sie als eine einfache "schlimme Grippe", die nur ältere Menschen mit bereits bestehenden Pathologien betrifft. Auf jeden Fall wird die Gefährlichkeit von COVID-19 jetzt in Italien von allen anerkannt. Und es hat das nationale Gesundheitssystem in die Knie gezwungen. Dafür gibt es drei Hauptgründe: Das Virus breitet sich effizient und schnell aus; wenn die Menschen schwer betroffen sind, benötigen sie mehrere Wochen intensive Betreuung; die Sparmaßnahmen und Kürzungen der aufeinander folgenden Regierungen haben die Kapazität des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der sonst viel besser in der Lage gewesen wäre, damit umzugehen, herabgesetzt. Obwohl das Gesundheitssystem in Norditalien in vielerlei Hinsicht den europäischen Standards entspricht, gibt es aufgrund der Tatsache, dass das System auf regionaler Basis verwaltet wird, sehr große Unterschiede. Und bisher hat man erkannt, dass das einzige wirksame Mittel zur Eindämmung der Ansteckung darin besteht, den zwischenmenschlichen Kontakt zu begrenzen. Aus diesem Grund haben die betroffenen Länder beschlossen, bestimmte Gebiete oder im Falle Italiens das ganze Land zu Sperrzonen zu erklären.

Die unterschiedlichen Reaktionen auf das Virus in den verschiedenen Ländern der Welt werden das Kräfteverhältnis in jedem Land widerspiegeln. Im Falle Italiens hat die Regierung einige drastische Maßnahmen ergriffen, auch wenn einige schon lange vorher hätten ergriffen wer-

den können und noch viel zu tun bleibt. Insbesondere hat sie versucht, ein Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung der wachsenden Bedrohung der öffentlichen Gesundheit und der Verteidigung der Interessen des Kapitals zu wahren, und verwirrende Antworten gegeben, wobei sie allzu oft letzteren den Vorrang gab und die Bevölkerung in Gefahr brachte.

### Die italienische Herangehensweise an die Krise

Am 4. März verfügte Italien die Schließung der am stärksten betroffenen Gebiete im Norden und verbot unnötige Reisen. Einzelheiten des Dekrets wurden der Presse zugespielt, bevor die Regierung die Möglichkeit hatte, offizielle Ankündigungen zu machen, was Hunderte von Menschen dazu veranlasste, zu Bahnhöfen hin zu laufen, in der Hoffnung, einen Zug zu erwischen, der sie aus den roten Zonen führte. Infolgedessen reisten viele Menschen in der Nacht, was die Wirksamkeit dieser Maßnahme stark einschränkte, während sich das Virus möglicherweise auf neue Gebiete ausbreitete.

Am 9. März wurde das Dekret auf das ganze Land ausgedehnt. Alle öffentlichen Versammlungen wurden verboten, die Bars ab 18.00 Uhr geschlossen und alle nicht unbedingt notwendigen Reisen verboten, es sei denn, zwingende Gründe für die Reise könnten belegt werden. Die Schließung von Schulen und Universitäten wurde bis zum 3. April verlängert.

In der Nacht zum 11. März kündigte die Regierung die Schließung aller nicht unbedingt notwendigen Geschäfte an. Lebensmittelgeschäfte, Apotheken, Postämter, Zeitungskioske und Tankstellen blieben geöffnet. Als Reaktion auf den Druck der Cofindustria (italienische Medef) wurden jedoch viele produktive Tätigkeiten nicht in dieses neue Dekret aufgenommen. Das bedeutet, dass Fabrikarbeiter, Call-Center-Mitarbeiter und Beschäftigte im Logistiksektor noch immer zur Arbeit gehen müssen. Dieser letzte Erlass hat eine Situation geschaffen, in der es den Menschen verboten ist, sich zu versammeln oder im öffentlichen Raum zu gehen (außer im Notfall), und sie gezwungen sind, zu Hause zu bleiben, während ein beträchtlicher Teil der Arbeiter und Angestellten in Unternehmen, die nicht lebensnotwendige Güter

und Dienstleistungen herstellen, weiterhin in Massen beschäftigt ist.

Es wurde wiederholt über unsichere Arbeitsbedingungen in Unternehmen und Lagerhäusern berichtet. Am 9. März traten die Beschäftigten der FIAT-Fabrik in Pomigliano, Süditalien, in einen wilden Streik, um gegen die fehlenden Sicherheitsmaßnahmen zu protestieren. Beschäftigte im Logistiksektor, in einem Zentrum des Unternehmens Bartolini im Norden und in einem TNT-Lagerhaus in Caserta, streikten ebenfalls. Jetzt erreichen uns stündlich Berichte über Streiks, die die größten Produktionsstätten im ganzen Land betreffen. Die Union Syndicale de Base (USB) hat zu einem 32-stündigen Streik in allen nicht lebensnotwendigen Sektoren aufgerufen, und die wichtigsten Gewerkschaftsverbände werden den Premierminister treffen.

Die Situation in den Gefängnissen ist ein weiteres wichtiges Thema. Das italienische Gefängnisssystem befindet sich seit langem in einer Krise. Veraltete Einrichtungen und eine starke Überbelegung zeigen, dass Italien ständig gegen die geltenden Vorschriften verstößt. Unter diesen Bedingungen haben staatliche Restriktionen (u.a. Verbot von Besuchen, Beschränkung der Anrufe bei Familien und Arbeitserlaubnis bis zum 31. Mai) landesweit Aufstände ausgelöst. Dreizehn Menschen wurden während dieser Aufstände unter noch unklaren Umständen getötet. Gefängniswärter wurden in Vicenza positiv getestet, und Familien berichteten von den Ängsten von Gefangenen, die wenig Zugang zu Informationen und Beratung haben. Wenn man den Zivilisationsgrad einer Gesellschaft an ihren Gefängnissen misst, ist Italien in einer schlechten Verfassung.

Die Regierung wird nun ein Paket von Wirtschaftsmaßnahmen ankündigen. Es wird vermutet, dass es die Stundung von Hypothekenzahlungen, Wasser- und Stromrechnungen und die Verlängerung von Abfindungen bei Entlassungen umfasst, aber es bleibt abzuwarten, ob es auch die Unterstützung für Selbständige, Arbeitnehmer mit prekären Nullstundenverträgen oder für den informellen Sektor umfasst. Die Regierung hat als Reaktion auf das Coronavirus 25 Milliarden Euro bereitgestellt, aber da die italienische Wirtschaft am Rande des Zusammenbruchs steht, ist es schwer vorstell-

bar, wie eine solche Summe einen signifikanten Unterschied machen könnte. Die Europäische Union hat einige Anzeichen von Flexibilität in ihren Ansätzen gezeigt, die EZB hat jedoch am 12. März keine weitere Unterstützung geleistet und die italienischen Anleiherenditen floaten lassen. Die Weltwirtschaft steuert auf eine Rezession zu, und Italien wird davon noch stärker betroffen sein als andere Länder.

### **Coronavirus und Solidarität. Was können wir tun?**

Wenn die Krise eine ungleiche Gesellschaft trifft, sind es immer die Schwächsten, die am meisten leiden: ältere Menschen, Arbeiter, Migranten, Frauen, Menschen in schlechtem Gesundheitszustand. Potere al Popolo versucht, Wege zu finden, um die Vereinzelung zu durchbrechen und Beziehungen der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität zwischen den Gesellschaftsgruppen zu schaffen.

In vielen Städten haben wir ein System gegenseitiger Unterstützung für Menschen eingerichtet, die Hilfe für die täglichen Bedürfnisse, wie z.B. das Einkauf von Grundbedarfsgütern, benötigen. Wir haben auch eine Hotline eingerichtet, die den von der Krise betroffenen Arbeitnehmern Rechtsberatung bietet. Die erst seit zwei Tagen offene Hotline hat bereits mehr als 70 Anrufe von Arbeitnehmern erhalten, die unter unsicheren Bedingungen arbeiten mussten, die entlassen wurden oder im informellen Sektor arbeiten und Gefahr laufen, von den Unterstützungsplänen der Regierung nicht berücksichtigt zu werden. Mit den Informationen, die wir durch diese Anrufe erhalten haben, können wir unsere Aktionen planen und Forderungen an die Arbeitgeber und die Regierung formulieren. Alle Anrufe bei der Hotline werden zunächst von einer kleinen Gruppe ehrenamtlicher Anwälte bearbeitet, und dann werden für weitere Schritte die Informationen der Anrufer an lokale Gruppen weitergeleitet.

Wir haben bisher drei Schlüsselbereiche für unser Eingreifen identifiziert.

Erstens, **der Logistikbereich**. Wir haben den Kontakt zu Lagermitarbeitern von Amazon hergestellt, die uns erzählten, dass sie aufgrund der gestiegenen Nachfrage (Es wird mehr online bestellt, anstatt in den Laden zu gehen) mehr und unter Bedingungen arbeiten, die nicht den vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen entsprechen.

Zweitens, **Callcenter**. Die Unternehmen, die diese Zentren betreiben, zögerten, Telearbeit zuzulassen, da die Kosten für die Anschaffung der erforderlichen Technologie gestiegen sind. Infolgedessen arbeiten die Beschäftigten weiterhin in überfüllten Zentren.

In beiden Fällen haben unsere Anwälte formelle Warnungen an die Arbeitgeber herausgegeben, in denen verlangt wird, dass die Sicherheitsmaßnahmen so schnell wie möglich umgesetzt werden und dass die Arbeitnehmer von Überstunden befreit werden.

Der dritte Bereich ist der der **Saisonarbeiter**. Sie sind in Italien sehr zahlreich, vor allem in der Landwirtschaft und im Tourismus, aber auch in den Fabriken. Saisonarbeit ist eine Form der prekären Arbeit in dem Sinne, dass die Arbeitgeber nicht verpflichtet sind, jedes Jahr die gleichen Arbeitnehmer wieder einzustellen. In jedem Fall haben Saisonarbeiter Zugang zu Arbeitslosengeld (nicht alle Arbeitnehmer haben in Italien Zugang dazu). Wir haben an die Regierung und die Sozialversicherung geschrieben und gefordert, dass Saisonarbeiter, die aufgrund der Krise in diesem Jahr nicht wieder eingestellt werden, ihre Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten können.

Über diese besonderen Fälle hinaus, die konkrete Beispiele für mögliche Maßnahmen sind, **fordern wir die Regierung auf**, die Löhne aller Betroffenen zu garantieren, einschließlich der Selbständigen, derjenigen, die keinen legalen Vertrag haben und der Beschäftigten in der Gig-Wirtschaft. Wir fordern, dass alle, die arbeiten, in den Genuss von Arbeitslosengeld kommen dürfen, dass diejenigen, die nicht in der Lage sind, ihre Rechnungen, Mieten oder Darlehensrückzahlungen zu bezahlen, in den Genuss von Stundungen kommen.

Wir fordern auch, dass die gesamte nicht lebenswichtige Produktion eingestellt wird (mit Lohnfortzahlung für die Arbeiter).

Schließlich fordern wir, dass der Staat massiv in den Gesundheitssektor investiert, mehr Menschen für den Pflegebereich mit unbefristeten Verträgen einstellt und die Produktion von Medikamenten und Gesundheitsprodukten unter öffentliche Kontrolle stellt.

Wir fordern die Regierung auf, die Austeritätsmaßnahmen zu beenden und aus dem europäischen Fiskalpakt auszusteigen.

Italien steht nun vor einer schweren Wirtschaftskrise. Nur durch einen vollständigen Paradigmenwechsel mit enormen öffentlichen Investitionen in die Wirtschaft, die öffentlichen Dienstleistungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen werden wir die schlimmsten Auswirkungen dieser Katastrophe vermeiden.

### **Unsere Antwort auf die Krise war dreierlei:**

Wir haben uns in unseren Gemeinden organisiert, um auf die unmittelbaren Bedürfnisse einzugehen; wir haben die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort (auch rechtlich) unterstützt und umfassendere Forderungen gestellt. Wir glauben, dass der einzige Ausweg aus dieser Katastrophe darin besteht, unsere Fähigkeit zum kollektiven Handeln und zur Koordinierung zu entwickeln. Deshalb raten wir fortschrittlichen Organisationen an, die das Geschehen in Italien von außen beobachten, mit der Organisation zu beginnen und Forderungen zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Gemeinden zu stellen.

<https://poterepopolo.org/category/news>

#### **Thomas Sablowski 28. März 2020 - Erfolgreiche Streiks gegen den Arbeitszwang während der Corona-Pandemie**

Die Regierung hat nun ihr Dekret vom 22. März über die Einstellung der nicht notwendigen Arbeit nachgebessert.

Vorausgegangen waren in den Tagen und Wochen zuvor bereits zahlreiche Streikdrohungen und Streiks in einzelnen Betrieben. Die Liste der „notwendigen“ Produktions- und Arbeitsbereiche in dem Dekret vom 22. März unterschied sich allerdings deutlich von der am 21. März von der Regierung vorgelegten vorläufigen Liste. Unter dem Druck der Kapitalisten hatte die Regierung die Liste der Bereiche, in denen weiter gearbeitet werden sollte, zunächst verlängert. Dies löste wiederum neue Proteste der Beschäftigten aus. Verschiedene Gewerkschaften kündigten Streiks für den 25. März an. Dies bewog die Regierung offenbar dazu, einzulenken. (...) Die jetzt erfolgende Einschränkung der Produktion kann ein Anfang sein, um unser Verhältnis zur Natur dauerhaft neu zu regulieren und mehr freie Zeit zu gewinnen. ([mehr](#))

#### **Arbeiten in Zeiten des Virus**

- von Maurizio Coppola, 13.3.2020

# Attac Frankreich

## Gesundheitskrise: Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit

Mittwoch, 18. März 2020 -  
**Erklärung des Verwaltungsrats  
von Attac Frankreich**

In diesen unruhigen Zeiten finden Sie unten einige erste Überlegungen. Wir werden in den kommenden Wochen auf unserer Website und durch gefilmte Konferenzen die Verbreitung von Analysen fortsetzen.

Am 17. März 2020 begann in Frankreich endlich die Ausgangssperre für die Bevölkerung. Seit einigen Wochen zeigen uns die Beispiele aus China und Italien, dass dies der einzig mögliche Weg ist, mit der Epidemie umzugehen. Diese Ausgangssperre hätte angesichts der Aussagen der ehemaligen Gesundheitsministerin früher verhängt werden müssen. Es geht hier nicht um eine Bilanz, wo es jetzt dringend notwendig ist, die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen, sondern um eine Feststellung, damit nach dem Ende der Krise das Vorgehen sorgfältig untersucht werden kann. Die Reden, in denen einer „unverantwortlichen Bevölkerung“ die Schuld gegeben wird, entbehren jedoch jeder Grundlage, wo doch die Mitteilungen der Regierung ziemlich verwirrend und widersprüchlich gewesen sind. Darüber hinaus kommt diese Pandemie zu einer Zeit, in der Jahre der Haushaltsbeschränkungen die öffentlichen Krankenhäuser geschwächt haben, die zunehmend wie Unternehmen und nach Rentabilitätskriterien geführt werden. Die Macron-Regierung hat diese Ausrichtung noch verstärkt.

### **Angesichts des Gesundheitsnotstands muss Solidarität die Leitlinie sein**

Während Notfallmaßnahmen ergriffen werden, ist es notwendig, Solidarität zu organisieren, in erster Linie mit denen, die an vorderster Front gegen das Virus stehen: die Pflegekräften und allen anderen Krankenhausbeschäftigten. Aber auch mit den Beschäftigten in Handel, Ernährung und Landwirtschaft, die den Zugang zu Nahrungsmitteln aufrechterhalten, und mit allen gefährdeten Bevölkerungsgruppen, vor allem älteren Menschen und/oder bereits Kranken, die nicht aus Mangel an Mitteln in unserem Gesundheitssystem geopfert werden dür-

fen. Hinzu kommen weitere Bevölkerungsgruppen, die unmittelbar betroffen sind und die nicht immer die Mittel haben, sich zu isolieren: Obdachlose, Gefangene, Migrantinnen und Migranten (insbesondere die in Abschiebungshaftanstalten).

Vergessen wir nicht, dass eine Gesundheitskrise die bereits bestehenden Ungleichheiten in unseren Gesellschaften nur noch verstärkt: Auch wenn jede und jeder betroffen sein kann, sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders gefährdet. Es geht also nicht nur darum, uns selbst zu schützen, sondern auch darum, anzuerkennen, dass wir alle zu einer Verbreitung des Virus beitragen können und deshalb insbesondere für die am meisten gefährdeten Menschen eine potentielle Gefahr darstellen.

Außerdem stehen Frauen bei der Bewältigung dieser Krise an vorderster Front. Sie sind in der Mehrzahl in wesentlichen Bereichen wie Gesundheit, Reinigung und Pflege und erledigen den größten Teil der Hausarbeit, die während der Zeit der Ausgangssperre nur stark zunehmen kann.

Wir stehen noch am Anfang der Pandemie. Die Prognosen weisen auf eine beschleunigte Ausbreitung des Virus hin. Das Verständnis der Ursachen und der Perspektiven ist eine demokratische Notwendigkeit, um dieser Realität, die uns alle betrifft, begegnen zu können. Es gibt zahlreiche Informationsquellen, wie zum Beispiel einen [Videovortrag](#), der am Collège de France von Professor Philippe Sansonetti gehalten wurde. Wir haben begonnen, auf der Attac-Website eine Reihe von [Texten](#) über das Coronavirus und seine Folgen zu sammeln.

Das Pflegepersonal wie das Krankenhauspflegebündnis – das seit einem Jahr für die Verteidigung des öffentlichen Krankenhauses kämpft – sagen: Bleiben Sie zu Hause! Die erste Lösung besteht in der Tat darin, die Sicherheitsanweisungen strikt zu befolgen und Reisen und Treffen so weit wie möglich zu vermeiden. Jede andere als die unbedingt notwendige Tätigkeit muss vermieden werden. Denn während viele Fälle keine Symptome aufweisen, können bei 20 % der mit dem Virus infizierten Personen Komplikationen entstehen. Das Krankenhaus und das Gesundheitssystem stehen unter großer Belastung wegen der täglich-

chen Zunahme der Fälle, die eine schwere und langwierige Behandlung erfordern, sowie der Überfüllung der Intensivstationen, was letztlich große ethische Fragen aufwirft.

### **Schweigen Sie nicht und handeln Sie**

Wenn heute jede und jeder von uns zu Hause bleibt, bedeutet dies nicht das Ende kollektiver Aktionen und Gesten der Solidarität. Im Gegenteil, in der kommenden Zeit wird die Solidarität zu einem wesentlichen Element. Solidarität in den Wohngebäuden, in den Stadtvierteln, in den Dörfern, um kollektive Versorgungsaktionen zu organisieren, um die Fahrten einzuschränken, um auf die dringendsten Bedürfnisse zu reagieren; Solidarität mit den Beschäftigten, deren Arbeit unentbehrlich ist, indem man die Kinderbetreuung organisiert, wenn der Staat dies nicht tut; Solidarität mit den isolierten Menschen, indem man den telefonischen Kontakt mit ihnen aufrechterhält; äußere Wachsamkeit in Bezug auf häusliche Gewalt, die sich in Zeiten der Ausgangssperre vervielfachen kann; finanzielle Solidarität mit den am meisten benachteiligten Personen ... Unsere Solidarität kann auf den Balkonen und Wänden unserer Häuser zum Ausdruck gebracht werden, indem wir Banner und Schilder anbringen und jeden Abend an unseren Fenstern auftauchen, um zur Unterstützung des Pflegepersonals Lärm zu machen.

Von den 45 Milliarden Euro, die die Regierung angekündigt hat, wird der größte Teil für die Unterstützung von Unternehmen bereitgestellt. Wenn es auch notwendig ist, sicherzustellen, dass die kleinen Unternehmen nicht von der Wirtschaftskrise verschluckt werden, ist es oberstes Gebot, die katastrophale Situation unseres Gesundheitssystems anzugehen. Die Regierung kündigt 2 Milliarden Euro an zur Finanzierung des Kampfes gegen die Gesundheitskrise, aber dieser Betrag soll neben der direkten Deckung des Krankenhausbedarfs auch zur Finanzierung von Krankentagen dienen. Die Finanzierung des Krankenhausbedarfs muss garantiert, klar angegeben und beziffert werden.

Darüber hinaus hat Emmanuel Macron in seiner Rede vom 16. März 2020 zahlreiche Bezüge zum Krieg hergestellt. Aber Krieg gegen wen? Wenn es sich um eine

allgemeine Mobilisierung handelt, dann müssen uns in der Tat die [Werte der Solidarität und der Gleichheit](#) (in Bezug auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Gütern ...) leiten, im Gegensatz zu all den martialischen Vorstellungen, die diese unangemessene Kriegsrhetorik heraufbeschwört.

**Und wir werden ein wachsames Auge haben auf jeden Versuch der Regierung, die Krise zu nutzen, um ihre autoritären Züge zu verstärken.** In dieser Ausnahmesituation wird die Zukunft geschrieben, erinnert uns Naomi Klein: „Wenn wir durch die Krise auf die Probe gestellt werden, ziehen wir uns entweder zurück und brechen zusammen oder wir wachsen und finden Reserven an Kraft und Mitgefühl, von denen wir nicht wussten, dass wir dazu fähig sind“ ([Interview auf der Website von ZIN TV](#)). Und während nationale Rivalitäten in den kriegerischen Vorstellungen aufkeimen, erfordert im Gegenteil die von COVID-19 ausgelöste Krise internationale Solidarität und Koordination zwischen den verschiedenen Ländern.

### **Der soziale und gesundheitliche Notstand erfordert sofortige Reaktionen**

Der Ernst der Lage erfordert einen Krankenhausnotfallplan, der sich auf die Forderungen des seit Monaten kämpfenden Personals stützen muss, darunter:

- die **Einstellung von Personal**;
- die Bereitstellung weiterer Betten (10.000 Plätze fehlen in den Notaufnahmen und 40.000 in den Seniorenheimen);
- die **systematische Bereitstellung wirksamer Schutzkleidung**;
- die Bereitstellung diagnostischer Mittel;
- die Betreuung aller infizierten Personen, unabhängig von Alter und Rechtstatus;
- der Kauf von schwerem Gerät für die Pflege (Atmenschutzmasken ...);
- die Annullierung der durch 10 Jahre neoliberaler Politik aufgelaufenen Krankenhausschulden (8 bis 10 Milliarden Euro).

### **Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Gewinne**

Dass Tausende von Werktätigen in diesem Krisenkontext weiterhin in ihren Betrieb gehen, um unwesentliche Dinge zu produzieren, ist nicht hinnehmbar (Amazon-Lagerhäuser, Werften, Airbus-Fabriken ...). **Die Ausgangssperre muss auf Beschäftigte ausgeweitet werden, die**

**in Zeiten einer Gesundheitskrise in Sektoren ohne öffentlichen Nutzen arbeiten, indem Unternehmen vorübergehend geschlossen, die Löhne aufrechterhalten und Entlassungen verboten werden.** Darüber hinaus sind auch viele prekär Beschäftigte, Selbstständige und Solo-selbstständige bedroht, insbesondere im Vereins- und Kulturbereich, sowie Studierende, denen preisgünstige Konsummöglichkeiten vorenthalten werden (Universitätsmensas ...). Für diese Menschen muss die Regierung Einkommensalternativen garantieren. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Kinderbetreuung nicht allein den Frauen obliegt und dass bei einer Arbeitsunterbrechung der Lohn vollständig bezahlt wird.

Obwohl die Regierung das Verbot von Wohnungskündigungen im Winter verlängert, schlafen heute noch viele Menschen auf der Straße. Die Beschlagnahmung leerstehender Wohnungen zur Unterbringung dieser Menschen ist dringend notwendig.

Schließlich hat Emmanuel Macron die Aussetzung des Gesetzgebungsverfahrens und damit der Rentenreform sowie die Nichtumsetzung der Reform der Arbeitslosenversicherung angekündigt. **Eine Aussetzung, die zu einer Annullierung führen sollte, da sich gezeigt hat, dass diese Gesetzesvorhaben nicht in der Lage sind, den notwendigen Schutz und die notwendigen sozialen Garantien zu bieten, ob in Zeiten der Wirtschaftskrise oder nicht.**

### **Für einen sozialen und ökologischen Ausweg aus der Krise**

Die Maßnahmen, die Emmanuel Macron gerade angekündigt hat, zeigen, dass politische Entscheidungen nicht unbedingt einem wirtschaftlichen Determinismus unterliegen. **Die Austeritätsmaßnahmen und die Forderungen eines neoliberalen Europas sind in einem solchen Kontext nichts mehr wert. Dies sollte uns als Lehre dienen: Nein, die neoliberale Globalisierung ist nicht unvermeidlich; ja, die Menschen können durch entschlossene politische Intervention die Kontrolle über ihr wirtschaftliches Schicksal zurückgewinnen; ja, es ist möglich, die Wirtschaft so umzustrukturieren, dass sie den sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Bedürfnissen der großen Mehrheit der Menschen gerecht wird.** Auch zeigt sich, dass es möglich ist, die Treibhausgasemissionen durch eine Verringe-

rung der Produktion und des Transports zu reduzieren, und dass wir lernen, anders zu leben, entgegen all den Anforderungen der Wettbewerbsfähigkeit und des Wettbewerbs, die uns seit Jahrzehnten auferlegt wurden.

Wenn dies heute in einer Notsituation und ungeplant geschieht, würden andere wirtschaftliche und soziale Perspektiven, die sich gegen die schädlichsten und nutzlosesten Produktionszweige stellen würden, eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels ermöglichen.

Und wenn Bruno Le Maire über mögliche Verstaatlichungen zum Schutz der französischen multinationalen Unternehmen spricht, ist in Wirklichkeit eine Vergesellschaftung bestimmter industrieller Sektoren, wie der Pharma- oder der Energieindustrie, notwendig, um sie von den Gesetzen des Marktes zu befreien und in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Wenn diese Gesundheitskrise außerdem zu autoritären Praktiken von Staaten führen oder Unternehmen dazu ermutigen kann, die Ausbeutung der Beschäftigten zu verstärken, kann sie auch zum Aufbau neuer sozialer Praktiken, zu gemeinschaftlichen Organisationen führen, die unsere Art zu konsumieren verändern, eine Relokalisierung unserer Aktivitäten in Gang setzen ...

**Die Auseinandersetzung mit Gesundheits- und Umweltkatastrophen wird ohne die Beteiligung der Bevölkerung nicht möglich sein!**

Quelle: [Attac FR](#)

### **Attac-Frankreich**

**Dossier** „Was tun angesichts des Corona-Virus?“

**Les Possibles**, vom wissenschaftlichen Beirat herausgegeben.

Thema: die soziale und ökologische Planung

### **NIE WIEDER!**

**19 Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen in Frankreich rufen dazu auf, „den Tag danach“ vorzubereiten**

# Attac Österreich

## Die Pandemie zeigt, wie instabil der neoliberale Kapitalismus ist

(...) Die Corona-Pandemie führt uns vor Augen, wie instabil der neoliberale Kapitalismus ist. Die Art, wie die Weltwirtschaft, wie Welthandel, Finanzmärkte, Landwirtschaft, Lohn- und Sorgearbeit heute organisiert sind, verwandelt die Corona-Pandemie in eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise.

**Eine neue Finanzkrise zeichnet sich ab**  
Fallende Kurse, panische Investor\*innen – eine neue Finanzkrise zeichnet sich ab. Doch die Pandemie ist nur die auslösende Erschütterung, nicht die Ursache. Attac hat stets kritisiert, dass die Regierungen keine Lehren aus der Finanzkrise 2008/09 gezogen haben. Statt das Finanzcasino zu schließen wurden immer größere Bereiche der Wirtschaft der Logik des Finanzsystems unterworfen – genau das fällt uns jetzt auf den Kopf.

Die Regierungen haben es verabsäumt „systemrelevante“ Banken zu zerteilen und strenger zu regulieren sowie spekulative Finanzprodukte zu verbieten. Auch die Finanztransaktionssteuer wurde erfolgreich torpediert. Gleichzeitig wuchs der unregulierte Sektor der Schattenbanken, wie Hedgefonds und digitale Finanzunternehmen. Das billige Geld, das Zentralbanken den Banken seit der Finanzkrise zur Verfügung stellten, bläht Aktienmärkte und andere Vermögenswerte auf und stützt fossile Industrien. Wie schon in vergangenen Krisen bedroht jetzt der völlig unregulierte Zu- und plötzliche Abfluss von Kapitalströmen ganze Volkswirtschaften.

### **Das neoliberale Welthandelsregime – kein krisenfestes Modell**

Die Attac-Kritik am aktuellen Welthandelssystem wird durch die Corona-Pandemie bestätigt. Dieses System verschärft Ungleichheit und die Klimakrise und schränkt den Handlungsspielraum

von Regierungen ein. Die Liberalisierung des weltweiten Güter- und Agrarhandels und der Finanzmärkte hat zur Folge, dass die Produktion lebenswichtiger Güter in bestimmte Weltregionen und in die Hände von immer weniger Konzernen verlagert wurde. Globale Lieferketten führen nun zu Versorgungsengpässen bei der Erzeugung und Lieferung von lebenswichtigen Gütern wie etwa Atemgeräten, Schutzbekleidung und Medikamenten.

Kritischer als bisher sind auch der Masentourismus und die Hypermobilität der globalen Mittel- und Oberklassen zu hinterfragen. Diese Phänomene sind für die rasche Ausbreitung der Pandemie mitverantwortlich und sozial und ökologisch untragbar.

### **Solidarische Krisenbewältigung muss alle im Blick haben**

Die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie bedrohen nun den Lebensunterhalt vieler Menschen und zeigen, wie prekär ein großer Teil der Bevölkerung lebt und arbeitet.

Die Krise führt uns aber auch vor Augen, wie schlecht die wichtigsten Tätigkeiten in unserer Gesellschaft abgesichert sind. Es sind Pfleger\*innen, Regalarbeiter\*innen und Kassier\*innen, Kindergärtner\*innen, Reinigungskräfte, Erntehelfer\*innen und viele andere mehr, auf die es jetzt ankommt. Diese Arbeiten werden vor allem von Frauen und Migrant\*innen in Leiharbeit oder neuer Selbständigkeit erbracht, sind oft schlecht bezahlt und wenig anerkannt.

(...) Die Corona-Pandemie zeigt auch, wie verwundbar unser gesamtes Gesundheitssystem infolge neoliberaler Politik heute ist. In den letzten Jahrzehnten wurden quer durch Europa Gesundheitsausgaben gekürzt, private Krankenversicherungen gefördert und Spitäler geschlos-

sen; Kosteneffizienz erhielt vielerorts Vorrang vor Versorgungssicherheit, Qualität und Menschlichkeit. Besonders drastisch ist die Lage in Südeuropa, wo die Gesundheitssysteme auf Druck der EU besonders stark ausgehungert wurden.

### **Was jetzt zu tun ist**

Die aktuellen Maßnahmen zeigen, dass politische Gestaltung im großen Stil möglich ist. Die bisherigen Maßnahmen der österreichischen Regierung scheinen den Gefahren einer tiefen Krise grundsätzlich Rechnung zu tragen. Doch wer wird damit gerettet, wer wird dafür bezahlen? Und was kommt danach? Verschärft sich die ungleiche Verteilung zwischen Arm und Reich oder gelingt es in Richtung einer sozial-ökologischen Wirtschaft umzusteuern?

Klar ist: Unsere Wirtschaft und Gesellschaft werden nach der Coronakrise anders aussehen als vorher. Lassen wir nicht zu, dass der neoliberale Kapitalismus sich danach weiter vertieft. Engagieren wir uns jetzt für eine Politik, die das gute Leben für alle Menschen ermöglicht.

Attac wird in den nächsten Wochen weitere Analysen vorlegen und sich für konkrete Lösungen starkmachen.

Dabei gilt es

- die gesundheitliche und wirtschaftliche Krise solidarisch zu bewältigen.
- autoritären und nationalistischen Kräften entgegenzutreten und das humanitäre Drama an den EU-Außengrenzen zu beenden.
- neoliberale Dogmen aufzubrechen und die Transformation unserer Wirtschaft voranzutreiben, so dass sie ein gutes Leben für alle Menschen ermöglicht.

### **Achten wir auf uns.**

**Sorgen wir für unsere Mitmenschen.**

**Handeln wir solidarisch. [Attac.at](http://Attac.at)**

## **Attac Österreich: Corona-Krise: Die EZB muss die Staatsfinanzierung dem Finanzsektor entziehen -**

*Das Verbot Staaten zu finanzieren, wird derzeit bereits halbherzig umgangen, indem die EZB am „Sekundärmarkt“ von Banken und Fonds Staatsanleihen aufkauft. Viel wirksamer und kostengünstiger wäre es, wenn die EZB Staatsanleihen ohne diese Umgehungsstruktur kauft. - [mehr](#)*

**Michael Paetz, Die richtigen Forderungen stellen - Die Debatte um Eurobonds geht am eigentlichen Problem vorbei.**  
[Makroskop](#) 31.März 2020

### **Solidarität in der EU? Nichtnichten....**

**Wie Merkel die EU-Institutionen ausbooten will -27.3.2020 [lostineu](#)**

**Peter Wahl: In der Krise ist die EU nicht sichtbar - [Makroskop](#) 22.3.2020 - [EN](#) – [FR](#) - [Schwedisch](#)**

**Steffen Stierle: Jeder stirbt für sich allein -Italienische Regierung scheidert auf EU-Gipfel mit Forderung nach »Corona-Bonds«. [Deutsch-niederländische Blockade gegen europäische Solidarität](#) [JW](#) 28.3.2020**

# Pro Asyl

## Humanitäre Krise in Griechenland: Flüchtlingsaufnahme jetzt!

**28.02.2020** - Deutschland will den Deal mit Erdogan um jeden menschlichen Preis in der Ägäis durchsetzen. Vor allem deshalb sitzen zehntausende Flüchtlinge unter unerträglichen Bedingungen dort fest. Die Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin-Verordnung wird hierzulande derweil oft blockiert.

PRO ASYL und seine griechische Projektpartner\*innen [Refugee Support Aegean](#) (RSA) sehen eine Mitverantwortung Deutschlands für die katastrophale Situation auf den griechischen Ägäis-Inseln und fordern die Aufnahme Geflüchteter nach Deutschland.

Im fünften Jahr des EU-Türkei-Deals harren Zehntausende unter [menschunenwürdigen Bedingungen](#) auf den griechischen Inseln aus. Die Kapazitäten sind bei weitem erschöpft; die Gesundheitsversorgung ist desolat. [Ein Drittel](#) (33%) der derzeit rund 41.000 Geflüchteten auf den Inseln sind Kinder und Jugendliche. Knapp 15% sind komplett auf sich allein gestellt. Viele von ihnen leben schutzlos, sind Gewalt ausgesetzt und leiden psychisch unter den desolaten Bedingungen. Diese Situation verletzt in einem massiven, teils lebensbedrohlichen Ausmaß die Rechte der Kinder und Jugendlichen.

Die zügige kindergerechte Unterbringung und Versorgung auf dem Festland muss endlich Priorität haben.

Rund zwanzig zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich diesbezüglich [in einem offenen Brief](#) an den griechischen Premierminister gewendet – PRO ASYL und RSA schließen sich dem Brief an. Die zügige kindergerechte Unterbringung und Versorgung auf dem Festland muss endlich Priorität haben.

### Proteste gegen geschlossene Haftlager

Mit den bereits im November 2019 bekannt gewordenen [Plänen zu Errichtung geschlossener Haftlager](#) antwortet die griechische Regierung mit einer Verschärfung der Lage auf die humanitäre Not. Eine Ausweitung der rechtswidrigen Abschiebungen aus diesen Haftlagern heraus in die Türkei wird vorbereitet.

Auf Samos, Lesbos und Chios wurden Generalstreiks ausgerufen.

Auf den ägäischen Inseln Griechenlands formiert sich ein [breiter Protest der Bewohner\\*innen](#) gegen die Pläne, die europäischen Hotspots auf den Inseln in gänzlich geschlossene Haftanlagen umzuwandeln. Angesichts der katastrophalen Umstände fordern sie die Auflösung der Lager und die Evakuierung aufs Festland. Auf Samos, Lesbos und Chios wurden Generalstreiks ausgerufen. Gegen den Protest geht Athen hart vor.

### Hotspots auflösen, Inseln evakuieren

RSA und PRO ASYL [unterstützen](#) die Proteste und fordern die griechische Regierung auf, die Pläne zur Inhaftierung tausender Schutzsuchender zu verwerfen. Angesichts des Notstandes ist ein groß angelegtes Aufnahmeprogramm aus Griechenland notwendig: Die Hotspots müssen geräumt werden, Schutzsuchende auf das griechische Festland gebracht werden. Dort müssen sie menschenwürdig untergebracht und schnellstmöglich in andere EU-Mitgliedstaaten überstellt werden.

**Deutschland verhindert Familienzusammenführungen**  
Seit 2018 lehnt das BAMF Dublin-Übernahmeersuche aus Griechenland massiv ab. Knapp 1.700 solcher Ersuche aus Griechenland standen 2019 fast 1.400 Ablehnungen des BAMF gegenüber. Ein ähnliches Bild in 2018: Von 2.139 Übernahmeersuchen an Deutschland – 90% davon aufgrund familiärer Bindungen – wurden rund 1.500 abgelehnt. Dies waren also fast 3.000 Ablehnungen in zwei Jahren.

Insbesondere problematisch: Es geht überwiegend um Menschen, die in den Elendslagern auf den Inseln festsitzen – und die aufgrund von engen Familienangehörigen einen Rechtsanspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland hätten. Die überwältigende Mehrheit der Übernahmeersuche aus Griechenland ist auf die Zusammenführung von Familienangehörigen zurückzuführen, 2019 waren dies 86% aller Ersuche, 2018 sogar 90%.

Häufig versäumen griechische Behörden in der Praxis Fristen und stellen die Übernahmegesuche zu spät. Das BAMF stellt in diese Fällen die Einhaltung von Fristen regelmäßig höher als die Einheit von Familien. Dauerhafte Trennungen sind die Folge. Spätestens jetzt muss die lange überfällige, schnelle und unbürokratische Familienzusammenführung von Schutzsuchenden in Griechenland mit ihren Verwandten in Deutschland umgesetzt werden.

<https://www.proasyl.de/news/humanitaere-krise-in-griechenland-fluechtlingsaufnahme-jetzt/>

### **Albtraum Moria**

[Aufnahme von geflüchteten Kindern - Kein Gnadenakt, sondern rechtliche Verpflichtung](#)

[So nah und doch so fern -Familien werden zwischen Deutschland und Griechenland zermürt](#)

[infomobile.w2eu.net](http://infomobile.w2eu.net)

### **Aktionstag am 5. April zur Evakuierung der griechischen Lager (Seebrücke)**

**Kriegsschiff voller Flüchtlinge: Von Lesbos nach Malakasa – und jetzt nach Straßburg! ProAsyl**

**Pro Asyl** Covid-19 und Flüchtlingspolitik – was Deutschland jetzt machen muss, 19.03.2020

**Grundrechtskomitee** Offener Brief: Coronavirus zwingt zum Handeln zum Schutz von Geflüchteten

**Ärzte ohne Grenzen:** Griechenland Coronavirus: Evakuierung der EU-Flüchtlingslager in Griechenland dringender denn je

[offener Brief](#) des Flüchtlingsrats Hamburg

**20.03.2020: Gesundheitsversorgung sicherstellen! Lager auflösen! Menschen und ihre Rechte schützen! -**

Gemeinsamer [Appell](#) von We'll Come United, Landesflüchtlingsräten und bundesweiten Medibüros/Medinetzen

# Attac Österreich kritisiert Zustimmung zu EU-Vietnam Abkommen

## Kein Schutz für Menschen- und Arbeitsrechte, weiterer Ausbau der Paralleljustiz für Konzerne

Die Mehrheit des EU-Parlaments hat am 12. Februar 2020 dem Handelsabkommen und dem Investitionsabkommen zwischen der EU und Vietnam zugestimmt. Von den österreichischen EU-Abgeordneten haben die Grünen und Sozialdemokrat\*innen beide Abkommen abgelehnt. Die Abgeordneten von ÖVP, NEOS und FPÖ haben den Abkommen zugestimmt. Für das globalisierungskritische Netzwerk Attac ist die Zustimmung die nächste verpasste Chance für eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik hin zum Schutz des Klimas und für bessere Arbeits- und Menschenrechte.

Die Mehrheit des EU-Parlaments widerspricht mit dem heutigen Ja dem eigenen Beschluss zum European Green Deal vom 15. Jänner 2020. Demnach sollten „*alle internationalen Handels- und Investitionsabkommen starke, verbindliche und durchsetzbare Kapitel über nachhaltige Entwicklung – einschließlich Klima und Umwelt – enthalten*“. Davon ist im EU-

<https://www.attac.at/news/details/attac-kritisiert-zustimmung-zu-eu-vietnam-abkommen>

Vietnam Abkommen jedoch weit und breit nichts zu finden. *„Die Kapitel zum Klima- und Arbeitnehmer\*innenschutz bleiben zahnlos“*, kritisiert Alexandra Strickner von Attac. Mit den im Investitionsabkommen enthaltenen Sonderklagerechten für Konzerne können diese und ausländische Investor\*inne alle Vertragsstaaten inklusive Österreich auf Schadenersatz verklagen, sollten diese zum Beispiel Gesetze zum Klima- oder Arbeitsschutz erlassen, welche die Profite der Konzerne verringern könnten, kritisiert Attac. Während der Handelsteil mit der Zustimmung des EU-Parlaments in Kraft treten kann, muss das Investitionsabkommen inklusive Sonderklagerechten für Konzerne noch durch alle nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten. Eine ausführliche Kritik am Abkommen finden Sie auch im [Brief der Plattform Anders Handeln an die EU-Abgeordneten](#).

## Erklärung der Zivilgesellschaften der Europäischen Union (EU) und Vietnams

*Die unterzeichneten Organisationen (1) fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, die Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Vietnam (2), über die am 11. Februar 2020 abgestimmt wird, nicht zu ratifizieren. Es handelt sich um die erste Ratifizierungsabstimmung über Handels- und Investitionsabkommen des neuen Europäischen Parlaments. Die Abkommen wurden von der Europäischen Kommission aufgrund zuvor erteilter Mandate verhandelt und am 30. Juni 2019 in Hanoi unterzeichnet.*

Die Europäische Kommission präsentiert die Abkommen als Mittel für nachhaltige Entwicklung und die Gewährleistung eines hohen Arbeits- und Umweltschutzes. Doch das entspricht nicht der Wahrheit. Die Abkommen zwischen der EU und Vietnam befassen sich nicht mit den drängenden aktuellen Aufgaben der EU und Vietnams: Reduzierung der Ungleichheit, Förderung nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz. Sie sind unvereinbar mit einem „Green Deal“, der dem Umweltschutz tatsächlich Vorrang einräumen würde. Am 15. Januar 2020 stimmte das Europäische Parlament für eine Resolution, in der festgelegt ist, dass *„alle internationalen Handels- und Investitionsabkommen starke, bindende und durchsetzbare Kapitel über nachhaltige Entwicklung – einschließlich Klima- und Umweltschutz – enthalten, die in vollem Einklang mit den internationalen Verpflichtungen, insbesondere dem Übereinkommen von Paris [...] stehen“*. Auf die Abkommen zwischen der EU und Vietnam trifft das nicht zu.

**Die Europäische Kommission beschloss**, den Text des ursprünglichen Abkommens in zwei Teile aufzuspalten, einen Handels- und einen Investitionsteil. Damit lässt sich vermeiden, dass beide

Teile demselben Ratifizierungsprozess unterworfen werden. Die Kommission will nicht riskieren, dass der Handelsteil in den nationalen Ratifizierungsverfahren möglicherweise abgelehnt wird, und strebt eine rasche Inkraftsetzung an.

### **Der Handelsteil solcher Abkommen fällt in die alleinige Zuständigkeit der EU und erfordert lediglich eine Ratifizierung durch das Europäische Parlament.**

- Laut Europäischer Kommission beseitigen die Abkommen 99 Prozent der Zölle auf zwischen der EU und Vietnam gehandelte Waren. Solche Zahlen sagen nichts über Kriterien wie Nachhaltigkeit oder Menschenrechte aus.

- Das Abkommen zwischen der EU und Vietnam enthält keine Klausel, die gewährleistet, dass Menschenrechte, Umwelt- und Klimaabkommen Vorrang vor Handels- und Investitionsbestimmungen haben.

- Den Kapiteln über Handel und Nachhaltigkeit fehlen jegliche Aussagen über die Erarbeitung notwendiger und anspruchsvoller gemeinsamer Standards sowie konkrete bindende Bestimmungen über die Einhaltung und Durchsetzung internationaler Ver-

pflichtungen in den Bereichen Klima, Umwelt, Arbeits- und Menschenrechte. Diese nicht bindenden und nicht durchsetzbaren Kapitel sind vom Streit-schlichtungsmechanismus der Abkommen ausgeschlossen.

- In puncto Einhaltung der Menschenrechte stellen die Kapitel über den Schutz geistigen Eigentums eine unmittelbare Bedrohung des Zugangs zu erschwinglichen Generika dar. Den Kapiteln mangelt es an Regulierungen des Markts für kommerzielles Saatgut unter Beachtung des übergeordneten Rechts auf Nahrung und auskömmliche Lebensgrundlagen kleiner Erzeuger/-innen und bedrohter landwirtschaftlicher Kooperativen.

- Die Abkommen enthalten keine angemessene Regulierung von Kapitalflüssen zur Vermeidung von Belastungen durch Finanzinstabilität.

- Die Abkommen sehen keine direkten, bindenden und durchsetzbaren Pflichten ausländischer Investoren zur Einhaltung einschlägiger und anerkannter internationaler menschen- und sozialrechtlicher Standards oder zu Klima- und Umweltschutzmaßnahmen vor.

- Die Abkommen sehen keine regelmäßige Bewertung ihrer Auswirkungen auf Menschenrechte sowie Klima und

Umwelt vor. Insbesondere fehlt ihnen eine „Revisionsklausel“ zur Überprüfung (einzelner Teile) der Abkommen nach ihrer Ratifizierung und Inkraftsetzung auf der Grundlage regelmäßiger Untersuchungen ihrer Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte.

•Das Vorsorgeprinzip wird im Handelsabkommen in Artikel 13.11 des nicht bindenden Kapitels über nachhaltige Entwicklung erwähnt, jedoch nicht im Kapitel über Gesundheit und Pflanzenschutz. Das Abkommen gewährleistet keine volle und umfassende Anwendung des Vorsorgeprinzips.

### **Der Investitionsteil der Abkommen wird der geteilten Zuständigkeit zugeordnet und muss daher die entsprechenden Ratifizierungsprozesse in allen Mitgliedsstaaten durchlaufen.**

•Der Investitionsteil enthält einen weitreichenden Investitionsschutz und sehr weite Definitionen dessen, was eine erfasste Investition bedeutet, einschließlich Regelungen über Kapitalbeteiligungen, Schuldverschreibungen, Goodwill und Rechte des geistigen Eigentums, – alles durchsetzbar mittels eines Investor-Staat-Schiedsverfahrens (ISDS). Solch weitgehende Schutzmaßnahmen werden vorgesehen, obwohl die Behauptung, Investitionsschutz inklusive ISDS zöge ausländische Direktinvestitionen (ADI) an, nicht haltbar ist: Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass Investitionsschutz und ISDS für Investoren, wenn überhaupt, sehr selten der ausschlaggebende Faktor bei einer Investitionsentscheidung sind. Ein solcher Schutz wird allenthalben vorgesehen, auch wenn nicht alle ADI zwingend zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Untersuchungen besagen, dass ADI, von positiven Effekten abgesehen, auch negative Auswirkungen haben können und heimische Unternehmen verdrängen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse schaffen oder Arbeitsplätze vernichten, Einkommensungleichheit verstärken, Steuerflucht und -vermeidung erleichtern und zur Zerstörung und Verschmutzung der Umwelt beitragen. Das zeigt, dass es von entscheidender Bedeutung ist, angemessene Verfahren und Regelungen dafür zu schaffen, ADI für eine nachhaltige Entwicklung nutzbar zu machen.

•Statt Vergünstigungen weitgehend auszuschließen, schützen diese Kapitel

nach wie vor jedwede ADI, ungeachtet der Art der Investition, des Verhaltens des Investors oder der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Investition. Beispielsweise gibt es im Investitionsabkommen zwischen EU und Vietnam kein „Nachhaltigkeitskapitel“.

•Der Investitionsteil stellt keinen Fortschritt gegenüber früheren Abkommen dar, sondern ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung: Die ausländischen Investoren darin gewährten Rechte übersteigen bei weitem die in Investitionskapiteln anderer Abkommen (zum Beispiel CETA) enthaltenen, und einige der in das CETA eingefügten Sicherungen fehlen im vorgesehenen Investitionsabkommen mit Vietnam. (3)

•Das Abkommen sieht vor, dass die Vertragsparteien an Verhandlungen über die Einführung einer multilateralen Schiedsstelle für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten mitwirken. Während solche Abkommen von der Öffentlichkeit entschieden abgelehnt werden, wird ein multilateraler Investitionsgerichtshof ein System für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten verfestigen, das es transnationalen Unternehmen ermöglicht, unangemessenen Einfluss auf die staatliche Politik auszuüben. Wollen wir einer geringen Zahl von Unternehmen und Investoren, die den Weltmarkt dominieren, noch mehr Macht verleihen? Über 847.000 Menschen in Europa haben eine Petition unterzeichnet, mit der die Mitglieder des Europäischen Parlaments aufgefordert werden, die Ausbreitung von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS usw.) zu stoppen (siehe zum Beispiel <https://stopisds.org/>).

Wir sind tief besorgt über die Menschen- und Arbeitsrechtslage in Vietnam. Während Vietnam kürzlich das Übereinkommen über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen (Nr. 98) ratifiziert hat, steht die Ratifizierung von zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) noch aus; es handelt sich um das Übereinkommen über Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts (Nr. 87) und das Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit (Nr. 105). Obwohl Vietnam die Absicht bekundete, Letzteres im Jahr 2020 und das Übereinkommen 87 im Jahr 2023 zu ratifizieren, gibt es dafür keine Garantie.

In seiner [Resolution](#) vom 14. Dezember 2017 verweist das Europäische Parlament auf „die Verschlechterung der Lage der bürgerlichen und politischen Rechte in Vietnam“. Die von einer einzigen Partei kontrollierte Regierung Vietnams bietet keine ausreichenden Garantien in Bezug auf die Achtung der bürgerlichen Freiheiten (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit usw.). Polizeiliche und staatliche Repression betreffen vor allem Menschenrechtler/-innen, Umweltaktivisten und -aktivistinnen und Regimekritiker/-innen. Laut Human Rights Watch wenden Polizeikräfte Folter an, während es der Justiz in erschreckendem Maß an Unabhängigkeit mangelt. Kleinbauern und -bäuerinnen werden ihres Lands beraubt und Arbeiter/-innen erleben häufig Gewalt, wenn sie auf die Achtung ihrer Rechte drängen. Daher hat Human Rights Watch das Europäische Parlament aufgefordert, die Ratifizierung des Abkommens zwischen EU und Vietnam zu verschieben ([hrw.org](http://hrw.org)).

Unter solchen Umständen Handels- und Investitionsabkommen abzuschließen, steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der EU. Können wir im Jahr 2020 noch Handelsabkommen mit Ländern ratifizieren, in denen wesentliche Menschen- und Arbeitsrechte sowie Grundfreiheiten missachtet werden? Wie kann das Europäische Parlament Handelsabkommen ratifizieren, die zur Ausweitung des weltweiten Handels und zum Anstieg der Treibhausgasemissionen beitragen, während die Europäische Kommission einen „Green Deal“ verspricht?

### **Anmerkungen**

(1) Zusätzlich zu dieser Initiative fordern einige vietnamesische und internationale NGOs das Europäische Parlament dazu auf, seine Abstimmung über das Abkommen zu [verschieben](#).

(2) Der vollständige Text ist [hier](#) zu finden.

(3) Zum Beispiel eröffnet Artikel 2.5.6 des Vietnam-Abkommens, der im CETA fehlt, eine neue Hintertür, die den Spielraum von Investoren, Klage einzureichen, beträchtlich erweitert. Ebenso bietet Artikel 2.5.4 des Vietnam-Abkommens einen größeren Spielraum als der entsprechende Artikel im CETA (hier Artikel 8.10.4). Einige der im CETA enthaltenen Sicherungen, wie zum Beispiel Artikel 8.10.7, fehlen in dem vorgeschlagenen Investitionsabkommen mit Vietnam.

<http://s2bnetwork.org/eu-vietnam-civil-society-statement/>

S. auch:

<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/06/Menschenrechte-auf-dem-Abstellgleis-web.pdf>



# Lateinamerika

## Chile

**Seit Oktober 2019** protestieren Chilen\*innen gegen soziale Ungleichheit und das neoliberale Wirtschaftssystem. Die Regierung unter Präsident Sebastián Piñera reagiert auf die Proteste mit massiver Repression und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Piñeras Rücktritt ist eine zentrale Forderung der Proteste: laut der Umfrage Pulso Ciudadano liegt seine Zustimmung aktuell bei nur 6,6 Prozent (Stand 22. Januar). Seit 1990 ist Chile wieder eine Demokratie. Mit der Verfassung von 1980 wurde aber das neoliberale Wirtschaftsmodell in Chile etabliert: „*Unsere Verfassung ist keine Zusicherung von Rechten, sondern ein sozioökonomisches Modell, das eine bestimmte soziale Klasse privilegiert und dabei starke soziale Ungleichheiten schafft. Alle wichtigen Lebensbereiche wurden kapitalisiert, monopolisiert, privatisiert*“, sagt Claudia Godoy, Anwältin und Dozentin an der Juristischen Fakultät der Katholischen Universität in Antofagasta. Die Auslegung der Verfassung hat Vorrang vor anderen Gesetzen. „*Wenn man einzelne Gesetze ändert, ohne die Verfassung zu ändern, sind das nichts als leere Worte*“, so Godoy. Seit Beginn der Proteste haben nach Daten des Nationalen Instituts für Menschenrechte (INDH) mindestens 405 Personen ihr Augenlicht auf einem oder beiden Augen verloren, weil sie von Polizist\*innen mit Tränengasgranaten oder „Gummigeschossen“ beschossen wurden. (Diese „Gummigeschosse“ bestehen nur zu 20 Prozent aus Kautschuk und zu 80 Prozent aus Blei und anderen Metallen, wie eine Untersuchung der Universidad de Chile herausfand).

### Ein verfassungsgebender Prozess ist eingeleitet

Mitte November unterzeichneten Regierung und ein Großteil der Oppositionsparteien ein Abkommen, das ein Referendum über eine mögliche neue Verfassung vorsieht. Am 26. April sollen wahlberechtigte Bürger\*innen darüber abstimmen, ob sie für eine neue Verfassung sind und falls ja, wer diese ausarbeiten soll: ein gemischtes Verfassungskonvent, das zur Hälfte aus Parlamentarier\*innen und zur Hälfte aus neu gewählten Mitgliedern besteht oder ein Verfassungskonvent, dass sich vollständig aus neu gewählten Mitgliedern zusammensetzt. Laut Abkommen muss der neue Verfassungstext innerhalb von einem Jahr ausgearbeitet und anschließend durch ein weiteres Referendum ratifiziert werden. Der Umfrage Pulso Ciudadano vom 22. Januar zufolge sind derzeit 77,9 Prozent der chilenischen Bevölkerung für eine neue Verfassung. Dennoch gibt es viel Skepsis und Kritik mit Blick auf den möglichen verfassungsgebenden Prozess (...). Kritisiert wird unter anderem der kurze Zeitraum, der für die Ausarbeitung der neuen Verfassung vorgesehen ist und die Zweidrittelmehrheit, die zur Verabschiedung jedes einzelnen Artikels notwendig sein soll. (...) Ein Großteil der Abgeordneten kammer will sicherstellen, dass sich das Verfassungskonvent zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern zusammensetzt.

### #EstoNoHaTerminado, so ein Spruch der Demonstrierenden – „Das hier ist noch nicht vorbei“

Es wird erwartet, dass sich die Proteste – wenn der Unterricht an Schulen und Uni-

versitäten wieder beginnt und das Referendum kurz bevorsteht – zuspitzen werden. Die Regierung baut derweil ihren Repressionsapparat weiter aus: In der Metropolregion soll die Polizei ihre Flotte aus Wasserwerfern und Fahrzeugen, die Tränengas versprühen, verdoppeln. Zudem stimmte der Kongress Mitte Januar für neue Gesetze wie das „Anti-Barrikaden-Gesetz“ und das „Anti-Plünderungsgesetz“, die der Regierung ermöglichen, bestimmte Protestformen zu kriminalisieren und härter zu bestrafen.

Auszüge aus:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/das-ist-erst-der-anfang/>

### Chile: Proteste gegen Regierung und für strengere Maßnahmen gegen Corona

23.3.2020 In Chile breitet sich das neuartige Coronavirus SARS-nCoV-2 immer weiter aus. Während die rechtsgerichtete Regierung unter Präsident Sebastián Piñera nur schleppend neue Maßnahmen bekanntgibt, organisieren sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, soziale Organisationen und Spezialisten gegen den kommenden Ansturm und setzen sich für eine stärkere gesundheitliche Prävention ein. Sie fordern die Ausrufung einer nationalen Quarantäne, kostenlose Tests auf den Erreger und einen Entlassungsstopp während der Pandemie. Schon heute, ohne Andrang durch die Viruserkrankungen, sind die Krankenhäuser überlastet und es fehlt an Hygienematerial wie etwa Masken und Handschuhen. [Amerika21](#)



Npla.de

# Campus Abierto UdeC (Universidad de Concepción): Kostenlose Online-Kurse für die ganze Gesellschaft

Eine hohe Nachfrage der Bürger\*innen hat dazu geführt dass die Universidad de Concepción (UdeC) einen Online-Kurs entwickelt hat. Seitdem der Online-Kurs am 06.01.2020 gestartet wurde haben sich bis zum 21.01.2020 ca. 500.000 Bürger\*innen dort eingeschrieben.

Am 18. Dezember 2019 wurde im Forum der UdeC die Initiative „Campus Abierto UdeC“ (Öffentlicher Campus der UdeC) präsentiert; diese Initiative erlaubt es allen Interessierten, an einer Vielzahl offener und kostenloser Online-Kurse über eine neue Gestaltung der chilenischen Gesellschaft teilzunehmen.

In der ersten Etappe werden vier Kurse angeboten: der verfassungsgebende Prozess, die Verfassung und selbstständige Dezentralisation, Menschenrechte und schließlich öffentliche Politik und Regieren.

Der Direktor der UdeC, Dr. Carlos Saavedra Rubilar, setzte sich für diese neue Initiative ein. Die Initiative erlaubt es, dass sich die Universität in einer viel direkteren Form mit der Gesellschaft verbindet, gerade weil sich das Land in einer historischen Periode befindet und die Bevölkerung mehr Informationen über die verschiedenen sozialen Geschehnisse einfordert.

Im Rahmen des Designs und der Implementation der Online-Kurse war insbesondere die Direktion von Technik und Information (DTI) und das Zentrum für die Gründung und Ressourcen der Didaktik (CFRD) von Bedeutung. Diesbezüglich äußerte sich der Direktor des DTI, Ítalo Foppiano Reyes: „Wir sind zuständig für die Betreuung der Plattform. Schon seit langer Zeit arbeiten wir an Plattformen, die es uns erlauben, sowohl die horizontale als auch die vertikale Infrastruktur auszubauen, um diese Art von Initiativen unterstützen zu können.“

Der Direktor des CFRD, Daniel Bordon Ortiz, erinnert: „Dies ist ein virtueller

*Kurs; die Dynamik eines jeden Kurses besteht darin, dass alle Personen in diesem Kurs bleiben und ihn beenden möchten. Eine der Aufgaben im Rahmen der Gründung des Zentrums ist es, das Expert\*innen-Wissen an ein Niveau anzupassen, das jeder Bürger verstehen kann.“*

## Verfassungsgebender Prozess und Menschenrechte

Der erste Kurs wird vom verfassungsgebenden Prozess dominiert. Betreuerin Dr. Amaya Alvez Marín erläutert: „Der verfassungsgebende Prozess fordert unser Wissen ein – kein technisches, sondern Wissen über das Leben als Bürger\*in. Während des ersten Termins sprechen wir die aktuellen sozialen Forderungen an, die den sozialen Aufstand dominieren. Das ist neu für uns, wir mussten teils auf der Straße in Concepción Videos [zum Hochladen auf der Plattform] aufnehmen; wir mussten lernen, dass wir einige visuelle Präsentationen anders machen müssen, denn eigentlich nutzen wir nur wenige Wörter, die wir dann im Vorlesungssaal erklären, doch an dieser Stelle müssen wir sehr deutlich sein, da die Leute diese Präsentationen auch zu Hause lesen.“ In Bezug auf den zweiten Termin fährt Frau Dr. Alvez fort: „Wir verbinden das, was wir auf der Straße sehen und was den Alltag neu prägt, mit der Forderung nach einer neuen Verfassung. Einige glauben, dass das, was auf der Straße geschieht sich von dem unterscheidet, was im Nationalen Kongress passiert. Wir wollen zeigen, dass dem nicht so ist; wir wollen zeigen, dass sich die zum Ausdruck gebrachten Bedürfnisse politisch und im Rahmen des verfassungsgebenden Prozesses verwirklichen lassen und dass dies den sozialen Frieden bringt. Während des dritten Termins reden wir über die Verfassung von 1980 und betrachten die Lücken, oder die Fragestellung, warum die Verfassung nicht dazu in der Lage ist, auf einige soziale Forderungen zu reagieren.“

Ein anderer Kurs wird sich mit Menschenrechten auseinandersetzen. Zuständig dafür ist Dr. Ximena Gauché Marchetti der Fakultät für Rechts- und Sozialwissenschaften der UdeC.

Für weitere Informationen können Sie diese Website besuchen:  
<https://campusabierto.udec.cl>.

Quelle:  
agenda país, 21.01.2020, [el mostrador](#)

## „Schule über verfassungsgebenden Prozess“ für die Bürger\*innen an der Universidad de Chile Kostenlose Veranstaltung

Die Fakultät für Physik und Mathematik und die Fakultät für Rechtswissenschaften der Universidad de Chile plante eine „Schule über den verfassungsgebenden Prozess“. Ziel dieser Veranstaltung war es, bevor über eine Verfassungsänderung entschieden wird, gemeinsam mit den Bürger\*innen zu gestalten und die Diskussion über den demokratischen Prozess zu fördern, welcher das Land betrifft.

Die kostenlose Veranstaltung wurde durch Lehrende der Universidad de Chile, die auf Verfassungsrecht spezialisiert sind, mitgestaltet.

Die „Schule für den verfassungsgebenden Prozess“ ist in drei Module unterteilt: Was ist eine Verfassung? Welchen Einfluss hat eine Verfassung auf die öffentliche Politik? Und schließlich: Aus welchen Elementen besteht der nächste verfassungsgebende Prozess?

[El Mostrador Cultura, 12.03.2020](#)

-----  
Leider konnte die Veranstaltung aufgrund der Ausbreitung des Corona-Virus in Chile nicht stattfinden und musste bis auf Weiteres verschoben werden. Das Referendum über die Einrichtung eines Verfassungskonvents ist in den Herbst verschoben wurden [die Red].

Übersetzung: SiG-Redaktion

(Washington, 1. März 2020, [amerika21](#)).- Wie ein Paukenschlag hat eine Untersuchung von zwei Experten des Massachusetts Institute of Technology (MIT) gewirkt, wonach es für die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) keinen Grund gegeben habe, zu erklären, bei den Präsidentschaftswahlen vom letzten Oktober in Bolivien sei Betrug im Spiel gewesen.

Nach einer entsprechenden Beurteilung durch die OAS hatte die rechte Opposition in Bolivien gegen die Wiederwahl von Evo Morales mobilisiert und Polizei und Militär den rechtmäßigen Präsidenten genötigt, zurückzutreten. Morales und Mitglieder seiner Regierung wurden durch Drohungen gezwungen, ins Exil zu gehen. Seitdem herrscht eine Putschregierung unter Führung von De-facto-Präsidentin Jeanine Áñez.

### Morales hatte „höchst wahrscheinlich“ über zehn Prozent Vorsprung

Ein Artikel in der US-Tageszeitung The Washington Post berichtete nun über die Untersuchung des Election Data and Science Lab des MIT, wonach etwa 1.000 Durchläufe methodologisch überlegener statistischer Simulationen es „höchst wahrscheinlich“ machten, dass Evo Morales die Differenz von zehn Prozent der Wählerstimmen als Abstand zum zweitplatzierten Kandidaten der Rechten überschritten hatte. Diese Differenz ist nach bolivianischem Wahlrecht notwendig, um einen zweiten Wahlgang auszuschließen.

„Es scheint keine statistisch messbare Differenz in der Marge vor und nach der Aussetzung der vorläufigen Schnellaus-

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/us-wissenschaftler-wohl-kein-wahlbetrug/>

zählung gegeben zu haben“, bestätigen die Forscher des weltweit führenden Instituts, John Curiel und Jack R. Williams, in ihrem Report.

### Umstrittene Auszählung der Wahlen

Bei den Wahlen vom 20. Oktober 2019 wurde eine erste Schnellauszählung – nach Angaben der Wahlbehörde des Landes wegen technischer Probleme – für mehrere Stunden unterbrochen. Vor dieser Unterbrechung betrug der Vorsprung von Präsident Morales vor seinem stärksten Herausforderer, Carlos Mesa, weniger als zehn Prozent, was einen zweiten Urnengang bedeutet hätte. Nach fortgesetzter Auszählung ergab sich dann ein Vorsprung von mehr als zehn Prozent. Die Wissenschaftler bestätigen nun dieses Ergebnis. „Morales hatte einen Vorsprung von mindestens 10,49 Prozent vor seinem Herausforderer.“ Der Anstieg der Stimmen für Morales nach der Unterbrechung ließe sich „vollkommen mit den bereits abgegebenen Stimmen erklären“. Kenner\*innen des Landes hatten bereits darauf hingewiesen, dass der höhere Zuwachs der Morales-Stimmen zum Ende der Auszählung lediglich die stärkere Basis des Politikers in den ländlichen Regionen widerspiegelte, deren Ergebnisse später eintrafen. Die MIT-Studie urteilt über die OAS-Erklärungen hart. Deren Schlussfolgerungen seien „zutiefst fehlerhaft“ gewesen.

### Schlussfolgerungen der OAS „zutiefst fehlerhaft“

Nachdem die OAS frühere Nachfragen der Wissenschaftler unbeantwortet ließ, reagierte sie nach der prominenten Veröf-

fentlichung der Studie heftig. In einer [Stellungnahme](#) stützt sie sich auf „Beweise für vorsätzliche Akte“ zur Manipulation der Wahlen, „schwere Unregelmäßigkeiten wie einen Mangel an Schutz der Wahlunterlagen“, eine „signifikante Zahl an Fehlern“ und ein „offenkundiges Foul Play“. Die hochangesehenen Wissenschaftler bezeichnen die Erklärung als „Individuen, die sich selbst als Wissenschaftler und Spezialisten für Wahlprozesse ansehen“. Im Übrigen habe die Europäische Union, die auch Wahlbeobachter\*innen vor Ort hatte, die OAS-Einschätzung eines „Wahlbetrugs“ geteilt. Der entmachtete Präsident Boliviens äußerte sich bereits zu dem Washington Post-Artikel. Die Untersuchung sei „ein weiterer Beweis des monumentalen Raubs, den [Carlos] Mesa, [Jeanine] Áñez, [Luis] Camacho und [Luis] Almagro gegenüber allen Bolivianern begangen haben“, schrieb Morales auf [Twitter](#). Unterdessen hat die Regierung von Mexiko die OAS aufgefordert, die „Mängel“ bei ihrer Prüfung der Wahlen in Bolivien zu erklären. „Unser Vertreter bei der OAS wird formell beantragen, dass eine dritte Partei einen Vergleich beider Studien durchführt und die Diskrepanzen zwischen ihnen klärt“, sagte der Sprecher des mexikanischen Außenministeriums, Roberto Velasco. „Angesichts der Ergebnisse der Studie, die die Analyse der OAS und die Äußerungen ihres Generalsekretärs Luis Almagro in Frage stellen, sollte die Organisation aus unserer Sicht die von diesen beiden Forschern bekannt gemachten Mängel in ihrem Bericht klären und erklären“, bekräftigte Velasco.

keine Medikamente aber Tränengas und Kugeln... (Quelle: npla.de)



# Frauentag am 8. März weltweit

## Lateinamerika:

### Feministische Kämpfe in der Hochburg des Patriarchats

(Montevideo, 7. März 2020, [la diaria](#)).- (...) „Lateinamerika ist ein sehr vielfältiger Kontinent, und doch bestehen vielerorts dieselben Probleme. Ich denke, die drei großen Themen werden sein: Bedingungslose Straffreiheit für Schwangerschaftsabbrüche, ökonomische Gleichstellung der Geschlechter und die Beendigung der Gewalt gegen Frauen“, so Virginia Beaudoux, Expertin für politische Kommunikation und genderbewusstes Lenkungsmanagement, im Gespräch mit *la diaria*. (...) Den offiziellen Angaben zufolge beträgt die Femizidrate (ausgehend von jeweils 100.000 Einwohner\*innen) in El Salvador 6,8, Honduras 5,1, Bolivien 2,3, Guatemala 2 und in der Dominikanischen Republik 1,9.

#### Schwangerschaften von Mädchen und Jugendlichen

Ein weiteres Problem der Region Lateinamerika/Karibik ist die hohe Zahl sogenannter Teenager-Schwangerschaften aufgrund der unzureichenden Sexualaufklärung und der fehlenden Verhütungsmittel. Mit über 12%, laut CEPAL, sind hier Schwangerschaften von Mädchen und Jugendlichen fast so häufig wie in den Ländern südlich der Sahara, wo Schwangerschaften Minderjähriger weltweit am weitesten verbreitet sind. Es handelt sich mehrheitlich um ungeplante Schwangerschaften, die das Leben der Jugendlichen, den Schulbesuch oder den Eintritt in den Arbeitsmarkt enorm beeinträchtigen und den Aufbau der wirtschaftlichen Unabhängigkeit langfristig erschweren. Das Institut Guttmacher, spezialisiert auf reproduktive Rechte, gibt an, dass in der Region Lateinamerika/Karibik 4,4% der Frauen zwischen 15 und 44 einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen. Die Rate liegt hier somit höher als in irgendeinem anderen Land der Welt. In El Salvador, Honduras, Nicaragua, Haiti und der Dominikanischen Republik sind Abtreibungen bis heute unter allen Umständen verboten und werden mit Gefängnisstrafen belegt. Die einzigen Länder, in denen Schwangerschaftsabbrüche in den ersten Wochen durchgeführt werden dürfen, sind Uruguay, Kuba, Guayana, Französisch-Guayana, Puerto Rico sowie Mexiko-Stadt und der Bundesstaat Oaxaca. Im Rest des Landes bestehen entsprechend den Gesetzgebungen der Bundesstaaten unterschiedliche

Regelungen. Tausende Frauen greifen daher auf unsichere und unsachgemäße Methoden zurück und riskieren dadurch ihr Leben.

#### Die Hälfte der Frauen hat kein eigenes Einkommen

Auch was die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter betrifft, steht der Region noch ein ordentliches Stück Arbeit bevor. Laut CEPAL verfügen 50% der Frauen nicht über ein eigenes Einkommen bzw. verdienen unterhalb des Mindestlohns. Die Hälfte der Frauen hat also kein eigenes Geld oder zumindest nicht so viel, dass es zum Leben reicht. Frauen widmen unbezahlten Tätigkeiten mehr als doppelt so viel Zeit wie Männer, obwohl sie in den letzten Jahren zunehmend in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden. „Geschlechtergleichheit kann es nur geben, wenn die Care-Tätigkeiten, ob bezahlt oder unbezahlt, gleichmäßiger verteilt werden. Hausarbeit wird automatisch immer als Frauenarbeit angesehen. Dadurch werden Frauen vom Arbeitsmarkt und von der beruflichen Weiterentwicklung ausgeschlossen“, erklärt uns Lucía Scuro, Leiterin des Ressorts Soziales in der CEPAL-Abteilung für Genderfragen.

#### Politische Teilhabe

Durch die Einführung von Quotenregelungen und Geschlechtergleichheit bei Kandidaturen hat sich in diesem Bereich in den letzten Jahren tatsächlich einiges getan. Nach CEPAL-Angaben von Mai 2018 liegt die Region Lateinamerika/Karibik hinsichtlich der Beteiligung von Frauen in gesetzgebenden Organen mit 29,8% weltweit am höchsten. In Bolivien, Mexiko, Costa Rica und Ecuador sitzen mit 40% bis 50% mehr Frauen in den Parlamenten als jemals zuvor, trotzdem wäre es verfehlt, von paritätisch geführten Regionen zu sprechen. In anderen Ländern liegt die Präsenz von Frauen außerdem bei unter 30%, in Uruguay zum Beispiel nur bei 20%. „In den letzten drei Jahrzehnten fanden insgesamt 40 Wahlreformen in insgesamt 17 lateinamerikanischen Ländern statt; die Regelungen sind nicht einheitlich. In einigen Ländern werden der Zugang und die Registrierung der Kandidaturen paritätisch vorgenommen, dazu zählen Argentinien, Bolivien, Costa Rica, Ecua-

dor, Honduras, Mexiko und Peru, trotzdem sind die Parlamente nicht paritätisch besetzt“ so Flavia Freidenberg vom Institut für Rechtsforschung an der Universidad Nacional Autónoma de México. (...) Außerdem gibt es in der gesamten Region nur eine einzige Frau, die den obersten Regierungsposten innehat, und zwar in Trinidad und Tobago. Von Geschlechtergleichheit in der Region Lateinamerika/Karibik kann also noch keine Rede sein, aber in den letzten Jahren konnten immerhin entscheidende Fortschritte erzielt werden. „Seit der Erklärung von Beijing zur Förderung der Rechte von Frauen im Rahmen der Weltfrauenkonferenz 1995 bis heute gab es in der Region hinsichtlich der Geschlechtergleichheit auf jeden Fall Fortschritte, vor allem auf institutioneller Ebene“, betont Scuro. „Die meisten Länder haben irgendeine Art von Gleichstellungsstelle, und das ist immerhin schon ein Fortschritt hinsichtlich der rechtlichen Situation und auch zur Verbreitung des Genderthemas“. Außerdem wurden umfassende Gesetze gegen geschlechtlich motivierte Gewalt verabschiedet, die sich auf Prävention, Unterstützung und Sanktionierung der Verbrechen beziehen. In den letzten Jahren wurden auch verstärkt Institute für die statistische Erfassung gegründet: „Dadurch konnten wir eine höhere Sensibilisierung hinsichtlich des Problems erreichen und alle relevanten Informationen bündeln und diese an die politischen Instanzen weiterleiten“.

#### Großdemonstrationen

Außerdem haben in den letzten Jahren Frauen vermehrt das Schweigen gebrochen und fordern nun lautstark Chancengleichheit und rechtliche Gleichstellung: Die Bewegung umfasst indigene Frauen, die ihr Land verteidigen, genauso wie die argentinische [Ni Una Menos](#)-Bewegung, der sich Frauen in zahlreichen Ländern angeschlossen haben, und das berühmte chilenische Kollektiv Las Tesis, das mit ihrer Performance „Un violador en tu camino“/“Ein Vergewaltiger auf deinem Weg“ international bekannt geworden ist. (...)

Übersetzung: Lui Lüdicke

<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/feministische-kaempfe-in-der-hochburg-des-patriarchats/>

## El Mostrador Braga / Estudiantes de periodismo UFRO vom 7. März 2020 Die Realität der Mapuche Frauen

In der Zeit um den 8. März konnten die Journalismus-Studierenden der UFRO (Universidad de Frontera, Temuco, Chile) zwei Vertreterinnen von Mapuche Frauen, Erica und Isolde, kennenlernen. Eine von ihnen hat Menschenrechte als Seelsorgerin des Bischofspalastes in Temuco verteidigt. Die andere Frau ist eine junge Mapuche Studierende. Sie haben mit uns über den Feminismus und die Bedeutung des 8M geredet. Geschlechtergewalt, Repression des Staates und Ungleichheit, unter der die indigenen Frauen in ihrer eigenen Gemeinschaft leiden.

In der Geschichte des Volkes der Mapuche erinnern wir uns an mächtige Frauen wie Guacolda, Janequeo und Fresia; waren sie die ersten Feministinnen unter den Mapuche? Wir wissen es nicht, manche Historiker bezeichnen sie als „kriegerische Frauen, deren Kampf und Stärke für das Verteidigen ihres Volkes hervorgehoben wurde“. Sie sind heute Symbole für viele junge Mapuche; jedoch stehen diese Feministinnen auch im Widerspruch zu der Realität von tausenden Mapuche in den Gemeinschaften. Und nicht weil es ihnen am „neuen“ (Kraft) fehlt, sondern wegen der vielen Hürden, die junge Frauen auf der Suche nach Gleichheit und Würde überwinden müssen.

Die Geschlechtergewalt, die Schwierigkeit eine Stelle als Protagonistin in politischen Entscheidungen zu erhalten, die Repression des Staates, die Armut und der Missbrauch, den sie als „Frau, Mapuche und Arme“ gegenüberstehen müssen; die Liste geht noch weiter, weswegen besonders die neue Generation – und frühere Generationen eher nicht – an diesem 8. März zum Demonstrieren auf die Straße gehen.

„Ich glaube nicht, dass es einen Feminismus der Mapuche gab. Ich glaube jedoch, dass es Mapuche Frauen gegeben hat, die uns nach der feministischen Ideologie geführt haben, aber ich glaube nicht, dass es eine Philosophie bezüglich des Feminismus der Mapuche gab“. Das ist die Version von Erica Nanco, einer jungen Agrikultur-Studierenden an der Universidad de la Frontera. Erica gehört der Gemeinschaft „Lof Hualacura“ und der Kommune „Nueva Imperial“ an. Sie erklärt, dass es schwer ist einen „Feminismus der Mapuche“ zu definieren, da es noch kein Konzept ist, welches in die

Mapuche Kultur integriert ist. Vielmehr sind es die neuen Generationen, die es erreicht haben aus den Gemeinschaften in die Städte zu kommen, um dort an Bildungseinrichtungen oder Universitäten zu studieren. Dort sind sie erst mit dieser Ideologie in Kontakt gekommen; „Was nicht gleich bedeutet, dass wir uns alle als Feministinnen bekennen würden, ich glaube nicht, dass es eine Obligation ist“, sagt Erica.

### Der Machismo und die Geschlechtergewalt

Für beide ist die Gewalt, welche von männlichen Mapuche ausgeführt wird, ein schwieriges Thema. Vor dem fälschlicherweise genannten „Pacificaion de la Araucanía“ (Frieden in der Araucanía) und der Ankunft des Christentums war die Beziehung zwischen Frauen und Männern in der Kultur der Mapuche eine andere. Zum Beispiel konnten Mapuche Männer mehrere Frauen haben, während sich diese untereinander „geholfen“ haben, kommentiert Isolde Reque, eine Leiterin der Mapuche und Mitglieds des Mapuche Bischofspalastes in Temuco. Durch die Kirche war das jedoch eine Sünde und der Brauch verschwand. Ab dann, sagt Isolde, entstand die Eifersucht und der Machismo.

Für Erica, die nur halb so alt ist wie Isolde, ist es ein „komplexes“ Thema und sie erzählt warum: „Wir können zwar offen sagen, diese Person soll kein Repräsentant der Gemeinschaft sein, aber das Entstehen der Gewalt in der Gemeinschaft ist immer noch ein internes Problem, dem sich viele Frauen entgegenstellen“. Sie erklärt, „es ist ein bisschen als würden sie noch in der Diktatur leben, in denen diese „Familienprobleme“ existiert haben. So nannte man Ehestreitigkeiten, in die sich keiner eingemischt hat. Wenn ein Mann seiner Frau gegenüber gewalttätig wurde und einer politisch-militärischen Organisation angehörte, wurde die Situation verschleiert und der männliche Kamerad wurde bevorzugt, weil der ja stetig im Kampf der politisch-militärischen Organisation aktiv war. Das ganze Thema, und die Frauen, wurden erneut übergangen. Das gleiche geschieht in den Gemeinschaften, wenn es eine gewalttätige Situation seitens einer Person gibt, die eine repräsentative Stellung hat oder eine alt ein-

gesessene Autorität. Egal, was vorgefallen war, ihnen wird „vergeben“, und alles nur wegen eines spirituellen oder alt-eingesessenen Amtes. Ich glaube nicht, dass es gut ist so etwas zu akzeptieren nur weil es kulturell oder vom Alter her bedingt wird.“

Weitere Fälle werden zudem auch noch durch den gleichen Staat verschleiert, es existieren keine Zahlen über geschlechterspezifische Gewalt im Kontext der Mapuche Gemeinschaften. Es bleibt nur bei Diagnosen und Berichten, welche seitens der Akademiker\*innen der Universitäten realisiert wurden. „Auch vonseiten des Ministeriums der Frau und Geschlechtergleichstellung gibt es keine Initiativen. Auch nichts seitens der Polizei, welche in der Nähe der Gemeinschaften stationiert sind. Sie werden angerufen, aber kommen nicht. Es gibt keinen, den man anklagen kann“, erzählt uns eine Mapuche Frau, die lieber ungenannt bleiben möchte.

Erica fasst noch eine andere Komponente der Repression seitens des Staates gegenüber den Frauen zusammen: „Nicht nur müssen wir gegen die Geschlechtergewalt in unseren eigenen Gemeinschaften kämpfen, sondern auch gegen die des Staates. Wenn es zu einer Auseinandersetzung auf dem Land kommt, nehmen sie dich fest, oder sie nehmen deinen Mann fest. Dementsprechend wird eine andere Form der Gewalt auf die Mapuche Frauen sichtbar, nämlich die, die ihren Mann jeden Tag im Gefängnis besuchen und nicht wissen wo sie ihre Kinder lassen können.“ Sie fügt hinzu: „Egal in welcher Form eine Mapuche Frau über das Leiden der Geschlechtergewalt sprechen will, wird sie doch vom gleichen Staat schon gewalttätig behandelt, von Firmen, die sie töten, wie in dem Fall von Macarena Valdés. Wer garantiert einer Mapuche Frau frei zu sein? Wer garantiert einer Mapuche Frau, sich auf ihrem Territorium bewegen zu können? Es gibt viele Formen der Gewalt, die uns betrifft, es ist nicht nur ein Punkt, sondern es sind mehrere.“

### Geschichte des Missbrauchs

Isolde Reque erinnert sich an das Jahr 1995, wo sie in dem „Encuentro Mundial de Mujeres en Beijing“ (Weltfrauenkonferenz) ihresgleichen repräsentiert hat; sie erzählt, dass es diese Epoche war, wo das Empowerment der indigenen Frauen be-

gonnen hat. 25 Jahre später hat sie eigenwillig an der Performance von Las Tesis in Temuco teilgenommen, „ich singe auch „Un violador en tu camino“ (die „ein Vergewaltiger auf meinem Weg“-Performance) von Las Tesis, was mich bis zum heutigen Tag glücklich macht.“ Als wir sie gefragt haben, was sie dazu geführt hat dort teilzunehmen antwortet sie uns: „Wenn ich die Rechte der Frauen fordere, dann weil ich manche Erfahrungen gemacht habe oder weil mir vertrauensvolle Erfahrungen erzählt wurden. Und diese Frauen kommen mir so verletzbar vor“.

Sie bezieht sich auf eine andere Realität, die Mapuche Frauen erleben *„über die nicht viel geredet wird welche aber schon seit vielen Jahren existiert“*. „Für viele Jahre mussten viele Frauen ihre Gemeinschaft verlassen, um als Dienstmädchen zu arbeiten. Aber das Schlimmste ist, dass viele sexuelle Übergriffe auf Dienstmädchen vorkommen.

*Das wurde verschwiegen. Sie waren schwanger, aber haben nichts gesagt. Das ist Missbrauch! Wir haben viele Brüder in unserer Gemeinschaft, welche die Söhne des Arbeitgebers sind, oder der Hausherrn, oder dem Sohn des Hausherrn.“* Somit blieb das Schweigen Komplize dieser Verbrechen. Isolda fügt hinzu: *„Und des Weiteren musst du die soziale Verurteilung aushalten, alleinerziehende Mutter zu sein und sie zeigen mit dem Finger auf dich.“* Obwohl beide aus unterschiedlichen Generationen kommen, sind sie sich in dieser Diagnose einig. Die Ungerechtigkeit und der Missbrauch gegen die Frauen der Mapuche ist leider ein Teil der Geschichte dieses Volkes.

Auch wenn es heute *„mehr Bewusstsein über die Recht der Frauen gibt,“* sagt die 65-Jährige Mapuche Leiterin. *„Die Forderungen sind sehr wichtig und so präsent wie noch nie an diesem 8. März.“*

*„Der Feminismus, glaube ich, ist die Befreiung. Es ist das Konzept, womit ich es definieren würde. Es ist die Befreiung und wenn der Feminismus uns nicht von der Unterdrückung befreien kann, dann ist es kein Feminismus“*, vollendet die Studierende aus dem Ilo (Gemeinschaft) Hualacura.

-----  
Diese Reportage wurde von der Dozentin Nadia Arias und ihren Studentinnen Claudia Palacios, Carmen Luz Santis und Canstanza Ulloa, alle Teil des Studiengangs „Journalismus“ der Universidad de la Frontera erstellt. Diese Publikation wurde als Teil einer Abmachung mit der Dozentin und den Studierenden im „El Mostrador“ veröffentlicht.

Link  
<https://www.elmostrador.cl/braga/2020/03/07/la-realidad-de-mujeres-mapuche-ad-portas-del-8m>

## Mexiko

### Frauenstreik: „Ein Tag ohne uns“

(Oaxaca-Stadt, 10. März 2020, [taz](#)).- Um gegen die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu protestieren, hatten Feministinnen für den Montag 9. März zu einem nationalen Frauenstreik aufgerufen und ernteten große Zustimmung: Universitäten, Schulen, indigene Organisationen und Behörden schlossen sich ebenso an wie Banken, Unternehmensverbände und hochrangige Politikerinnen. Schätzungen zufolge haben sich mehrere Millionen Frauen an dem Streik mit dem Titel „Ein Tag ohne uns“ beteiligt.

Dass der Aufruf so breite Unterstützung fand, hängt mit zwei Morden zusammen, die in den vergangenen Wochen großes Aufsehen erregten. Anfang Februar wurde die 25-jährige Ingrid Escamilla von ihrem Freund brutal getötet. Wenige Tage später fand man die sterblichen Reste der siebenjährigen Fátima Cecilia in einer Plastiktüte im Müll, das Mädchen war nach der Schule entführt und vergewaltigt worden.

#### Täglich werden in Mexiko zehn Frauen ermordet

Die Morde und die mediale Zurschaustellung der Leiche von Escamilla seien für die Mobilisierungen ausschlaggebend gewesen, erklärt Lourdes Godínez von der feministischen Nachrichtenagentur

CIMAC. *„Sie haben unübersehbar gezeigt, was wir seit Jahren sagen: dass Frauen verschwinden und ermordet werden.“* Täglich werden in Mexiko zehn Frauen ermordet, mindestens jede vierte aus geschlechtsspezifischen Gründen. Bereits am 8. März, dem Internationalen Frauentag, demonstrierten offiziellen Angaben zufolge allein in Mexiko-Stadt 80.000 Frauen, laut Angaben der Organisatorinnen waren es 200.000. Auch in vielen weiteren Städten gingen Aktivistinnen auf die Straße, um gegen Frauenmorde, Vergewaltigungen und sexuelle Nötigung zu demonstrieren.

#### VW und Audi stellten die Produktion ein

Mit den Demonstrationen und dem Streik wolle man nicht nur die machistischen Verhältnisse anprangern, sagt die Aktivistin Julia Murieda. *„Wir fordern auch, dass die Politik das Problem priorisiert und unserem Recht auf ein Leben ohne Gewalt auf der Straße, im Bett, in der Schule und bei den Behörden Geltung verschafft.“*

Einige Viertel von Mexiko-Stadt waren deutlich leerer als sonst. Unternehmensketten, Banken und viele Regierungsbehörden hatten vorab verkündet, dass sie den Streik unterstützen und ihren Mitarbeiterinnen frei gegeben. Die deutschen

Autobauer Volkswagen und Audi stellten ihre Produktion an dem Tag ein. Ohne die Frauen könne man nicht operieren, erklärte VW.

#### Kein Streik für informelle Arbeiterinnen

Bankhäuser arbeiteten maximal mit 50 Prozent ihrer Kapazitäten. Universitäten boten Student\*innen Seminare an, um über Geschlechtergerechtigkeit und patriarchale Gewalt zu diskutieren. In den hunderten geschlossenen Schulen waren die Eltern aufgerufen, über „die Werte der Erziehung“ nachzudenken.

Auch die Frauen des indigenen Zapatistischen Befreiungsheers (EZLN) im Bundesstaat Chiapas schlossen sich dem Streik an. Radikaler als viele andere feministische Unterstützerinnen richteten sie ihre Kritik an die politische Klasse. „Nieder mit der machistischen Regierung“, riefen sie.

Wenig Widerhall fand der Aufruf wiederum bei Frauen, die als informelle Arbeiterinnen ohne soziale Absicherung an Marktständen, in Restaurants oder Supermärkten tätig sind. Häufig hängt von deren Arbeit das Überleben der Angehörigen ab. So etwa bei Doña Tere, die seit 20 Jahren auf einem Markt Gemüse verkauft: *„Wenn ich heute nicht öffne, hat meine Familie nichts zu essen.“*

# Frauenstreik 2020: Nur gemeinsam sind wir stark!

Vom großen Streiktag in Mexiko über den Widerstand gegen Polizeirepression in Bishkek (Kirgisistan) zu den Überfällen religiöser Fanatiker in Pakistan, über Proteste aus zahlreichen weiteren Ländern (Brasilien, Thailand, Philippinen, Weißrussland...) berichtet der umfangreiche Überblicksartikel „**International Women’s Day: Clashes, strike while conservatives attack marching women**“ am Abend des 09. März 2020 bei [Countercurrents](#)  
Berichte und Hintergründe im Dossier aus Lateinamerika, Mexiko, Chile, Argentinien, Kongo, Sudan, Kirgisistan, Pakistan und Polen <https://www.labournet.de/?p=163490>

**Feminist struggles in a Europe of austerity**

[Altersummit](#)



## Attac Frankreich Gender-Kommission Attac Frankreich mobilisierte für den Internationalen Tag der Frauenrechte

**Donnerstag, 27. Februar 2020**

**Der 8. März** dieses Jahres steht in einem sowohl günstigen als auch komplizierten Kontext:

- Die sozialen Mobilisierungen in Form von Streiks und Demonstrationen gegen die rückschrittliche Rentenreform, aber auch der Kampf in den Krankenhäusern oder der Streik des Hotelpersonals, insbesondere von Ibis in Batignolles, dies alles seit mehreren Monaten, haben einem ganzen Teil der Bevölkerung auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Verteidigung der sozialen Rechte unter Angriffen von allen Seiten, gegen die Prekarität und für die Verteidigung der öffentlichen Dienste Kämpfe zu führen, im Interesse aller und gegen diejenigen, deren einziges Ziel die Profitmaximierung ist.

- Dennoch ergibt es sich nicht von selbst, von diesen Kämpfen zu einer feministischen Mobilisierung zur Verteidigung der Frauenrechte, gegen Diskriminierung in allen Bereichen und gegen Gewalt in allen ihren Formen überzugehen.

Es geht nicht mehr nur darum, für die Gleichstellung von Frauen und Männern am entlohnten Arbeitsplatz zu kämpfen oder die Gewalt auf der Straße anzuprangern, sondern es soll auch auf die Auswirkungen der sozialen Aufteilung der geschlechtsspezifischen Arbeit (und der daraus resultierenden Hierarchie) im "privaten" Raum geschaut werden: die ungleiche Aufteilung der Hausarbeit zwischen Frauen und Männern, die Hinterfragung der Gewalt in der Familie usw. .

Das ist die Bedeutung der feministischen Kämpfe seit Jahrzehnten, das ist die Bedeutung des Aufrufs zu einem "feministischen" Streik (vgl. den gemeinsamen Aufruf zum 8. März). Es geht bei dieser Gelegenheit nicht darum, "Spaltungen" zwischen Frauen und Männern herbeizuführen, sondern die Aufmerksamkeit auf Realitäten zu lenken, die noch zu oft verdeckt werden.

- Es geht auch darum, unsere Solidarität mit dem Kampf der Frauen auf globaler Ebene und insbesondere mit den Frauen

in Europa zu bekräftigen, die Opfer von Grenzsicherungen und Rassismus sind, während Millionen Menschen vor Krieg, Hunger oder den Auswirkungen des Klimawandels fliehen, die weitgehend mit der von den multinationalen Konzernen eingeleiteten Entwicklung im Rahmen einer ungleichen und gewalttätigen Weltordnung zusammenhängen.

- Seit mehreren Jahren wird in Frankreich versucht, den "feministischen Streik" zusammen mit feministischen Verbänden und Gewerkschaften aufzubauen.

In Lateinamerika, Belgien, Spanien und der Schweiz hat der Streik 2019 einen großen Umfang angenommen. Dank der Mobilisierungen, die von einem Aktionsbündnis durchgeführt wurden, ist es gelungen, Millionen von Frauen zu mobilisieren, so in Spanien.

- Es ist vielen Verbänden, insbesondere den feministischen, und Gewerkschaften seit Januar gelungen, einen einheitlichen Aufruf (1) zu verfassen und zu einer Demonstration am 8. März in Paris aufzurufen.

- weitere ähnliche Initiativen finden in anderen Städten statt (alle Treffpunkte sind auf der Website zu finden:

<http://www.grandesgagnantes.lol/> ). Es liegt an uns, unser ganzes Gewicht hinter diese Mobilisierung zu legen, um sie so breit wie möglich zu gestalten. Es ist eine Gelegenheit für Frauen, ihre Stärken zu zeigen. Es ist eine Gelegenheit für Männer, ihre Solidarität und ihre Unterstützung für ein Projekt einer wirklich egalitären Gesellschaft zu zeigen. Schließlich ist es eine Gelegenheit für alle, diese Regierung anzuprangern, die sich weigert, die Mittel freizugeben, die zur Bekämpfung der großen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern erforderlich sind.

- Auf internationaler Ebene findet in Barcelona ein Weltsozialforum für Transformative Ökonomien (WSFET) <https://transformadora.org/fr/inici> statt, bei dem die feministische Ökonomie eines der zentralen Themen sein wird. Dies sollte den verschiedenen Komponenten der feministischen Bewegung ermöglichen, sich auszutauschen und Perspektiven zu erarbeiten. Attac wird teilnehmen. (SiG-Red: ursprünglich für Juni geplant, wurde auf Oktober verschoben)

## Eine kurzer Rückblick auf den WELTFRAUENMARSCH

Seit dem Jahr 2000 wird alle fünf Jahre eine internationale Aktion organisiert, die in etwa 50 Ländern unterstützt wird, vom 8. März, dem Internationalen Tag der Frauenrechte, bis zum 17. Oktober, dem Welttag gegen Armut.

- 1998 wurde in Montreal eine internationale Plattform von Forderungen von Vertretern aus 65 Ländern verabschiedet wurde. Aus diesem internationalen Treffen wird der Weltmarsch der Frauen im Jahr 2000 geboren.

<https://marchemondialedesfemmesfrance.org/>, (2)

- Im Jahr 2004 wurde die [Weltcharta](#) der Frauen für die Menschheit verabschiedet, die die Bewegung vernetzt. Die Themen: Armut, die eine Verletzung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte darstellt, und Gewalt gegen Frauen, die eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellt und durch keinen Brauch, keine Religion und keine politische Macht gerechtfertigt werden kann.

Märsche, Diskussionsforen, Karawanen... in der Regel beginnen die Etappen mit dem Lokalen und bewegen sich zu nationalen, dann zu kontinentalen und schließlich zu globalen Fragen. Jedes Mal werden 4 oder 5 Themen ausgewählt, die untersucht werden sollen.

- **24. April:** 24h feministische Aktion gegen multinationale Unternehmen (Jahrestag des Einsturzes von Rana Plaza in Bangladesch, bei dem 1.127 Textilarbeiterinnen starben).  
- **17. und 18. Oktober** in Ventimiglia: Abschluss der Aktion für eine Welt ohne Grenzen mit europäischen Feministinnen-

<https://france.attac.org/se-mobiliser/article/8-mars-attac-mobilisee-pour-la-journee-internationale-de-lutte-pour-les-droits>

nen; und an den Grenzen zwischen Guatemala, Honduras und El Salvador mit Feministinnen aus der ganzen Welt.



### Themen für den Weltfrauenmarsch 2020 (4)

- Feministische Ökonomie
- Die Verteidigung der gemeinsamen Güter und der Territorien
- Aufbau eines Lebens ohne Gewalt
- Eine Kultur des Friedens und des Kampfes gegen den Militarismus

Anmerkungen: (1) <https://france.attac.org/se-mobiliser/article/8-mars-marche-des-grandes-gagnantes> (Übersetzung)

(2) S. Auch <http://www.marchemondiale.de>

(3) <https://paris.demosphere.net/rv/78443>

(4) <https://paris.demosphere.net/files/docs/7705948f97299d6.pdf>

### Fotos der Demonstration am 8. März 2020 in Frankreich (Attac)

„A cause de Macron“ – berühmtes Lied und Tanz auf manchen Demonstrationen gegen die Rentenreform und zum Frauentag. - [Video](#)





# Rentenreform ohne Abstimmung im Parlament - der „kleine Putsch“ der Regierung Macron



Der [Text der Regierung](#) zur Renten"reform" vom 3.3.20, 143 Seiten...

**2. März 2020.** Nach monatelangen Streiks und Protesten wollen Emmanuel Macron und sein Premier Édouard Philippe nun die sogenannte Rentenreform an der Nationalversammlung vorbei durchsetzen. Das Werkzeug ist der berühmte **Verfassungsartikel 49.3** und es wäre eine Wiederholung aus 2016, als der damalige Präsident François Hollande am Parlament vorbei das Arbeitsrecht änderte. Eine zutiefst antidemokratische Vorgehensweise, die zu Recht zu spontanen Protesten geführt hat. [Kurze Übersicht](#). Mehr Informationen: [Labournet](#)

**"Es gibt nur eine Antwort: Mobilisierung!"** : Aufruf des Gewerkschaftsbündnisses zu dezentrale Kundgebungen und Demonstrationen am **2. und 3. März 2020** - [Übersetzung](#)  
**Attac Frankreich, 1. März 2020: Rentenreform: Knüppel und 49.3.** - [Text und Übersetzung](#)

**Der Kampf geht weiter! Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung**  
Brüderlich, Roman Altmann, Koordinator des Solidaritätsfonds und Leiter der CGT Info'Com  
Hier das Konto für online-Spenden oder Überweisungen <https://caisse-solidarite.com/de/>

*Bei dem geplanten zentralen Mobilisierungskalender im März 2020 ging es nicht nur um die Renten! Viele dezentrale Aktionen waren auch geplant (Übersicht [hier](#) und [hier](#))*

**13. und 14. März 2020: Die 2 Aktionstage für soziale und ökologische Gerechtigkeit wurden wegen der Verbreitung des Corona-Virus abgesagt** ([Attac FR](#) / [youth for climate](#) und [andere](#) , Alternatiba und andere: [Marches pour le climat](#), 14.3.20 / [Greenpeace](#): schöne Reden reichen angesichts des Klimanotstands nicht aus - [Video](#))

**Aufruf der Organisationen Attac, CGT, Confédération Paysanne, FSU, Greenpeace, Amis de la terre (Friends of the Earth), Oxfam, Union Syndicale Solidaires zur massiven Teilnahme an den Klimamärschen am 14. März auf.**

(...) Wir sind überzeugt, dass die Lösung dieser Krisen in einer tiefgreifenden Infragestellung des gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems liegt, dass wir gemeinsam von der Regierung fordern müssen, die notwendigen Maßnahmen zur drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen und der sozialen Ungleichheiten zu ergreifen.

Zu diesem Zweck muss der Staat in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden zu seiner vernachlässigten Rolle als Planer zurückkehren, um den notwendigen Übergang in der Landwirtschaft, der Industrie und der Energiewirtschaft so gut wie möglich zu organisieren und sicherzustellen, dass er alle Beschäftigten bei der Umwand-

lung ihrer Arbeitsplätze tatkräftig unterstützt. Die Arbeitnehmer\*innen und ihre Organisationen müssen in der Lage sein, sich am Umstellungsprozess zu beteiligen und dabei zu entscheiden. Die Entwicklung von qualitativ hochwertigen und für alle erreichbaren öffentlichen Dienstleistungen und die Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen sind ebenso für den ökologischen und sozialen Übergang notwendig.

Und schließlich müssen wir multinationale Unternehmen, Banken und Finanzinstitute dazu zwingen, den Klimawandel nicht weiter anzuhetzen, die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen und zu respektieren, soziale Errungen-

schaften zu erhalten und zu stärken, anstatt sie zurückzudrängen. Der Kampf gegen den Klimawandel beinhaltet auch, soziale Ungerechtigkeit abzulehnen. Sich anders zu bewegen, zu essen, zu wohnen, zu heizen, zu produzieren und zu konsumieren ist möglich und wünschenswert. Die Alternativen sind bekannt und zahlreich und dennoch verzögern politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger ihre Umsetzung im Namen von Partikularinteressen. Lasst uns gemeinsam eine bessere Verteilung des Reichtums fordern, um ein menschenwürdiges Dasein für alle zu gewährleisten. Lasst uns gemeinsam eine wirkliche Transformation unseres Systems fordern, um der Klimakrise zu begegnen.

**13.3.20 / <https://decrochons-macron.fr/> - Diese Aktion fand statt,**

Aurélié Trouvé (Sprecherin von Attac Frankreich wurde festgenommen und blieb 24 Stunden in Polizeigewahrsam – [Ihr Bericht](#) über die katastrophalen Zustände im Polizeirevier – [Übersetzung](#))

**28. März: Der [Aktionstag](#) für das Recht auf eine - preiswerte – Wohnung – fand an den Fenstern und Balkonen statt**

# Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel

## Frankreich - Appell von 2 000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Angesichts der ökologischen Krise ist eine Rebellion notwendig

<https://rebellionscientifiques.wordpress.com/>

*20. Februar 2020 - Angesichts der Tatenlosigkeit der Regierungen gegenüber der ökologischen und klimatischen Notlage rufen mehr als 1.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Disziplinen die Bürgerinnen und Bürger zum zivilen Ungehorsam und zur Entwicklung von Alternativen auf.*

*Sie fordern die politisch Verantwortlichen auf, unser Wirtschafts- und Produktionsmodell radikal zu ändern und die Vorschläge des Bürgerkonvents zum Klimawandel ernst zu nehmen.*

*Dieser Aufruf ist von ähnlichen Erklärungen in [The Guardian](#) und [Le Temps](#) inspiriert.*

*Bis heute (31.3.2020) haben rund 2000 Personen unterzeichnet. [Liste](#) der 1000 ersten Unterschriften*

Wir, die Unterzeichnenden, vertreten verschiedene Disziplinen und akademische Bereiche.

Die Ansichten, die wir hier zum Ausdruck bringen, sind unsere eigenen und binden nicht die Institutionen, für die wir arbeiten. Was auch immer unsere Fachgebiete sind, wir alle teilen die gleiche Beobachtung: Jahrzehntlang waren die aufeinander folgenden Regierungen nicht in der Lage, starke und schnelle Maßnahmen zur Bewältigung der Klima- und Umweltkrise zu ergreifen, die sich von Tag zu Tag verschärft. Diese Trägheit kann nicht länger toleriert werden.

Die wissenschaftlichen Beobachtungen sind unbestreitbar, und vor unseren Augen spielen sich Katastrophen ab. Wir erleben das 6. Massenaussterben, mehrere Dutzend Arten verschwinden täglich, und die Umweltverschmutzung ist in jeder Hinsicht alarmierend (Kunststoffe, Pestizide, Nitrate, Schwermetalle ...).

Um nur vom Klima zu sprechen: Wir haben bereits einen Temperaturanstieg von mehr als 1° C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu verzeichnen, und die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre war seit mehreren Millionen Jahren noch nie so hoch. Nach dem Bericht des Umwelt- und Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) 2019 zur Überwachung der Emissionen werden die Verpflichtungen der Länder im Rahmen des Pariser Abkommens von 2015 zu einer Erhöhung von mindestens 3° C bis 2100 führen. Das Ziel, die Erwärmung auf unter 1,5° C zu begrenzen, ist nur dann erreichbar, wenn die globalen Emissionen um 7,6% pro Jahr reduziert werden, wohingegen sie in den letzten zehn Jahren um 1,5% pro Jahr gestiegen sind. Jedes zusätzliche Grad erhöht das Risiko, dass die Kippunkte überschritten werden, was eine Kaskade irreversibler Folgen (Rückgang des Packeises, Auftauen des Permafrostes, Verlangsamung der Meeresströmungen usw.) zur Folge hätte.

Die vorbereitenden Studien für den nächsten IPCC-Bericht (CNRS-CEA-Météo France) deuten darauf hin, dass frühere Berichte das Ausmaß der bereits im Gang befindlichen Veränderungen unterschätzt haben. Eine globale Erwärmung von mehr als 5° C kann nicht mehr ausgeschlossen werden, wenn der derzeitige rasante Anstieg der Treibhausgasemissionen anhält. Bei diesen Temperaturniveaus würde die Wohnbarkeit Frankreichs durch Temperatur- und Feuchtig-

keitsniveaus in Frage gestellt, die zum Tod durch Hyperthermie führen.

Menschliche Gesellschaften können nicht weiterhin die Folgen ihrer Aktivitäten auf dem Planeten ignorieren, ohne die Folgen zu erleiden, wie viele Studien, die den wissenschaftlichen Konsens widerspiegeln, schon vor langer Zeit und jeden Tag deutlicher gezeigt haben. Wenn wir auf diesem Weg weitermachen, ist die Zukunft unserer Spezies düster.

Unsere Regierung macht sich in dieser Situation mitschuldig, indem sie das Vorsorgeprinzip vernachlässigt und nicht erkennt, dass unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten schlicht in eine Sackgasse führt. Die von ihr verteidigten Ziele des Wirtschaftswachstums stehen in völligem Gegensatz zu dem radikalen Wandel des Wirtschafts- und Produktionsmodells, der unverzüglich eingeleitet werden muss. Die derzeitige französische Politik in Bezug auf den Klimawandel und den Schutz der biologischen Vielfalt ist weit davon entfernt, den Herausforderungen und der Dringlichkeit, mit denen wir konfrontiert sind, gewachsen zu sein.

Weit davon entfernt, eine angebliche Opposition zwischen Ökologie und sozialer Gerechtigkeit zu bestätigen, hat die Bewegung der Gelbwesten zutreffend die Inkonsequenz und Heuchelei einer Politik kritisiert, die einerseits den Bürgerinnen und Bürgern Verzicht auferlegen will, während sie andererseits einen ungezügelter Konsumismus und einen ungerechten wirtschaftlichen Raubtierliberalismus fördert. Die weitere Förderung überflüssiger und energieintensiver Technologien wie 5G oder des autonomen Autos ist unverantwortlich in einer Zeit, in der sich unsere Lebensweise in Richtung größerer Genügsamkeit entwickeln muss und unsere kollektiven Anstrengungen auf den ökologischen und sozialen Übergang konzentriert werden müssen.

Das Fehlen von Ergebnissen dieser Politik liegt auf der Hand: Wie der Hohe Rat für Klimafragen feststellte, wurde das in der französischen nationalen Strategie für niedrige Kohlenstoffemissionen festgelegte Budget für Treibhausgasemissionen zwischen 2015 und 2018 nicht eingehalten. Trotz der guten Absichtserklärungen liegt der Pro-Kopf-Fußabdruck Frankreichs (einschließlich der importierten Emissionen) heute mit 11 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Ein-

wohner und Jahr immer noch über dem Niveau von 1995, während er bis 2050 auf 2 Tonnen sinken dürfte.

Das nächste Jahrzehnt wird entscheidend dafür sein, das Ausmaß künftiger Störungen zu begrenzen. Wir lehnen es ab, dass die jungen Menschen von heute und zukünftige Generationen für die Folgen der beispiellosen Katastrophe, die wir vorbereiten und deren Auswirkungen bereits spürbar sind, bezahlen müssen. Wenn eine Regierung wissentlich ihre Verantwortung für den Schutz ihrer Bürger aufgibt, hat sie in ihrer wesentlichen Rolle versagt.

Daher rufen wir zur Teilnahme an den Aktionen des zivilen Ungehorsams auf, die von den Umweltbewegungen durchgeführt werden, seien es etablierte Organisationen (Amis de la Terre, Attac, Confédération paysanne, Greenpeace ...) oder jüngst entstandene (Action non violente COP21, Extinction Rebellion, Youth for Climate ...).

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger, einschließlich unserer Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft, zu Engagement auf, um von der Politik Taten zu fordern und das System ab heute von unten zu verändern. Durch individuelles Handeln, durch Zusammenschlüsse auf beruflicher oder lokaler Ebene (z. B. in Nachbarschaftskomitees) oder durch den Beitritt zu bestehenden Verbänden oder Bewegungen (Alternatiba, Cities in Transition, Territoriale Alternativen ...) wird der Spielraum dafür geschaffen werden, Barrieren abzubauen und Alternativen zu entwickeln. Wir fordern die Regierung auch auf, die Wahrheit über den Ernst und die Dringlichkeit der Situation zu sagen: Unser gegenwärtiger Lebensstil und das Wirtschaftswachstum sind nicht mit einer Begrenzung des Klimawandels auf ein akzeptables Niveau vereinbar.

Wir fordern die nationalen und lokalen Politiker auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Kohlenstoff-Fußabdruck Frankreichs wirklich zu reduzieren und die Erosion der biologischen Vielfalt zu stoppen.

Wir fordern auch die Exekutive und das Parlament auf, Umwelterfordernisse vor private Interessen zu stellen, indem sie die Vorschläge des Bürgerkonvents zum Klimawandel tatkräftig umsetzen, sein Mandat verlängern und ihm die Befugnis erteilen, ihre Umsetzung zu überwachen.

#### **Erstunterzeichnende:**

Joana Beigbeder, Enseignant-chercheur en science des matériaux, Institut Mines-Télécom – Mines Alès (IMT Mines Alès)

Frédéric Boone, Chercheur en astrophysique, Institut de recherche en astrophysique et planétologie (IRAP)

Milan Bouchet-Valat, Chercheur en sociologie, Institut national d'études démographiques (Ined)

Julian Carrey, Enseignant-chercheur en physique, Institut national des sciences appliquées de Toulouse (INSA Toulouse)

Agnès Ducharme, Chercheuse en climatologie, CNRS – Institut Pierre-Simon-Laplace (IPSL)

Tanguy Fardet, Chercheur post-doctorant en neurosciences computationnelles, Max Planck Institute for Biological Cybernetics – Universität Tübingen

Kévin Jean, Enseignant-chercheur en épidémiologie, Conservatoire national des arts et métiers (Cnam)

Jérôme Mariette, Ingénieur d'études en bioinformatique, Institut national de recherche pour l'agriculture, l'alimentation et l'environnement (INRAE)

Françoise Roques, Chercheuse en astrophysique, Observatoire de Paris

Übersetzung: Redaktion von [Sand im Getriebe](#)

#### **Hinweise der SiG-Redaktion**

##### **1. Einige Aktionen des zivilen Ungehorsams in Frankreich:**

- 2018: erfolgreiche Aktionen gegen den Bau eines neuen Flughafens (Notre-Dame-des-Landes), SiG [126](#) und [128](#)

- 2019: Klimabewegungen: SiG [133](#), S. 6 und 7

- Berichte auf Französisch, Fotos: [Attac Frankreich](#) ; [Reporterre](#)

2. Div. Artikel, Aufrufe zur **Klimagerechtigkeit**: SiG [131](#)  
Veröffentlichungen in [Sand im Getriebe](#)

2. Der erwähnte **Bürgerkonvent** wurde von der französischen Regierung eingerichtet, nach zahlreichen massiven Aktionen fürs Klima in Frankreich:

<https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/>

#### **Videos und Dokumente der**

**Konferenz „Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel am 25.1.2020 in Köln**

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku>

**SiG-Sondernummer „Klimagerechtigkeit“**

<https://www.isw-muenchen.de/2020/01/ist-das-der-braunkohleausstieg/>

**Die 500. Montagsdemo gegen das Monsterprojekt Stuttgart21 am 3. Februar und die fünf Lügen in der „Süddeutschen Zeitung“. Von Winfried Wolf.**[Nds](#)

**Jetzt Online: [Hunger.Macht.Profite](#) - 10. Filmtage zum Recht auf Nahrung**

**Österreichweit von 4. April bis 2. Mai 2020**

Da die geplante Tour durch die Bundesländer aufgrund der Coronakrise leider abgesagt werden musste, können die **10. Filmtage zum Recht auf Nahrung von 4. April bis 2. Mai gegen freie Spende online angesehen und an drei interaktiven Filmgesprächen am 16. April, 23. April und 30. April teilgenommen werden.**

Kritische Dokumentarfilme informieren über die Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen sowie den Raubbau an Mensch und Natur. Sie werden in der Mediathek „Filme für die Erde“ auf Spendenbasis gestreamt.

normale.at veranstaltet seit 2003 gesellschaftspolitische Filmvorführungen in Österreich, [www.normale.at](http://www.normale.at)

# German Foreign Policy

## Begleitprogramm zur Weltpolitik

**Rechtsverschiebung in Deutschland ist mit aggressiver Weltpolitik verflochten.  
Stärke der AfD ist Folge davon, nicht Ursache.**

BERLIN (Eigener Bericht) - Die politische Rechtsverschiebung, die das Berliner Establishment nach dem Massenmord von Hanau beklagt, ist eng mit der aggressiven deutschen Weltpolitik der vergangenen Jahre verflochten. So ist der antimuslimische Rassismus parallel zu den Kriegen des Westens - auch Deutschlands - in der islamischen Welt und zum sogenannten Anti-Terror-Krieg erstarkt. Einfluss gewonnen hat er auch durch Überlegungen in den deutschen Eliten, frühere Arbeitskräfte aus der Türkei und Nordafrika loszuwerden, weil sie dem Bedarf der deutschen Industrie für den globalen Konkurrenzkampf nicht mehr entsprechen; popularisiert hat derartige Pläne schon vor Jahren das damalige Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin, dessen Buch dazu vom mächtigen Bertelsmann-Imperium publiziert wurde. Auch Nationalismus ist vom deutschen Polit-Establishment forciert worden, während die Bundesrepublik zur klar dominanten Macht in der EU aufstieg. Die Auslandseinsätze wiederum haben in der Bundeswehr ultrarechte Kräfte befeuert. Profiteur, nicht aber Ursache dieser Entwicklung ist die AfD.

### "Party-Patriotismus" und "Pleite-Griechen"

Nationalismus ist von Politik und Medien in Deutschland bereits seit Mitte der 2000er Jahre systematisch gefördert worden - in einer Zeit, in der die Bundesrepublik dabei war, sich offen als dominante Macht in der EU zu positionieren. [1] Ein prominentes Beispiel ist der sogenannte Party-Patriotismus, der seit 2006 unter dem Beifall der politischen Eliten regelmäßig bei Fußball-Welt- und Europameisterschaften zelebriert wird. Schon kurz nach der Fußball-WM des Jahres 2006 kamen Sozialwissenschaftler in einer Untersuchung zu dem Schluss, der "Party-Patriotismus" habe zu einem "Anstieg des Nationalismus" geführt [2]; dieser jedoch gehe bekanntermaßen mit einer verstärkten "Abwertung" etwa von Migranten einher. Seit etwa 2010 verband sich der zunehmende Nationalismus mit teils offen rassistischer Agitation gegen EU-Staaten, denen die Bundesregierung Kürzungsdiktate oktroyierte; von "Pleite-Griechen" und "faulen Südländern" war die Rede. Selbst Kanzlerin Angela Merkel appellierte damals offen an Ressentiments: *"Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig."*[3]

### Antimuslimischer Rassismus

Rassistische Ressentiments werden zudem systematisch im Zusammenhang mit den Kriegen und den Machtkämpfen gestärkt, die Deutschland in zunehmendem Maß führt. Exemplarisch war dies schon im Rahmen des sogenannten Anti-Terror-Kriegs seit Ende 2001 der Fall, als Muslime im Westen - nicht zuletzt in der Bundesrepublik - unter Generalverdacht gerieten und unterschiedslos staatlicher Diskriminierung, etwa polizeilicher Rasterfahndung, unterzogen wurden.[4] Während auch die Bundeswehr in islamischen Ländern operierte und staatliche deutsche Stellen zu Verschleppung und Folter verdächtiger Muslime beitrugen,

schrieben deutsche Leitmedien, der Islam schlechthin sei "vergleichbar mit dem Faschismus".[5] Damals wurde ein antimuslimischer Nährboden geschaffen, der später zum Beispiel in den Pegida-Demonstrationen, aber auch in einer von antimuslimischem Rassismus dominierten Szene von Internetaktivisten seinen Ausdruck fand. Diese Szene besteht bis heute. In ihrem Dunstkreis entwickelten nicht zuletzt die Massenmörder von Utøya (2011) und von Christchurch (2019) ihre Mordpläne.

### Bundesbank-Autor, Bertelsmann-Imperium

Antimuslimische Agitation dient Teilen der deutschen Eliten seit Jahren auch dazu, die Stimmung gegen ökonomisch nicht nutzbringende Migration anzuhetzen. Hintergrund ist die Überlegung, Deutschland benötige *"gut ausgebildete Fachkräfte und Experten"*, um sich in der globalen Wirtschaftskonkurrenz gegen ihre Rivalen durchzusetzen; diesen Gedanken formulierte im Jahr 2010 ein damaliges Vorstandsmitglied der Bundesbank. Die *"muslimische Migration"* hingegen, schrieb Thilo Sarrazin damals mit Blick auf die in den 1960er und 1970er Jahren angeworbenen Arbeiter aus der Türkei und Nordafrika, sei nicht *"gut ausgebildet"*, sie benötige man nicht.[6] Sarrazins Thesen werden bis heute mit ungebrochenem Interesse in einflussreichen Organisationen deutscher Wirtschaftsexperten und Unternehmer diskutiert (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Sarrazins Schrift "Deutschland schafft sich ab", in dem der Autor Überlegungen anstellte, wie *"Türken und Araber"* durch einen Mix aus Kürzungen von Sozialleistungen und aus Repression in ihre Herkunftsländer zurückgedrängt werden könnten, ist von einem renommierten Verlag (DVA) aus dem einflussreichen Bertelsmann-Imperium veröffentlicht und immer wieder neu aufgelegt worden. Bereits 2012 stieg die Zahl der verkauften Exemplare auf 1,5 Millionen.[8] Die Breitenwirkung des Bertelsmann-Buchs hält bis heute an.

### Innere Einsatzfolgen

Die Bemühungen, Deutschland im Kampf um die Weltmacht größere Schlagkraft zu verschaffen, haben nicht nur allgemein Rassismus gefördert, sondern auch in gesellschaftlichen Teilspektren zu einer klaren Rechtsverschiebung geführt. Dies trifft etwa auf die Bundeswehr zu. Bereits vor rund eineinhalb Jahrzehnten warnten Militärexperten, in den Streitkräften würden die Prinzipien der sogenannten Inneren Führung im Rahmen der Vorbereitung auf Auslandseinsätze systematisch *"an den Rand gedrängt"*; Slogans wie *"kämpfen können und kämpfen wollen"* förderten *"eine ganz eindeutig rechtslastige Motivationsstruktur"*. [9] In der Tat sind in der Bundeswehr seit einiger Zeit ultrarechte Kreise in der Offensive; dies drückt sich in einschlägigen Publikationen, aber auch im Auftreten ultrarechter Soldatenorganisationen wie etwa Uniter aus (german-foreign-policy.com berichtete [10]).

## "Instrument hybrider Kriegführung"

Hinzu kommt, dass regierungskritische Organisationen zunehmend unter Druck geraten und zum Teil beschuldigt werden, Instrumente fremder Mächte zu sein. So wird einer wachsenden Zahl kritischer Nichtregierungsorganisationen die Gemeinnützigkeit entzogen; zuletzt traf diese Maßnahme, die die jeweiligen Verbände in den finanziellen Ruin zu treiben droht, nach den NGOs Attac und Campact die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die seit ihrer Gründung im Jahr 1947 gegen ein Wiedererstarken der extremen Rechten und gegen Rassismus eintritt. Die Schülerdemonstrationen für verstärkten Klimaschutz wurden im vergangenen Jahr von Kanzlerin Merkel verdächtigt, lediglich ein Instrument "hybrider Kriegführung" zu sein: "Dass plötzlich alle deutschen Kinder nach Jahren ohne jeden ... äußeren Einfluss auf die Idee kommen, dass man diesen Protest machen muss, das kann man sich nicht vorstellen", äußerte Merkel im Februar 2019 in ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz.[11]

## Profiteur AfD

Die autoritäre Formierung, die wiederkehrende Förderung von Rassismus - aktuell klagen Kritiker über zunehmenden antichinesischen Rassismus in den Medien [12] - und die

Rechtsverschiebung etwa bei der Bundeswehr nutzen der AfD, die ihrerseits von Teilen der deutschen Eliten gegründet wurde und bis heute getragen wird (german-foreign-policy.com berichtete [13]). In ihrem Erfolg kulminiert das Begleitprogramm des Berliner Establishments zur neuen deutschen Weltpolitik.

Bitte beachten Sie unsere Video-Kolumne: [Kämpfen für Deutschland](#). - [Textversion](#)

- [1] S. dazu [Die Kanzlerin Europas](#).
- [2] S. dazu [Ein Stück Volksverdummung](#).
- [3] Sven Böll, David Böcking: Mythos vom faulen Südeuropäer. [spiegel.de](#) 18.05.2011.
- [4] S. dazu [Deutsche Polizei erfasst Daten vieler Tausend Ausländer](#).
- [5] "Der Islam ist vergleichbar mit dem Faschismus". [www.welt.de](#) 09.08.2007.
- [6] S. dazu [Rassismus von oben \(I\)](#).
- [7] S. dazu [Rassismus von oben \(II\)](#).
- [8] Regina Krieger: Wie Sarrazin Millionär wurde. [handelsblatt.com](#) 21.05.2012.
- [9] S. dazu [Alarmzeichen](#).
- [10] S. dazu [Kampfgemeinschaften, Ruhm und Ehre](#) und [Deutsche Wehrhaftigkeit](#).
- [11] S. dazu [Begleitprogramm zur Weltpolitik](#).
- [12] Chinesische Botschaft in Berlin beklagt Rassismus. [tagesspiegel.de](#) 05.02.2020.
- [13] S. dazu [Richtungskämpfe im Establishment, Die Stützen der AfD und Durchbruch nach rechtsaußen](#).  
<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8196/>

## U. Gellermann Die Heuchler nach Hanau Mit Trauermienen von Kamera zu Kamera

23. Februar 2019 - Da bleibt keine Kamera trocken: Kaum ein führender Politiker kann in diesen Tagen die Tränen halten, wenn er von den Opfern des Rassen-Mordes in Hanau spricht. Und flink wird die politische Ursache für die Morderei der AfD zugeschoben. Dass der deutsche Staat, der seit Jahren von einer Groß-Groko regiert wird, die sich auf CDU-SPD-FDP stützt, im eigenen Apparat die Komplizen der Morderei sitzen hat, wird vornehm verschwiegen. Kein Wort von den V-Leuten des Verfassungsschutzes, die an der Gründung der NSU-Mörderbande beteiligt waren. Kein Wort von den Schredder-Orgien im Amt zur Vertuschung der Spuren. Kein Wort vom hessischen Ministerpräsidenten Bouffier, der durch das Aussageverbot seiner Beamten und durch Wegsperrern der betreffenden Akten nicht nur die Aufklärung der Morde behindert, sondern auch geradezu demonstrativ einen staatlichen Schutzraum für Helfer und Helfershelfer der Rassisten geschaffen hat. Strafen für Politiker und Beamte, die durch ihr Verhalten munter gegen Amtseide verstießen und den Nazibanden einen rechtsfreien Dunkelraum geschaffen haben, blieben aus: **Dieses Wegsehen ist es, was das politische Klima in der Bundesrepublik bis heute prägt.** Glaubte man der veröffentlichten Debatte, dann gab es im Land nur den antisemitischen Rassismus. Obwohl es im Jahr 2017 mindestens 950 Angriffe auf Muslime und muslimische Einrichtungen

gab, obwohl 2019 jeden zweiten Tag islamfeindliche Angriffe festgestellt wurden, waren die beiden Jahre davon geprägt, dass allüberall „Antisemitismus-Beauftragte“ installiert wurden; Einrichtungen, die weitgehend einer außenpolitischen Umarmung des Apartheid-Staates Israel und nur dem Anschein einer antirassistischen Politik dienten. Immer noch ist der fremdenfeindliche Agitator Sarrazin Mitglied der SPD, und immer noch hat der Bertelsmann-Verlag, der ihm einen opulenten publizistischen Teppich ausgelegt hat, kein Wort des Bedauerns oder gar der Entschuldigung gefunden. Die gern für die Morde von Hanau ideologisch verantwortlich gemachte AfD möchte sich unter diesen Umständen gut ihre Hände in Unschuldswäsche waschen: Der Mörder von Hanau sei bloß ein Irrer, die Morde hätten mit Politik nichts zu tun, behauptet die AfD-Führung. Als ob sozial und psychisch gestörte Menschen außerhalb des gesellschaftlichen Klimas lebten. Als ob der Dutschke-Attentäter Josef Bachmann, der norwegische Massenmörder Anders Breivik oder der Hanau-Killer ihre Anstöße nicht aus dem allgemeinen sozialen Umfeld bekommen hätten. Und die AfD ist allemal für Stöße dieser Art gut. Vom bekennenden Faschisten und AfD-Funktionär Höcke, der das 1000-jährige Reich beschwört über den AfD-Parteichef Jörg Meuthen, der die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz als

Müll begreift und „entsorgen“ will, bis zu Markus Frohnmaier, dem Bundestagsabgeordneten der AfD, der den herkömmlichen Bundestagsparteien ankündigt: "Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde"; **sie alle haben in Hanau mitgeschossen.** Was die Beileid-Profis vor den Kameras nicht wissen wollen: Ihr eigener Staatsapparat ist durchsetzt mit Freunden und Helfern des rechten Packs. In jenem Maße, indem sie Ihre Verantwortung für die Hanau-Morde nur bei der AfD abladen, statt sie bei sich selbst zu suchen, in jenem Maße behindern sie die Säuberung des Staatsapparates von den Komplizen des rechten Terrors, in gleichem Maße machen sie die Bahn frei für "Aufräumer" von Ultra-Rechts. Wer jetzt nicht in Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr durchgreift, der wird morgen die Veränderungen schutzlos ertragen müssen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, in dessen Partei immer noch der Rassist Sarrazin sein Unwesen treibt, sonderte auf der Mahnwache für die Opfer des Anschlags von Hanau am Brandenburger Tor diesen Satz ab: "Nichts kann diese sinnlose Tat erklären". Nur Kinder dürfen sich ungestraft die Augen zuhalten und glauben, man findet sie nicht. Bei Erwachsenen kann das zum jähen Tod führen. <https://www.rationalgalerie.de/home/die-heuchler-nach-hanau>

## Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden Ostermarsch2020 - andere Formen

Die gegenwärtige Corona-Krise und die sich daraus ergebenden Auflagen machen eine Durchführung von Veranstaltungen oder Demonstrationen unmöglich. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Ostermärsche 2020 wollen aber nicht, dass den Menschen damit jegliche Möglichkeit genommen wird, wie seit den 1960er Jahren immer zu Ostern, ihre pazifistischen und antimilitaristischen Anschauungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Vielfältige Formen wie das geschehen kann, sind möglich.

Das Corona-Virus macht aber auch vor dem Militär nicht Halt und hat bereits Defender Europe 2020, ein großes NATO-Manöver mit erdrückender US-Beteiligung, in die Knie gezwungen. Diese Kriegsübung hatte die Friedensbewegung aufgrund ihres konflikteskalierenden Charakters gegenüber Russland, ihrer Belastungen der Umwelt und aus friedenspolitischen Erwägungen heftig abgelehnt. Corona wird jedoch Aufrüstung und Rüstungsexporte oder deutsche Militärauslandseinsätze nicht dauerhaft stoppen können. Hier ist weiterhin unser verstärktes friedenspolitisches Eingreifen erforderlich.

Viele Basisinitiativen rufen dazu auf, über Ostern z. B. Friedenszeichen, selbst gefertigte Banner und Symbole oder bunte Pace-Fahnen aus den Fenstern der Wohnungen zu hängen sowie an Autos, Fahrrädern und Jacken zu befestigen und vieles mehr. Weitere Anregungen und Infos finden sich unter [www.friedenskooperative.de/alternativer-ostermarsch](http://www.friedenskooperative.de/alternativer-ostermarsch) Angesichts der durch die Coronapandemie demonstrierten Verletzlichkeit einer globalisierten Welt fordern wir von der Bundesregierung:

- die für die Erhöhung der Rüstungsausgaben vorgesehenen Geldmittel von rund 40 Milliarden Euro für Gesundheit, Umwelt, Bildung und Soziales einzusetzen.
- das Ende aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Ausweitung von Maßnahmen ziviler Konfliktlösung.
- den Ausstieg aus der militärischen Integration für weltweite Einsätze der Europäischen Union
- den sofortigen Stopp aller Waffenexporte an alle kriegführenden Parteien und Einstieg in die Rüstungskonversion.
- die Aufnahme einer glaubwürdigen Entspannungspolitik gegenüber Russland.
- den Beitritt zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen.

Wir werden uns gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Schüler und Studierenden-Initiativen dafür einsetzen, dass die unter den gegebenen Bedingungen respektierten Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte wieder aufgehoben werden. Und wir werden uns aus der Erfahrung ihres hohen Wertes für ein wirklich demokratisches Gemeinwesen für deren weitere Stärkung einsetzen.

Uns ermutigt der Aufruf des UN-Generalsekretärs Guterres zu einem „sofortigen weltweiten Waffenstillstand.“ „Die Heftigkeit des Virus“ verdeutliche, wie „unsinnig“ Kriege seien. Ebenfalls begrüßen wir den Appell der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, die gegen viele Länder verhängten Sanktionen sofort auszusetzen, damit diese Länder die Mittel haben, sich gegen die Corona-Pandemie zu wappnen. (27.3.20) [PDF](#)

## Zeitung gegen den Krieg zu Corona-Krise, Defender 2020 & Ostermarsch

- In einer Zeit, in der das gesellschaftliche Leben heruntergefahren wird, weil der Corona-Virus tötet, werden weiter Rüstungsgüter produziert und in Rekordhöhe exportiert – also Produkte menschlicher Arbeit, die Menschen töten und Einrichtungen – z.B. Krankenhäuser – zerstören.

- in einer Zeit, in der die Deutsche Bahn, der Kapazitäten für einen geordneten, pünktlichen Bahnverkehr fehlen, per Vertrag mit der Bundeswehr dauerhaft feste Reserven für Militärtransporte bereit hält und seit dem 1. Januar 2020 allen Bundeswehr-Soldaten in Uniform, seien sie beruflich oder privat unterwegs, Gratisfahrt einräumt...

- in einer Zeit, in der die USA einen Frieden mit den Taliban schließen, mit jener Gruppe also, gegen die die USA und die NATO 18 Jahre lang einen Krieg mit Hunderttausenden Getöteten führten – war dieser Krieg „nur so eine Idee“? Vielleicht „eine Idee“ der Rüstungskonzerne?...

- in einer Zeit, in der die Weltwirtschaft eine neuen schwere Krise durchlebt und so

gut wie alle Aktien einen Crash erleben, die Rüstungsaktien jedoch weiter boomen ...

- in einer Zeit, in der die Bewegung „Fridays for Future“ mit ihrem Kampf gegen eine drohende Klimakatastrophe sich erweitern sollte um „Fridays for Future & Peace“

... *in diesen Zeiten von Kriegsvorbereitung, Militarisierung und Corona-Krise berichtet die neue Zeitung gegen den Krieg u.a.:*

- über das **Manöver Defender 2020**, das mit der Corona-Krise zwar aufgegeben werden musste, das jedoch sechs Wochen lang (von Ende Januar bis Mitte März) mit Tausenden Soldaten ablief und das einen eindeutigen Akt der Kriegsvorbereitung gegen Russland darstellt. Die US-Regierung kündigte an, das Manöver „zu gegebener Zeit“ neu zu starten.

- die **Notwendigkeit, die gesamte Rüstungsproduktion zu 100 Prozent aufzugeben und alle Rüstungsexporte einzustellen**. Stattdessen sind die entsprechenden Fertigungsanlagen auf Produkte umzu-

stellen, die in der Corona-Krise oder für eine Energie- und Verkehrswende benötigt werden

- über die **Militarisierung der EU**, angeführt von der deutschen Ex-Verteidigungsministerin von der Leyen, die als EU-Kommissionspräsidentin diese EU-weite Militarisierung vorantreibt

- über die **Lage in Syrien** und in der syrischen Provinz Idlib

- über die **aggressive Politik der türkischen Regierung in Syrien, in Libyen und in der Migrationsfrage**

- über das Ende der „**Wehrmachtausstellung**“ vor 20 Jahren, einem Projekt, das erstmals in Westdeutschland deutlich machte: die Wehrmacht beging – vor allem im Osten – flächendeckend Kriegsverbrechen und war aktiv am Holocaust beteiligt

- über die **neue atomare Hochrüstung in den USA und die Gedankenspiele für einen Zugang Deutschlands zur französischen atomaren Bewaffnung**

Quelle: [Zeitung gegen den Krieg pdf-Datei](#)

# Atomwaffen abschaffen!

**Anne Balzer**, Referentin bei International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN):

## Der nukleare Bumerang

Der CDU-Politiker Johann Wadephul forderte in einem Tagesspiegel-Interview: „*Wer ein guter Europäer sein will, darf nicht nur in der Umweltpolitik zusammenarbeiten, sondern muss das auch in der Rüstungspolitik tun.*“ Und weiter: „*Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Frankreich sie unter ein gemeinsames Kommando der EU oder der Nato stellen.*“

Die Forderung nuklearer Bewaffnung als Antwort auf internationale Krisen setzt uns in der Debatte um Jahrzehnte zurück. Eine [Greenpeace-Umfrage](#) aus dem Sommer 2019 zeigt, dass 89 Prozent der befragten CDU-Anhänger den Beitritt Deutschlands zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen befürworten. Sie sprechen sich damit für eine Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen aus. Knapp drei Viertel der befragten CDU-Anhänger stimmen auch explizit für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland. Unter den Anhängern anderer Parteien ist die Zustimmung größtenteils noch höher.  
Quelle: [IPG Journal](#)

## Bernd Hahnfeld, IALANA

„Die Bundesregierungen wollen nicht wahrnehmen, dass die Sicherheit der eigenen Nation nicht einseitig und auf Kosten anderer Staaten erlangt werden kann“, sagt Bernd Hahnfeld im Interview mit den NachDenkSeiten. Damit verweist der Mitbegründer von IALANA, einer internationalen Organisation von Juristen gegen Atomwaffen, auf die seit Jahren andauernde Haltung verschiedener Bundesregierungen, einen **Beschluss des Bundestages aus dem Jahr 2010 zum Abzug der Atomwaffen aus Deutschland** umzusetzen.

Ein Interview über die Gründe für dieses Verhalten der Regierung und die Möglichkeit, wie auf rechtlichem Wege durch Parlamentarier der Beschluss doch noch umgesetzt werden könnte. Das Interview führte Marcus Klöckner. [„Der Weg zu einem atomwaffenfreien Deutschland wäre einfach“.](#)

## Klassenzimmer 26+2 - Aktionstag gegen Rüstungsexporte auf dem Rathausmarkt in Hamburg

**Video** - Die neu gewählte Hamburger Bürgerschaft war zur Unterrichtsteilnahme im Klassenzimmer 26+2 auf dem Rathausplatz am 26.2. 2020 von 10-18 Uhr aufgerufen! Friedenspolitische Initiativen und Gruppen, Künstlerinnen und Künstler, Friedenstheologinnen und -theologen haben Klassenstunden durchgeführt.

**Die Stadt unterstützt den ICAN-Städteappell, der die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages von 2017 fordert:** „*Die Freie und Hansestadt Hamburg will ausweislich ihrer Verfassung im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Das bedeutet für mich, dass wir uns als Stadtgesellschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt genauso einzusetzen haben wie für das friedliche Zusammenleben in unserer Welt. Und es sind die Metropolen dieser Welt, die im Kriegsfall einer atomaren Bedrohung am stärksten ausgesetzt sind. Es ist daher ein wichtiges Signal, dass die Hamburgische Bürgerschaft mit ihrem Beschluss den ICAN-Städteappell unterstützt und die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages von 2017 fordert.*“ Frau Katharina Fegebank, 2. Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg Hamburg, den 18. Februar 2020 - [Video](#)

S. auch: <https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/themen/atomwaffen/>

## Alexander Neu Defender ist gestoppt

25. März 2020 - In der heutigen Sitzung des Verteidigungsausschusses äußerten sich Generalinspekteur Zorn und Bernd Schütt, Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz im Bundesministerium der Verteidigung“ zum Manöver: Alle Unterübungen in Polen, Litauen und Deutschland seien abgesagt. Die US-Soldaten und das momentan in Polen befindliche Gerät sollen „irgendwann“ nach Deutschland zurückverlegt werden. Das US-Personal und das US-amerikanische Gerät, welches sich in Deutschland befindet, soll bis zum Sommer zurückverlegt werden, sofern Corona das zulasse.

Somit hat die Bundesregierung nun endlich geklärt, dass dieses sinnlose und gefährliche Manöver gestoppt ist. Leider hat aber die Coronavirus-Pandemie zu dieser zweifellos richtigen Entscheidung geführt und nicht etwa tiefere Einsichten der US-Amerikaner oder gar Deutschlands, welche sich plötzlich über die Gefährlichkeit dieses Manövers oder der unsinnigen Provokation gegenüber Russland bewusst geworden wären.

Daher lehnen wir auch künftige Manöver ab, egal, wie sie heißen werden und von wem sie auch immer ausgeführt werden. [Alexander Neu](#)

## Greenpeace-Friedensmanifest

Die Klimakrise gefährdet weltweit Frieden und Sicherheit. Die Weltgemeinschaft steht an einem Scheideweg. Handelt sie entschlossen, gemeinsam und auf eine Weise, die die Rechte und Notlagen der besonders betroffenen Länder und Menschen des globalen Südens berücksichtigt? Oder verleitet das gegenseitige Misstrauen die Staaten zu Abschottung, Aufrüstung und Militarisierung? Damit Frieden eine Chance hat, müssen wir uns kollektiv für Klimaschutz, Abrüstung und einen wirtschaftlichen Wandel einsetzen. - [11 Thesen](#)

# Peter Wahl

## Nuklearer Winter statt Klimaerwärmung? Die Erosion der Rüstungskontrolle und das Comeback der Atomkriegsgefahr

Als die globalisierungskritische Bewegung Ende der 1990er Jahre entstand, war die Atomkriegsgefahr kein Thema. Die bipolare Systemkonfrontation, die jahrzehntelang alle internationalen Beziehungen strukturiert und die innergesellschaftlichen Verhältnisse der beteiligten Länder tief geprägt hatte, war mit der Implosion des sog. „real existierenden Sozialismus“ Geschichte.

Als Resultat der noch zu Sowjetzeiten abgeschlossenen Rüstungskontrollverträge wurde ein Teil der nuklearen Arsenale abgebaut. Die Atomkriegsgefahr schien ihre gattungsbedrohende Brisanz verloren zu haben. Als größtes Risiko galt damals, dass russische Atomwaffen in die Hände von Terroristen geraten könnten, oder dass durch ihren maroden Zustand eine unbeabsichtigte Katastrophe ausgelöst wird. Unter westlichen Diplomaten kursierte damals das Bonmot, die russischen Raketen würden schneller wegrosen als man sie wegverhandeln kann.

An die Stelle der Bipolarität trat eine unipolare Weltordnung unter US-Vorherrschaft. Diese Ära währte jedoch nur kurze Zeit und die weltpolitischen Koordinaten verändern sich gegenwärtig erneut grundlegend. Schon regen sich wieder die Stimmen, die für einen deutschen Griff nach der Bombe die Trommel rühren. Der Fraktionsvize der Union im Bundestag Wadepuhl, also kein Hinterbänkler, fordert: „Die Realität ist, dass wir eine atomare Abschreckung benötigen. Es ist in deutschem Interesse, dass wir auf die nukleare Strategie Einfluss nehmen können, die uns schützt. ... Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen“ (DER TAGESPIEGEL online, 02.02.2020). Damit wird eine Büchse der Pandora geöffnet, die nicht nur innenpolitisch und vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte höchst brisant ist, sondern auch der Auseinandersetzung um die Nicht-Weiterverbreitung, die bisher auf Nord-Korea und Iran fokussiert war, eine neue Dimension hinzufügt. Daran ändert auch nichts, wenn die Sache auf EU-Ebene vergemeinschaftet wird. Im Zuge der Erosion der transat-

lantischen Beziehungen wird in der sicherheitspolitischen Community nicht nur generell die Militarisierung der EU vorangetrieben, sondern unter dem Stichwort strategische Autonomie wird auch über einen „europäischen Nuklearschirm“ (gemeint ist die EU) diskutiert.

Auch wenn die moralische Abscheu schon vor dem sprachlichen Umgang mit Megatonnen atomarer Vernichtungskraft, apokalyptischen Waffensystemen und der nüchternen Blick auf internationale Machtpolitik verständlich ist, die Verfügung über Atomwaffen ist nach wie vor ein strukturbildender Faktor im internationalen System. Die gesellschaftliche Linke kommt deshalb um eine Auseinandersetzung mit den neuen Entwicklungen nicht herum, wenn sie die Rechtsentwicklung sich nicht nur im Inneren zeigt, sondern sich auch in einer aggressiven Außen- und Militärpolitik niederschlägt.

### Das strategische Gleichgewicht vorm Kippunkt?

Mit der Atombombe entstand erstmals in der Menschheitsgeschichte die Fähigkeit zur Selbstvernichtung der Gattung. Dass es nach Hiroshima und Nagasaki trotzdem nicht mehr zu einem Atomwaffeneinsatz kam ist im Wesentlichen dem strategischen Gleichgewicht zu verdanken. Allerdings ist das ein prekäres Gleichgewicht des Schreckens. Schon mehrfach ist die Menschheit knapp am Abgrund vorbeigeschrammt, sei es in Krisen, sei es durch technische Pannen. Selbst ein nur begrenzter Atomkrieg würde einen nuklearen Winter erzeugen, weil derart viel Staub, Ruß und Rauch in die Atmosphäre gelangen würde, dass über Jahre hinweg Sonneneinstrahlung und Temperaturen sinken (Crutzen/Birks 1982:119-25). Die Auswirkungen auf Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung usw. würden in wenigen Monaten eine planetarische Katastrophe ungeheuren Ausmaßes hervorrufen. Die globale Durchschnittstemperatur würde für mindestens zehn Jahre um 6 bis 8 Grad sinken, auf der nördliche Halbkugel sogar um bis zu 20 Grad (Robock et al. 2007:6). Zum Vergleich: in der letzten Eiszeit lag die tiefste Temperatur um 5

Grad unter der im 20. Jahrhundert. Die atomaren Kapazitäten der USA und Russlands sind so konzipiert, dass nach einem atomaren Erstschlag zwar das betreffende Land und seine Menschen weitgehend ausgelöscht werden können, aber mit der Zweitschlagskapazität auch der Angreifer noch vernichtet werden kann. Mutual Assured Destruction (gegenseitig garantierte Vernichtung), oder wie es im Jargon der Atomwaffen-Community harmlos neutral heißt: strategisches Gleichgewicht. Das strategische Gleichgewicht ist das Zentrum der globalen Sicherheitsarchitektur. Gerät es ins Wanken, wächst die Atomkriegsgefahr sprunghaft an. Auch wer sich Humanismus, Vernunft und Aufklärung verpflichtet sieht, muss mit der bitteren Einsicht leben, dass es gerade die furchterregende Abschreckungswirkung dieser Waffen ist, die ihren Einsatz bisher verhindert hat, und leider nicht ihre Ächtung und Abschaffung.

Gegenwärtig zeichnet sich akut das Risiko einer Erosion des strategischen Gleichgewichts ab, möglicherweise sogar des bewussten Versuchs, es zugunsten der Erlangung einseitiger Überlegenheit aus den Angeln zu heben. Das Risiko, dass die Welt auf einen solchen Kippunkt zulaufen könnte, entsteht im Wesentlichen durch die folgenden miteinander verknüpften Faktoren:

- die schleichende Erosion des Rüstungskontrollregimes,
- neue Waffensysteme und neue Möglichkeiten der Kriegführung infolge der technologischen Innovationen (KI, Militarisierung des Weltraums, Hyperschallträgerysteme u.a
- eine neue Brisanz der Non-Proliferationsproblematik, wie sie nicht nur an den Auseinandersetzungen um Nord-Korea und Iran deutlich wird, sondern auch mit den Debatten über einen deutschen und EU-Zugriff auf die Bombe,
- die Transformation des internationalen Systems hin zu einer multipolaren Ordnung und
- die damit verbundenen Sicherheits- und Stabilitätsrisiken.



## **Die Erosion des Rüstungskontrollregimes**

Rüstungskontrolle ist nicht Abrüstung, auch wenn in dem einen oder anderen Fall Waffenreduzierungen damit verbunden sein können. Rüstungskontrolle ist die politische Steuerung einer ansonsten unberechenbaren Rüstungsdynamik gemeinsam mit einem oder mehreren anderen Ländern bis hin zu globalen Vereinbarungen. Sie bezieht sich auf alle militärischen Bereiche, aber in diesem Paper geht es primär um die nukleare Rüstungskontrolle.

Nuklearen Rüstungskontrollvereinbarungen liegt der Begriff der gemeinsamen und ungeteilten Sicherheit zugrunde, d.h. die Akzeptanz, dass Sicherheit vor militärischer Gewalt nicht unilateral, gegeneinander oder zu Lasten anderer erreicht werden kann, sondern nur gemeinsam und für alle. Gemeinsame Sicherheit ist daher eine zentrale Kategorie für unser Thema.

Daraus folgt auch ein Mindestmaß an Rücksicht auf die Konfliktwahrnehmung, Sicherheitsbedürfnisse und Interessen des jeweils anderen. Die platte Parteinahme nach dem Motto „Wir sind die Guten!“ ist als Feindbildproduktion Teil des Problems. Umgekehrt folgt daraus jedoch nicht, dass man mit schematischer Äquidistanz, wie sie auch in einigen linken Milieus beliebt ist, weiter kommt. Man gibt damit den Anspruch auf, die Zusammenhänge erkennen zu können und kapituliert vor den komplexen Ursachen, Wirkungen und Wechselwirkungen etc. und ersetzt sie durch ein abstraktes Prinzip. Äquidistanz hält sich aus dem Gang der Geschichte heraus und verbaut sich so die Eingriffsfähigkeit in die konkreten Auseinandersetzungen. Wenn sich aus der Analyse konkrete Verantwortlichkeiten ergeben, dann heißt aufklärerisches Denken, sie auch zu benennen, auch wenn es politisch unbequem ist. Es gehört nun einmal unvermeidlich zum Wesen von Konflikt, und Feindschaft, dass deren Deutung selbst nie völlig von der Konfliktodynamik abgetrennt werden kann.

## **Kündigung des ABM-Vertrags 2002**

Bereits 2002 haben die USA unter George W. Bush das ABM-Abkommen (über antiballistische Raketen zur Raketenabwehr) gekündigt (Arbatov 2015). Das war lange vor der Ukraine-Krise, die im offiziellen Narrativ des Westens zum

Ausgangspunkt aller Spannungen mit Russland deklariert wird. Putin, damals neu im Amt, versuchte sich noch daran, in irgendeiner Form Anschluss an EU und NATO zu finden (Trenin 2019).

Antiballistische Raketen dienen der Abwehr von strategischen Langstreckenraketen oder Marschflugkörpern, dem Kern der strategischen Arsenale. Kann ein antiballistisches System strategische Raketen abfangen, ist es auch geeignet die Zweitschlagskapazität des Gegners zu neutralisieren und damit das strategische Gleichgewicht aus der Balance zu bringen. Daher hatten die USA und die Sowjetunion 1972 diesen Vertrag abgeschlossen – auf unbegrenzte Dauer. Geschützt werden durfte nur ein potentielles Ziel, entweder die Hauptstadt oder eine strategische Raketenstellung. Mit der Kündigung des Vertrages entfiel dieser Eckpfeiler der nuklearen Sicherheitsarchitektur.

Nachdem die USA sich der Bindungen des ABM-Vertrags entledigt hatten, startete die Bush-Administration ein Programm zur Stationierung eines globalen Raketenabwehrsystems (National Missile Defense), das Stellungen in Polen u.a. östlichen NATO-Staaten vorsah. Als offizielle Begründung wurde eine Bedrohung durch den Iran angegeben. Eine kühne Behauptung, wenn man einen Blick auf die Landkarte wirft. Da Moskau der Meinung war, dass die Systeme sich zumindest auch gegen Russland richten können, schlug der Kreml vor, diese Raketenabwehr gemeinsam zu betreiben. Darauf ließen die USA sich nicht ein. Obama schwenkte dann allerdings auf seegestützte Raketenabwehr um, und die Pläne für landgestützte Systeme wurden zunächst auf Eis gelegt.

Allerdings wurden inzwischen in Rumänien und Polen taktische Luftabwehrsysteme, stationiert. Taktisch heißt eigentlich eine Reichweite bis max. 500 km. Allerdings können die Abschussvorrichtungen auch für atomar bestückbare Marschflugkörpern mit Reichweite über 500 km benutzt werden.

Russland wertete die Kündigung des ABM-Vertrags als destabilisierend (Dvorkin 2019), war aufgrund des innenpolitischen Chaos im Lande und außenpolitischer Ohnmacht aus der Jelzin-Ära nicht in der Lage, darauf zu reagieren. Im Zuge der politischen und ökonomischen Stabilisierung setzte aber die Modernisierung der russischen Atomwaffen ein (Gressel 2015). Bis 2020 sollten 400 neue Interkontinentalraketen disloziert

und ein neuer strategischer Bomber in Dienst gestellt werden (Arbatow 2016, 12). Auf US-Seite plante bereits die Obama-Administration ein nukleares Modernisierungs- und Aufrüstungsprogramm über eine Billion USD (Wolfsthal et al. 2014).

## **Kündigung des INF-Vertrags 2019**

Der INF-Vertrag, von Reagan und Gorbatschow ausgehandelt, trat 1988 in Kraft. Er verbot die Stationierung von Raketen und Marschflugkörpern (Cruise Missiles) mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km in Europa. Bis 1991 wurden vertragsgemäß 846 US-amerikanische und 1.846 sowjetische Waffen und Abschussvorrichtungen beseitigt. Die Reduzierung wurde durch gegenseitige Inspektionen verifiziert. Nicht vom Vertrag erfasst waren see- und luftgestützte Systeme, sowie die britischen und französischen Arsenale. Dennoch war der Vertrag eine Erfolgsgeschichte. Dazu beigetragen hatte eine beträchtliche Mobilisierung aus der Gesellschaft in mehreren europäischen Ländern, besonders stark in der Bundesrepublik. Am 2. Februar 2019 wurde der Vertrag von den USA gekündigt.

Die einseitige Vertragskündigung bei einer so brisanten Materie erfordert natürlich einigen Aufwand zur Rechtfertigung. Für die USA und die NATO war die Sache einfach: „Russland trägt die alleinige Verantwortung für das Ende des Vertrages.“ (NATO 2019). Auch der deutsche Außenminister schloss sich dieser Schuldzuweisung an, wenn auch in der Form nicht ganz so skrupellos: „Wir bedauern, dass Russland nicht das Nötige getan hat, um den INF-Vertrag zu retten“ (Maas 2019). Begründet wird die alternative Wahrheit damit, dass Russland 2014, also noch zu Zeiten Obamas, einen Marschflugkörper (NATO-Code SSC-8) getestet habe, der eine Reichweite von 2.000 km haben soll. Dennoch wurde damals nichts weiter gegen die angeblich Vertragsverletzung unternommen, obwohl der Vertrag entsprechende Konsultationsmechanismen und Inspektionen ermöglichte. Als der Kreml 2019 eine Inspektion anbot, lehnten die USA ab. Begründung: Einen Blick auf die Rakete zu werfen bringe keine neuen Erkenntnisse über deren Reichweite, man verlange die „verifizierbare Zerstörung“ der Neuen Marschflugkörper (DIE ZEIT online. 23.1.2019). Der Gestus, mit dem von der Trump-Administration de facto die Unterwerfung der anderen Seite gefordert

wird, zeigt, dass Washington an Verhandlungen nicht wirklich interessiert war. Wie auch auf anderen Politikfeldern, wird einmal mehr das Grundmuster einer aggressiven Durchsetzung von US-Interessen demonstriert.

Als dann zwei Tage nach Auslaufen des Vertrags der US-Verteidigungsminister ankündigte, so schnell wie möglich Mittelstreckenraketen in Asien zu stationieren, stutze selbst die in diesen Fragen sehr staatstragende Tagesschau: „Es wirft ein neues Licht auf das Ende des INF-Vertrages: Kaum zwei Tage nach dem formellen Ende des Abrüstungsvertrages aus den Zeiten des Kalten Krieges hat die US-Regierung die baldige Stationierung konventioneller Mittelstreckenraketen in Asien angekündigt. Man wolle dies ‚so schnell wie möglich‘ realisieren, wenn möglich innerhalb von Monaten, sagte US-Verteidigungsminister Mark Esper.“ (Tagesschau Online, 23.8.2019). Vierzehn Tage nach Ende des Vertrags führten die USA auch noch einen erfolgreichen Test mit der von Russland inkriminierten Abschussvorrichtung durch, bei der ein Marschflugkörper sein Ziel nach über 500 km traf. Hinter der Nebelwand der offiziellen Propaganda ging es den USA darum, sich der vertraglichen Einschränkungen zu entledigen, um freie Hand dafür zu bekommen, neben dem Handelskrieg auch den militärischen Druck auf China zu erhöhen. China ist, wie Großbritannien, Frankreich, Indien und die anderen kleinen Nuklearmächte nicht Teil des Rüstungskontrollregimes und damit auch nicht des INF-Vertrags. Die chinesische Nukleardoktrin basiert auf dem Konzept der Mindestabschreckung. D.h. es geht nicht darum, zahlenmäßig mit den USA gleichzuziehen. Da China für sich erklärtermaßen einen atomaren Erstschlag ausschließt, reicht es dem Land, „dass die nuklearen Fähigkeiten in der Lage sein müssen inakzeptablen Schaden für den Rivalen zu verursachen – und dafür sind ca. 100 überlebensfähige Atomwaffen ausreichend.“ (Li Bin 2016). Deshalb lehnt Peking Verhandlungen über Reduzierung kategorisch ab, solange die USA (und Russland) über eine viel höhere Zahl Atomwaffen verfügen. Das ist in Washington bekannt, dürfte aber demnächst benutzt werden, um die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Südkorea, Japan, Australien oder in Okinawa zu rechtfertigen.

### **New Start am Ende?**

Als 2009 der Vertrag über die Begrenzung von strategischen Waffen START II auslief, wurde von Obama und Medwedjew der New START Vertrag ausgehandelt. Er sieht eine Begrenzung der Sprengköpfe für jede Seite auf jeweils 1.550 und eine Begrenzung der Trägersysteme (landgestützte Interkontinentalraketen, Bomber und U-Boote) auf 800 vor. Beide Seiten haben den Vertrag erfüllt, was durch wechselseitige Inspektionen verifiziert wurde.

New START enthält eine Verlängerungsklausel für fünf Jahre, die durch die Unterschrift der beiden Staatschefs aktiviert werden könnte. Beim G20-Gipfel in Osaka im Juni 2019 erklärten sowohl Putin als auch Trump ihr Interesse an einer Verlängerung. Allerdings ist bisher nichts zur Umsetzung der Absichtserklärungen geschehen. Die aufgepeitschte innenpolitische Situation in den USA, der Präsidentschaftswahlkampf und eine groteske Russenhysterie machen eine Verständigung ausgerechnet mit Moskau unwahrscheinlich. Selbst wenn Trump so etwas versuchte, würden die sicherheitspolitischen Falken, die sowohl bei Demokraten wie Republikanern dominieren, ihn blockieren (Vaddi 2019). Eine Nichtverlängerung passt in die generelle außenpolitische Linie der USA, sich vertragliche Fesseln zu entledigen, um frei Hand für die Politik des America First zu bekommen.

### **Nicht nur eine Frage der Hardware**

Die Sicherheitsrisiken durch die Erosion des Rüstungskontrollsystems ergeben sich nicht nur aus den Veränderungen bei der militärischen Hardware. Eine fundamentale Rolle in konfliktiven Beziehungen spielt immer Vertrauen bzw. Misstrauen. Weil man dem Rivalen und Gegner alles Bösertige zutraut, erzeugt man im eigenen Lager ein entsprechend großes Sicherheitsbedürfnis – und das geschieht spiegelbildlich auch auf der Gegenseite. Denken in Kategorien militärischer Kräfteverhältnisse ist daher immer von Worst-Case-Szenarien geprägt. Wenn dann die eine Seite eine Maßnahme ergreift, um sich gegen eine – vermeintliche oder tatsächliche – neue Bedrohung zu schützen, wird das als Bestätigung für deren Gefährlichkeit wahrgenommen. Es kommt eine Spirale in Gang, in der sich die verschiedenen Seiten immer weiter hochschaukeln. Das schlägt sich dann in den entspre-

chenden Militärdoktrinen nieder. Bisher gehört ein atomarer Erstschlag nicht zur russischen Doktrin. Solange Moskau überzeugt ist, dass seine Zweitschlagsfähigkeit intakt ist, hat es auch keinen Anlass, das zu ändern. Sollte sich aber das strategische Gleichgewicht für Russland verschlechtern, könnte sich auch die Militärdoktrin ändern. Das ist bisher nicht der Fall, aber eine Änderung würde dann selbst zu einem destabilisierenden Moment für das strategische Gleichgewicht werden.

### **Technische Innovation und strategisches Gleichgewicht**

Bedeutende waffentechnische Innovationen waren schon immer geeignet, etablierte Kräfteverhältnisse zu destabilisieren und Rüstungswettläufe anzutreiben. Im Kapitalismus treten neben das politische Streben nach militärischer Überlegenheit zudem die Profitinteressen der Rüstungsindustrie, die in vielen Ländern ein wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor sind. Da zu-mindest bei Großwaffen Hauptabnehmer der Staat ist und damit die normalen Marktmechanismen fehlen, sind die Profitraten hier überdurchschnittlich hoch und sicher. Und wenn es dann noch um die Einführung neuer Technologien geht, winken lukrative Aufträge. Die Verwertungsinteressen des Rüstungskapitals befeuern so zusätzlich das Wettüben.

### **Digitalisierung des Krieges**

Gegenwärtig befinden wir uns in einem Umbruch der Produktivkräfte. Vor allem die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten der Kriegführung. Sie erlaubt eine Beschleunigung in allen militärischen Abläufen. Die Zielgenauigkeit von Waffen wird präziser, ihre Wirkung effizienter, wobei auch die Aufklärungs-, Kommunikations- und Führungssysteme eingeschlossen sind. Immer mehr Vorgänge laufen computergesteuert ab. Allerdings gilt bisher noch, dass am Ende ein Mensch die Maschinen steuert. So etwa beim Einsatz der US-Drohnen, mit denen angebliche oder tatsächliche Terroristen liquidiert werden, wo ein Operator – wenn auch Tausende von Kilometern entfernt – letztlich den roten Knopf drückt.

Auch die neuen strategischen Atomwaffen enthalten teilautonome Komponenten, z.B. manövrierfähige Sprengköpfe, die sich ihr Weg ins Ziel selbst suchen und dabei in der Lage sind einer Rake-

tenabwehr auszuweichen. Sowohl die USA als auch Russland und China verfügen über diese Mittel. So wie ihr Gegenstück, die Raketenabwehr, hat auch diese Technik das Potential, das strategische Gleichgewicht zu verändern, wenn es keine entsprechenden Abkommen gibt. Technisch möglich sind aber längst auch vollkommen autonome Systeme (Lethal Autonomous Weapons Systems – LAWS). Auch wenn bisher kein Fall für deren Einführung bekannt wurde, der autonome Killerroboter ist keine Science Fiction mehr. Dabei geht es sowohl um konventionelle als auch nukleare Systeme bis hin zu strategischen Waffen. So kommt aus dem Air Force Institute of Technology in den USA der Vorschlag, eines automatisierten strategischen Systems auf der Basis von Künstlicher Intelligenz (Rötzer 2019 a). Damit würden die Vorwarnzeiten im Falle eines nuklearen Angriffs, die schon jetzt in der Größenordnung von nur 30 bis 45 Minuten liegen, auf wenige Minuten schrumpfen. Schließlich ist mit dem Cyberwar ein neuer Typus von Schlachtfeld entstanden. Elektronische Angriffe sind dabei nicht nur auf die militärische, sondern auch auf die zivile Infrastruktur anderer Länder möglich. Spektakulär war etwa ein Cyberangriff auf die iranischen Urananreicherungsanlagen, mit dem diese außer Betrieb gesetzt wurde. Was mit militärischen Anlagen möglich ist, kann erst recht gegen die zivile Infrastruktur eingesetzt werden: alle Arten von Netzen (Elektrizität, Gas, Verkehr, Internet, Rundfunk und Fernsehen etc.) gegen Flugzeuge, bis hin zu Staudämmen u.v.a.m. Am 15. Juni 2019 berichtete die New York Times, dass die USA Regierungsquellen zufolge „ihre Anstrengungen verstärken, in das russische Stromnetz einzudringen.“ Es lasst sich kaum überprüfen, ob solche Behauptungen stimmen, oder ob sie Teil des allfälligen Propagandakriegs sind. Auch tangiert das nicht unmittelbar das strategische Gleichgewicht, erhöht aber wechselseitige Unsicherheit und Unberechenbarkeit und kann am Anfang einer Eskalationskette stehen.

### **Militarisierung des Weltraums und Hyperschallwaffen**

Der Weltraum ist schon lange militarisiert. Militärische Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten und militärisch verwendbare Trägersysteme gehören zu den Anfängen der Raumfahrt. Inzwischen sind satellitengestützte Naviga-

tionssysteme und Frühwarnsysteme hinzugekommen, ohne die Kriegführung zu Wasser, zu Lande und in der Luft nicht mehr denkbar ist. Auch die strategische Kriegführung ist davon abhängig. Regelrechte Waffen sind allerdings bisher im Weltraum nicht stationiert.

Allerdings finden derzeit an vielen Stellen Anläufe statt, den Weltraum wieder stärker in die Kriegführungskonzepte einzubinden. So hat die Trump-Administration dem Weltraumkommando des Pentagons den Status einer eigenen Teilstreitkraft verliehen. Trump erklärte dazu: „SpaceCom stellt sicher, dass die Dominanz Amerikas im Weltraum nie bedroht wird.“ (DIE ZEIT Online, 30.8.2019). Die konkrete Ausgestaltung steckt zwar noch in der parlamentarischen Auseinandersetzung, aber da die „Dominanz Amerikas“ lagerübergreifend Konsens ist, könnte die Rüstungsspirale hier eine kräftige Drehung erhalten. Dem Signal aus Washington folgte prompt die NATO, die jetzt erstmals eine eigene Weltraumstrategie verabschiedet hat. Auch der französische Präsident hat kürzlich erklärt: „Um die Entwicklung und Verstärkung unserer Fähigkeiten im Weltraum zu gewährleisten, wird im kommenden September ein großes Raumfahrtkommando innerhalb der Luftwaffe geschaffen.“ Der Weltraum sei ein „neuer Bereich der Konfrontation.“ (DIE ZEIT online: 13.7.2019). Wohlge-merkt ein französisches Raumfahrtkommando, nicht etwa eines der EU oder ein deutsch-französisches.

Keine Zukunftsmusik, sondern bereits Realität ist eine andere Technologie mit möglicherweise enormen Folgen für das strategische Gleichgewicht: Hyperschallwaffen. Hyperschall bedeutet, dass sie mindesten mit fünffacher Schallgeschwindigkeit fliegen und manövrierbar sind. In den USA haben Lockheed und Boeing 2003 die Entwicklung solcher Waffen begonnen. 2014 wurde der erste erfolgreiche Test durchgeführt (Dvorkin 2016).

Große Aufmerksamkeit erzielte Wladimir Putin, als er einen erfolgreichen Test des Gleiters Awangard, bekannt gab. Nach russischen Angaben wird das System von einer ballistischen Rakete in eine Höhe von ca. 40 bis 80 km getragen und setzt dann selbständig manövrierend den Flug fort. Es kann atomar bestückt werden. Beim Einschlag soll die Geschwindigkeit 20 Mach (20 fache Schallgeschwindigkeit) betragen haben (Rötzer 2019 b). Der Befehlshaber der strategi-

schen Streitkräfte der USA, John Hyten, sagte vor dem Militärausschuss des Senats dazu: „Wir haben keine Verteidigung, die den Einsatz einer solchen Waffe gegen uns verhindern könnte.“ (Die WELT online, 27.12.2018). Ein Papier des Pentagon nahen Think Tanks Center for Integrity, das die New York Times veröffentlichte, spricht sogar von einem neuen Sputnik-Schock (Smith 2019). Nun sind bei dieser Materie die Verlautbarungen auf beiden Seiten immer mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Da liegt nicht nur ein Problem für die unparteilich Analyse, sondern hier sind militärische Geheimhaltung, selektive Streuung von Teilwahrheiten, Desinformation, Bluff und Schwarzmalerei gewollter Bestandteil der Auseinandersetzung. Aber umso mehr wären Bemühungen notwendig, mindestens wieder zu vertrauensbildenden Maßnahmen, mehr Transparenz und einem gemeinsamen Kontrollregime zu kommen. Gegenwärtig aber ist durch die Vergiftung des innenpolitischen Klimas in den USA nicht einmal eine seriöse Kommunikation zwischen Washington und Moskau und zwischen Washington und Peking möglich.

### **Auf dem Weg zur multipolaren Weltordnung**

Auch wenn es eine Eigendynamik von Militär und Rüstung gibt, so ist deren Entwicklung letztlich doch eingebunden in grundlegende geopolitische Prozesse und nur in deren Kontext erklärbar. Andernfalls landet man bei Raketenzählerei und verhakt sich politisch in dem immer gleichen Wer hat angefangen? Grundlegendes Merkmal der geopolitischen Entwicklungen ist die Transformation des internationalen Systems hin zu einer multipolaren Weltordnung. Sie ist verbunden mit wirtschaftlichem Aufstieg bei den einen und – zumindest relativem – Abstieg bei anderen. Das führt zu einer beträchtlichen Zunahme von geopolitischer Rivalität, ökonomischer Konkurrenz und militärischer Konfrontation. Es entsteht eine neue Qualität systemischer Instabilität. Besonders dramatisch sind Auf- und Abstieg im Spitzenbereich der bisherigen Hierarchie, denn mit dem Umbruch geht auch die 500-jährige Ära der Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers über den „Rest der Welt“ zu Ende. Die Entwestlichung der Welt und das Ende der euro-atlantischen Überlegenheitsillusion ist ein weltgeschichtlicher Einschnitt, dessen Tragweite viele

noch garnicht wahrgenommen haben, oder wahrhaben wollen. Es ist natürlich auch eine enorme narzisstische Kränkung des kollektiven Selbstverständnisses des Westens.

Das größte Problem damit haben die USA. So bestritt schon Obama 2014, dass die Führungsposition seines Landes überhaupt tangiert sein könnte: „Jene die meinen, dass Amerika sich im Niedergang befindet oder seine weltweite Führungsrolle verlieren würde, irren sich. ... Amerika muss auf der Weltbühne immer führen.“ Zur Begründung heißt es: „Ich glaube mit jeder Faser meines Wesens an den amerikanischen Exzeptionalismus.“ (Obama 2014). Insofern ist Trumps Traum des Make America great again nicht wirklich neu. Er treibt diese Linie jetzt lediglich auf die Spitze.

Demgegenüber erklärten die Aufsteiger, von denen einige auch untereinander Zusammenarbeit suchen, wie z.B. in der BRICS-Gruppe, bereits vor einem Jahrzehnt: „Wir wollen eine demokratischere und gerechte multipolare Welt auf der Grundlage des Völkerrechts, der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, der Zusammenarbeit, des gemeinsamen Handelns und kollektiver Entscheidungen aller Staaten.“ (BRICS 2009)

In solchen Umbruchphasen droht die Thukydides-Falle. Die Metapher bezieht sich auf den Peloponnesischen Krieg als Modellfall, den der antike Historiker Thukydides beschrieben hat. Durch den Krieg ging die Vorherrschaft über Griechenland von Athen auf Sparta über. Eine Harvard- Forschungsgruppe hat zwanzig solche Fälle durch die Geschichte der letzten 2.000 Jahre hindurch untersucht. In sechzehn kam es demnach zum Krieg (Allison 2017). Heute steht die Thukydidesfalle wieder sperrangelweit offen, auch wenn daraus nicht folgt, dass sie zwangsläufig zuschnappt.

### Wer vom Klima redet, kann vom Frieden nicht schweigen!

Die hier skizzierten Entwicklungen haben auch Konsequenzen für den Kampf gegen den Klimawandel. Das Militär gehört schon zu Friedenszeiten zu den stärksten Belastungen für Klima und Umwelt. Allein der Militärapparat der USA ist weltweit der größte institutionelle CO2 Emittent (Crawford 2019). Inzwischen liegen mehrere Studien vor, die den Umweltverbrauch der Militärapparate unter Friedensbedingungen untersu-

chen. Auf der Homepage der Informationsstelle Militarisation (IMI) finden sich zahlreiche Hinweise dazu: <https://www.imi-online.de/2020/01/20/klimawandel-umwelt-krieg/>

Die sechs größten CO2 Emittenten, die für 60 Prozent aller Emissionen stehen, sind China (29,3%), USA (13,8%), Indien (6,6%), Russland (4,8%), Japan (3,6%), Deutschland (2,2%). Fasst man die EU als einen Akteur, dann liegt sie nach China und den USA mit 9,6% an dritter Stelle. Damit sind in dieser Gruppe zugleich die wichtigsten Protagonisten geopolitischer Rivalitäten vertreten, darunter vier Atommächte. Auf den Plätzen 7, 8 und 9 finden sich Süd-Korea, Iran und Saudi-Arabien, die alle in die derzeit heißen Regionalkonflikte um den Persischen Golf und der koreanischen Halbinsel verwickelt sind. Wir haben es hier also mit einer Schnittmenge von Ländern zu tun, die sowohl geopolitisch als auch umweltpolitisch von systemischer Bedeutung sind

Für den Kampf gegen den Klimawandel bedeutet dies leider, dass die Komplexität von Problemlösung sich um eine weitere Größenordnung erweitert. So wie die Umweltbewegung dabei ist zu verstehen, dass der Übergang zur Klimaneutralität ohne Einbeziehung der sozialen Frage und ohne zumindest weitgehende Eingriffe in die Funktionsweise des Kapitalismus nicht funktioniert, so wird sie lernen müssen, dass die Klimakatastrophe nur unter Bedingungen einer internationalen Ordnung verhindert werden kann, die auf Kooperation, politische Konfliktlösung, Abrüstung, kollektive Sicherheit und Frieden setzt. Wer vom Klima redet, kann vom Frieden nicht schweigen.

*Der vorliegende Text ist die gekürzte und leicht aktualisierte Fassung eines längeren Papiers, das im Rahmen des **Projekts Globalisierungskritik reloaded des Wissenschaftlichen Beirats von Attac** entstand. Die Langfassung ist zu finden unter: [Attac.de](http://Attac.de), [PG-Europa](#), [PDF](#)*

### Literatur

Allison, Graham (2017): *Destined for War: Can America and China Escape Thucydides's Trap?* Boston/New York.  
Arbatov, Alexei (2015): *An Unnoticed Crisis. The End of History for Nuclear Arms Control.* Moscow Center of the Carnegie Endowment for Peace. (Hg.) Moskau.  
BRICS 2009: Erklärung BRICs Gipfel 2009, Yekaterinburg  
Crawford, Neta C. (2019): *Costs of War.*

*Pentagon Fuel Use, Climate Change and the Costs of War.* Brown University, Watson Institute of International Affairs. Providence, Rhode Island.

Crutzen, Paul J./Birks, J. (1982): *The atmosphere after a nuclear war: Twilight at noon.* In: *Ambio*. 11, 1982

Dvorkin, Vladimir (2016): *Hypersonic Threats: The Need for a Realistic Assessment.* Carnegie Center Moscow (Hg.)

<http://carnegie.ru/publications/?fa=64281>  
Dvorkin, Vladimir (2019): *Preserving Strategic Stability Amid U.S.-Russian Confrontation.* Carnegie Center Moscow (Hg.)

Gressel Gustav (2015): *Russia's Quiet Military Revolution, And What It Means For Europe.* European Council on Foreign Relations (Hg.). ECFR/143 October 2015. Brussels

Li Bin (2016): *Chinese and U.S. Nuclear Thinking and their Origins.* In: Li Bin/Tong Shao (Hg.): *Understanding Chinese Nuclear Thinking.* Carnegie Endowment for International Peace. Washington 2016. S. 11

Maas, Heiko (2019): *Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes, 1.8.2019.*

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-inf-vertrag-ende/2236772>

NATO 2019: *Statement by the North Atlantic Council on the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty.* 2 Aug. 2019. Online:

[https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_168164.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_168164.htm)

Obama 2014: *Rede am 28.5. 2014 an der Militärakademie Westpoint:*

<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-west-point-academy-commence-mentceremony>

Rötzer, Florian (2019 a): *Amerika braucht eine 'Tote Hand' zur nuklearen Abschreckung.* Telepolis, 13.9.2019

Rötzer, Florian (2019 b): *Gefährliches Wettrennen mit Hyperschallraketen.* Telepolis 11. Juli 2019.

Robock, Alan/Oman, Luke/Stenchikov, Georgiy (2007): *Nuclear winter revisited with a modern climate model and current nuclear arsenals: Still catastrophic consequences.* In: *Journal of Geophysical Research*, vol. 112, issue D13, 16. July 2007. Online:

<https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1029/2006JD008235>

Smith Jeffrey R. (2019): *Hypersonic Missiles Are Unstoppable. And They're Starting a New Global Arms Race.* The New York Times Magazine. June 19, 2019. Online:

<https://www.nytimes.com/2019/06/19/magazine/hypersonic-missiles.html>

Trenin, Dmitri (2019): *Russia's Changing Identity: In Search of a Role in the 21st Century.* Carnegie Moscow Center (Hg.). 18.07.2019

Vaddi, Pranay (2019): *What Happens If the Last Nuclear Arms Control Treaty Expires? New Start, The Last Nuclear Arms Treaty.* Carnegie Endowment for International Peace

Wolfsthal, John B./Lewis, Jeffrey/Quint, Marc (2014): *The Trillion Dollar Nuclear Triad.* James Martin Center for Nonproliferation Studies (Hg.). Monterey, Cal.